Studien zur Geschichte der nationalen Bewegung in Deutschland

von

Dr. **Adolf Rapp**
a. o. Professor an der Universität Tübingen

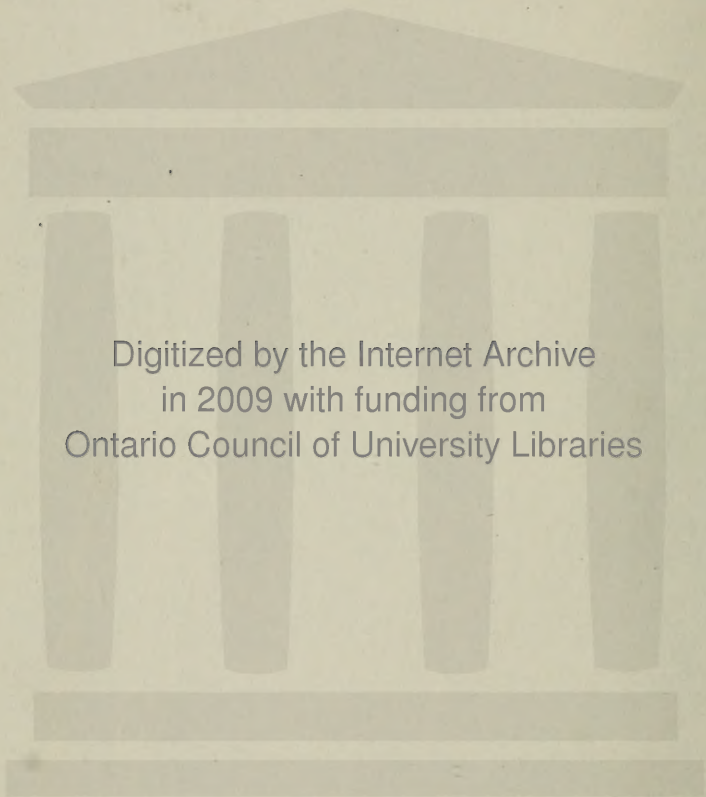
---

1. Heft

Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848

Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1919.

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY


Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries

http://www.archive.org/details/dassterreichis00rapp

HG
R221nz

Studien zur Geschichte der nationalen Bewegung in Deutschland

von

Dr. **Adolf Rapp**
a. o. Professor an der Universität Tübingen

1. Heft

Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848

189107
6.5.24

Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1919.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

Germany

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorbemerkung 1

1. Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Kleindeutsche Anfänge 3
2. Der großdeutsche Sommer in der Paulskirche 16
3. Die „Frage an Oesterreich" und das Programm vom engeren und weiteren Bund (Herbst 1848) 28
4. Der Vorstoß gegen den österreichischen Einfluß in Frankfurt (Dezember 1848) 57
5. Unter der Fahne von Gagerns Programm (Januar — März 1849) . 84

Als die Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt es unternahm, der deutschen Nation ihre politische Gestalt zu geben, und das Verhältnis zu Preußen und zu Oesterreich bestimmt werden mußte, da fanden sich viele der Tüchtigsten unter jenem Programm Heinrichs von Gagern zusammen, das ihnen noch unter Enttäuschungen ein Gefühl der Siegesgewißheit gab, weil sie darin die Lösung der deutschen Frage zu haben glaubten. Aus dem außerösterreichischen Deutschland soll ein Bundesstaat gebildet werden, in dem der König von Preußen unter der Aufsicht eines Parlaments aus allgemeinen Wahlen die Regierung führt; dieser Bundesstaat steht in festem Bündnis und in enger Lebensgemeinschaft mit dem Reich der Habsburger. Der anscheinend einfache Gedanke enthielt aber in allen seinen Teilen die größten Schwierigkeiten. Am nächsten steht uns das preußisch-deutsche Problem, das Meinecke glänzend untersucht hat; es ist aber hineinverwickelt in die Fragen und Pläne, die das Verhältnis zu Oesterreich betreffen, und diese bedürfen einer genaueren Betrachtung, als sie bisher ihnen zuteil geworden ist.

Am Programm Heinrichs von Gagern galt im Kampf der Zeit als das Wesentliche, daß es das nichtösterreichische Deutschland unter preußischer Spitze zusammenschließen wollte, also „kleindeutsch" war, und der Lauf der Dinge brachte es mit sich, daß nur dieser erste und engere Teil des Programms, der kleindeutsche, praktisch wurde; auch waren unter seinen Vorkämpfern sehr entschiedene „Kleindeutsche" und Preußen. Umgekehrt lag in dem Programm eine Unterordnung Preußens nicht bloß unter die liberalen und südwestdeut-

schen, sondern auch unter die großdeutschen, ja österreichischen Interessen, und man kann als das Wesentliche an ihm gerade die Verbindung von kleindeutsch und großdeutsch ansehen. Und so waren auch in der Partei, die als Partei des preußischen Kaisertums in der Geschichte fortlebt, kleindeutsche Elemente mit großdeutschen gemischt. Am Ende bot das Programm für die, die ein geschlossenes Deutschland wollten, den einzigen Ausweg zur Verwirklichung des großdeutschen Gedankens.

Diese eigentümliche Vereinigung der Gegensätze zu zeigen und die Geschichte, die das österreichisch-deutsche Problem in den Plänen der werdenden Kaiserpartei vom Beginn der 48er Bewegung bis zur Kaiserwahl gehabt hat, darzustellen, ist der Zweck dieser Arbeit[1].

[1] Sie beruht auf dem Material, das jedermann zugänglich ist. Nicht zugänglich sind der Nachlaß Heinrichs von Gagern und der Wilhelm Beselers, die Niederschriften Droysens aus dem Kollegium der Siebzehn und dem Verfassungsausschuß der Paulskirche (2. Teil), und die Erinnerungen Schmerlings. Erwünscht wäre auch gewesen, über Mathy und Bassermann Genaueres zu erfahren; nach den Erkundigungen, die der Verfasser einziehen konnte, scheint dies nicht mehr möglich zu sein.

1.

Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Kleindeutsche Anfänge.

Als die 48er Bewegung Deutschland ergriff, schien sie durch die reiferen Führer sogleich in die „kleindeutsche" Bahn gelenkt zu werden; dann gab ihr die überraschende Teilnahme der Oesterreicher zusammen mit dem Versagen der Krone Preußen die großdeutsche Richtung. Die kleindeutschen Gedanken konnten sich eine Zeitlang gar nicht sehen lassen; die Klarheit, die sie den nationalen, auch den großdeutschen, Bestrebungen mitteilen konnten, blieb verdunkelt; aber es bereitete sich währenddem der Boden zu ihrer tieferen Begründung und vor allem zu der Verbindung von kleindeutsch und großdeutsch, wie Gagerns Programm sie versuchte.

Daß die Gedanken auf deutsche Einheit ursprünglich weithin in kleindeutscher Richtung gingen, ist leicht zu begreifen. Sowohl die geistigen wie die wirtschaftlichen Antriebe unserer nationalen Bewegung wiesen auf die engere Gemeinschaft des außerösterreichischen Deutschlands hin. Die geistigen, weil die Bewegung wesentlich aus dem protestantischen Geistesleben stammte und Deutschösterreich halb abseits von der geistigen Gemeinschaft der andern Deutschen geblieben war; die wirtschaftlichen, weil der Handelsverkehr stark unter dem Zeichen des Zollvereins und der Abschließung Oesterreichs vor sich ging. Seit es vollends in Preußen einen Vereinigten Landtag gab und dieser aus Preußen einen liberalen deutschen Großstaat machen

wollte, wandten sich die Geister mit neuen Hoffnungen dem Staate zu, der die großen Ueberlieferungen von 1807—13 hatte. Vor allem aber stießen alle Gedanken, die etwa nach Deutschösterreich hinzogen, an die harte Tatsache an, daß von Wien aus ein halbfremdes Völkerreich regiert wurde; solange nicht an dessen Auflösung zu denken war, forderte diese einfache Tatsache zu kleindeutschen Plänen geradezu auf. Am nächsten lag der Gedanke, aus dem Zollverein eine enge politische Verbindung — innerhalb des alten Deutschen Bundes — zu bilden. Auf der Heppenheimer Versammlung südwestdeutscher und rheinländischer Politiker am 10. Okt. 1847 war er ausgesprochen worden.

Andrerseits ging die nationale Bewegung darauf aus, zusammenzuschließen, was zur Nation gehörte, und Deutschösterreich gehörte unzweifelhaft zu ihr. Es lag im Charakter der Bewegung, daß sie sich viel zutraute, daß sie, anstatt sich beschränken zu wollen, vielmehr ausdehnungsfreudig, ja habgierig war. Sie pflegte die Erinnerungen an den Machtbereich des alten deutschen Reiches; sie wollte deutsches Wesen ausbreiten und dem deutschen Handel Wege erschließen. Und so ist denn seit den vierziger Jahren ein neues Interesse an dem Reich der Habsburger und der lebendigen Verbindung mit ihm zu sehen. Es wurde ihm die Aufgabe zugedacht, ein Pionier des Deutschtums zu sein. Die Gedanken von Friedrich List über die deutschösterreichische Beherrschung des Donauwegs und die Auswanderung nach den unteren Donauländern verbreiteten sich in den vierziger Jahren. Sie begegnen in der reifsten politischen Schrift Paul Pfizers (Das Vaterland, 1845). Cottas Allgemeine Zeitung und Deutsche Vierteljahrsschrift öffneten sich solchen Plänen. Auch Moltke schrieb in diesem Sinne.

Zu der neuen Aufgabe brauchte man ein in deutschem Sinn geleitetes, mit Deutschland eng verbundenes Oesterreich. Zuverlässiges Zusammenwirken Deutschlands und Oesterreichs brauchte man aber auch zur Selbstbehauptung gegen Ost und West. Je kräftiger der deutsch-österreichische Bund sich donauabwärts geltend machte, desto

sicherer stieß er mit Rußland zusammen, und auf die Gruppierung Deutschland-Oesterreich gegen Frankreich-Rußland haben Männer wie List und Paul Pfizer schon ihre Gedanken eingerichtet. Sie hofften dabei auf die Bundesgenossenschaft Englands. Es war die Gruppierung der Mächte, wie sie nach der Entscheidung der deutschen Frage, im Jahr 1887 und wieder um die Jahrhundertwende bei dem englisch-deutschen Bündnisplan nahe daran war ins Leben zu treten. Daß Rußland eine Gefahr für uns sei, mit seinem Gewicht unleidlich auf Mitteleuropa drücke, wurde von unseren Patrioten lebhaft gefühlt, und nicht nur als mächtiger Feind der innerpolitischen Freiheit, auch als Feind deutscher Größe wurde Rußland verstanden.

Im Sommer 1847 ist als Organ derer, die uns nachher in der Paulskirche beschäftigen werden, die Deutsche Zeitung gegründet worden. Sie war auf die kleindeutsche Richtung eingestellt; ihr Hauptanliegen war, daß Preußen, indem es sich dem südwestdeutschen Wesen anpasse, eine kräftige Einheit Deutschlands, des außerösterreichischen, herbeiführe. Von Oesterreich war zunächst wenig die Rede. Zwei Wochen nach ihrem Erscheinen aber, unter dem 16. Juli, brachte die Zeitung einen Aufsatz über „Oesterreichs deutsche Stellung". Man sei einander entfremdet; aber man müsse den brüderlichen Zusammenhang herstellen, denn man brauche einander: Deutschland könne die Wucht der natürlichen Kräfte Oesterreichs nicht entbehren, und Oesterreich könne sich nur durch Kräftigung des deutschen Elements erhalten. Die Bewegung im deutschen Leben sei so stark, daß sie sich vermessen dürfe, Oesterreich an sich zu ziehen. In zwei entscheidenden Epochen der Geschichte sei der deutsche Geist unterdrückt worden, als er in Oesterreich eindrang: in der Reformationszeit und in unserer literarischen Periode; jetzt begehre er zum drittenmal Einlaß, diesmal als politischer Geist. (Ein Gedanke echt in Gervinus' Art: der Geist der Reformation und der literarischen Periode hat sich auf die Politik geworfen, um sich den politischen Körper zu bauen.)

Von da an beschäftigt sich die Zeitung viel mit Oesterreich, und sie kann feststellen, daß andere deutsche Blätter jetzt das gleiche Interesse zeigen. Das A und O der Forderungen an Oesterreich ist natürlich, daß es eine freie Verfassung einführe. Aus der Freiheit erblüht Leben, die Gewährung der Freiheit weckt Liebe: das wird kühnlich auch auf die italienischen Teile des Habsburgerreiches angewendet, die man nicht fahren lassen mochte, schon weil die Stellung Oesterreichs in Oberitalien als Festung gegen Frankreich angesehen wurde. Als besondere Aufgabe unserer alten Reichsmark im Südosten gilt aber auch hier: eine Schutzwehr zu bilden gegen Rußland und uns wie den eigenen Völkern die untere Donau und das Schwarze Meer zu erschließen. Eine große Stellung dort könnte im Notfall auch als Ersatz für Oberitalien gelten. Mit geflissentlicher Bestimmtheit wird (25. Febr. 48) Oesterreich vorgehalten, es solle sein Gesicht nach Osten kehren. Man wird an den berühmten Rat Bismarcks erinnert, Oesterreich möge seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen! Der österreichische Einfluß sollte eben doch von Deutschland ferngehalten werden. Gerade bei engerer Gemeinschaft mit Oesterreich sollte Deutschland selbständig, und es sollte der gebende, der leitende, der erziehende Teil sein. Man hatte ja gar noch das Oesterreich Metternichs vor sich! Allerdings waren schon jetzt nicht alle so zurückhaltend wie Gervinus oder Dahlmann. Als Beispiel dafür, wie mancher wohl einem Oesterreich, das deutsch und frei würde, gemütlich bereit war entgegenzukommen, mag der Brief des jungen Rheinländers Mevissen an den Freiherrn von Doblhoff vom 10. Januar 1848 sein, wo der engste wirtschaftliche Anschluß der deutschen Bundesländer Oesterreichs an Deutschland gewünscht und endlich gesagt wird: ein auf Deutschland gestütztes Oesterreich „würde noch einmal den Glanz des alten Kaisertums erneuern und in der Mitte Europas die Wage der Entscheidung in fester Hand halten"![1]

Die Pariser Februarrevolution gab dann, als zündendes Beispiel und zugleich als vaterländische Gefahr, das Zeichen zur Erhe-

[1] Hansen, Mevissen II 316 ff.

bung in Deutschland. Bürgerliche „Freiheit" und vaterländische „Einheit", eins mit dem andern und eins durch das andere, sollte errungen werden. Deutschland sei stark, wenn sich die deutschen Staaten zu einem liberalen, durch die Teilnahme der Bürger an der Regierung getragenen Gemeinwesen zusammenschließen. Die politisch reiferen Führer der südwestdeutschen Bewegung wollten damit im echten Geist von 1813 sein, und es ist überaus denkwürdig, daß sie damals Preußen die Führung, Friedrich Wilhelm dem Vierten die deutsche Kaiserkrone anboten, vorausgesetzt, daß er sie in liberalem Sinne tragen wollte. Oesterreich ließen sie beiseite und fanden nichts arges darin. Der Herzog von Nassau, von dessen Land aus die berühmte Rundreise über die Höfe der kleinen Königreiche nach Berlin zog, schrieb am 13. März dem Erzherzog Albrecht: an Oesterreich wende man sich nicht, weil man das Vertrauen nicht habe, daß Oesterreich die Sache fördere.

Für mitbedroht durch die französische Gefahr hielt man allerdings Oesterreich auch; der kommende Revolutionskrieg konnte ebenso auf den oberitalienischen Schlachtfeldern wie auf den rheinischen ausgekämpft werden, wenn die Pariser Revolutionsmänner sich entschlossen, die italienische Erhebung gegen Oesterreich zu führen. Darum gaben unsere Liberalen Oesterreich den Rat, es möge die Wünsche der Italiener durch eine freie Verfassung Oberitaliens befriedigen und sich selbst an die Spitze eines freien Italien stellen — als ob die Italiener, wenn man ihnen die Zügel lockerte, in neuer Liebe sich um die sanft gewordenen Barbaren aus Wien scharen würden! Dahlmann schrieb sehr bezeichnend am 17. März an Gervinus — die Kunde vom Sturze Metternichs hatte er noch nicht —: wenn er sich an Preußens Stelle setzen dürfte, so würde er die deutschen Dinge in die Hand nehmen, provisorisch, aber „als Kaiser"; Oesterreich dürfe die Leitung Deutschlands nicht mehr haben; „es mag sich mit seinen Italienern im freien Sinne verständigen und sich zum italienischen Bundeskaiser zu erheben trachten"! Dem ganz norddeutschen Dahlmann lag Oesterreich besonders fern; aber auch die südwest-

deutschen Führer, Max von Gagern (der zur katholischen Kirche übergetreten war!) wie sein Bruder Heinrich, waren damals „kleindeutsch", als verstünde sich das von selbst. Am 18. März beklagte sich der Vater Gagern, daß sein Sohn Heinrich schon lange „Oesterreich so, als sei dies ausgeschieden, gleichsam bei Seite" lasse[1].

Da kamen aus Wien und aus Berlin Nachrichten, die den Dingen ein etwas anderes Gesicht gaben. In Wien war das Regiment gestürzt, das 30 Jahre lang Oesterreich und, soweit die Kräfte ausreichten, Mitteleuropa in künstlicher Gebundenheit gehalten hatte; die österreichische Regierung wurde liberal; das Bürgertum, dem nun die glückliche Stunde schlug, wollte in der Freiheit eins sein mit den deutschen Brüdern drüben. Der König von Preußen aber zog sich in den Tagen vom 18. bis 21. März nicht nur die Feindschaft und Mißachtung aller Demokraten zu, sondern, was schwerer wog, er verlor das Vertrauen und die Achtung der Deutschen. Sein Staat war über ein halbes Jahr durch die innere Krisis, über welche die Regierung nicht Herr wurde, gelähmt, des Staates Zukunft fragwürdig. Nichts konnte jetzt dazu einladen, Preußen eine Führerstellung anzusinnen zu wollen. Preußen enttäuschte, während in Oesterreich neue Aussichten sich zeigten.

Es ist interessant, in diesen Tagen die Leitartikel der Deutschen Zeitung zu beobachten. Unterm 16. März, vor den Wiener Nachrichten, hatte Gervinus festgestellt, daß Oesterreich abseits ohne Einfluß stehe, und hatte, wie um von oben herab etwas Freundliches zu sagen, beigefügt: „Gern reicht Deutschland auch dem österreichischen Stamme die Bruderhand . . .". Jetzt, am 23. März, nach Eingang der Wiener und unmittelbar vor Empfang der Berliner Nachrichten, heißt es: Berlin sei durch Wien beschämt und überholt, und: in Oesterreich sei das Zeichen gegeben zu einer neuen Verbrüderung mit Deutschland; aber — welche Stellung wird nun einem Oesterreich, von dem etwas erhofft werden darf, zugedacht? Es wäre, sagt der Ver-

[1] Heinrich von Gagern, Das Leben des Generals Friedrich von Gagern, II 651.

fasser, ein Meisterstück österreichischer Politik, wenn sie sich selbst zum Haupt eines freien Italiens machen, die Leitung Deutschlands aber Preußen überlassen würde, und so das Habsburgerreich zwischen dem Norden und dem Süden Mitteleuropas das „mächtige Bindeglied" werden könnte zur Wehr gegen Ost und West. An Preußen wird auch nach den Märzereignissen festgehalten; nur Friedrich Wilhelm IV. wird aufgegeben. Schon wird ihm empfohlen, was ein Jahr später die Kaiserpartei so sehr wünschte: daß er abdanken möge; schon jetzt heißt es: der Sohn der Prinzessin Augusta solle der Kaiser des liberalen Deutschland werden, der wiederkehrende Friedrich I.! Als der Württemberger Robert Mohl in der Deutschen Zeitung einem österreichischen Kaiser über Deutschland das Wort redete, widersprach der Leitartikel vom 30. März: Der Staat, der noch immer am weitesten zurück ist, kann nicht unser Führer werden; wir können nicht warten, bis Oesterreich nachholt, was es versäumt hat; und es ist nun einmal nur halbdeutsch und stünde immer mit dem einen Fuße außerhalb Deutschlands. „Die Stimmen erheben sich in Deutschland, die Oesterreichs Austritt aus dem Deutschen Bunde geradezu begehren."

In solchem Augenblick so schreiben, das konnte gerade der Mann, der unter allen Führern aus diesem Kreise der entschiedenste Kleindeutsche war und blieb. Wie naiv ist daneben das Wort Bunsens[1]: der Vereinigung von 42 Millionen Deutschen stehe nichts mehr entgegen! Gervinus dachte in der deutschen Frage klar und scharf: deutsche Einheit ist nur mit Preußen möglich; das Verhältnis zu Oesterreich ist völkerrechtlich zu ordnen. Er setzte aber dabei voraus, daß ein gesamtösterreichischer Staat erhalten bleibe. Dies war ja nun, Oesterreich betreffend, natürlich die erste aller Fragen, und die Entscheidung der deutschen Frage hing davon ab und wurde auf jeden Fall dadurch schwer verwickelt, ob nun Oester-

[1] Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, S. 202.

reich den Erhebungen seiner Völker zum Opfer fiel oder ob es, ganz oder größtenteils, nämlich so, daß es Großmacht sein konnte, über ihnen bestehen blieb. Denn auch wenn das Völkerreich sich auflöste, machte, so wie es damals in Deutschland stand, die Vereinigung der 42 Millionen, die Vereinigung Deutschösterreichs mit Preußen, noch immer große Schwierigkeit, und wie würden im Fall der Auflösung die deutschen Interessen im Südosten geschützt, von den großen Plänen mit den unteren Donauländern ganz zu schweigen?

Vom Standpunkt unserer nationalen Bewegung konnte in der Unsicherheit der österreichischen Zukunft eine Mahnung gesehen werden, *nun erst recht das nichtösterreichische Deutschland zusammenzuschließen*. So schrieb *Heinrich von Gagern* später in der Biographie seines Bruders Friedrich (II 706): die Ansicht, daß man sich mit Preußen und unter preußischer Spitze einigen müsse, sei nach den österreichischen Frühjahrs-Ereignissen „noch mehr berechtigt" gewesen. Auch damals, am 24. März vor der hessischen Kammer, sprach er sich — doch höflich gewunden — ganz in diesem Sinne aus. Er wollte zunächst erklären, wie denkende Männer zur Ansicht gekommen seien, daß Preußen, nicht Oesterreich, an die Spitze müsse. Dann fuhr er fort: „Wenn aber auch Preußen diese Stelle eingeräumt werden sollte, so würde ich es doch als ein Nationalunglück betrachten, wenn Oesterreich, das mächtige Oesterreich, das so deutsche Oesterreich, sich von Deutschland trennte." Bis hierher konnte man meinen, er rechne mit der Erhaltung Oesterreichs, des „mächtigen", und werde nun eine Verbindung suchen wie in seinem späteren Programm. Er rechnete aber weit mehr mit der Auflösung Oesterreichs. Er berief sich auf die italienische Einheitsbewegung, der wir, wie er offen sagte, als einer verwandten zujauchzen; er sagte voraus, daß die Ungarn sich selbständig machen werden; was in Polen bevorstehe, decke ein geheimnisvoller Schleier. Er kam zum Ergebnis: wie Oesterreich zu Deutschland stehe, könne erst deutlich werden, wenn die Verhältnisse dort sich geklärt haben; wir aber können darauf nicht warten; wir müssen *die*

unglücklichste aller Trennungen zu vermeiden suchen, und das ist die zwischen Preußen und Süddeutschland; wir müssen uns an den mächtigsten Kern deutscher Macht anschließen.

Man sieht die Verlegenheit, in die unsere Politiker durch den Anspruch der Deutschösterreicher auf enge Gemeinschaft mit Deutschland versetzt wurden. Sie wurde dadurch gesteigert, daß Preußen sich versagte. Man hat damals oft den Geist Friedrichs des Großen angerufen: was hätte eine überlegene und kühne Kraft wie die seine wohl getan? Es handelte sich um eine europäische Machtentscheidung, und die Hauptsache dabei war die Beziehung zu Rußland. Führer unserer Bewegung gaben einen Rat von großzügiger Naivetät; Gervinus trug ihn in der Deutschen Zeitung, Max von Gagern sogar persönlich dem durch die Märzereignisse niedergebeugten König von Preußen vor. Preußen soll einen frischfröhlichen Krieg mit Rußland führen, den es damit beginnt, daß es Polen befreit!! Daran war ein Gedanke allerdings richtig: der neue preußisch-deutsche Staat mußte eine Aufgabe haben, zu der er die gesamte Kraft Deutschlands entwickeln konnte. Nichts aber, sagte man, sei volkstümlicher als ein Kampf gegen Rußland um die Völkerfreiheit. Ja die ganze Welt würde uns zujubeln; wie könnte Frankreich etwas gegen uns unternehmen, wenn wir für die polnische Freiheit ins Feld zögen? Auch wegen Schleswig-Holstein, stand in der Deutschen Zeitung vom 31. März, kann ein russischer Krieg kommen. „Wir freuen uns der Dinge, die diesen Krieg möglich und wahrscheinlich machen, wir arbeiten für die andern, die ihn notwendig machen, weil es keine wünschenswertere Beschäftigung für uns gibt."

Unsere Kleindeutschen mußten nun aber, während sie durch Berlin enttäuscht wurden, sich auf eine Auseinandersetzung mit österreichischen Ansprüchen gefaßt machen. Der Boden, auf dem das neue Haus aufzubauen war, schloß österreichischen Grund in sich. An den Beschlüssen des Bundestags zur Bundesreform nahm Oesterreich teil; als dem Bundestag 17 „Männer des allgemeinen Vertrauens" bei-

gegeben wurden, um ihm eine Verfassung vorzulegen, war Oesterreich im Kollegium vertreten; als beschlossen wurde, in allen Bundesländern Abgeordnete nach Frankfurt wählen zu lassen, wurde der Beschluß auch in Oesterreich befolgt, und während in den nichtamtlichen Versammlungen und Ausschüssen von Landtagsabgeordneten und Vertrauensmännern Oesterreich nur schwach vertreten war, zogen in den verheißungsvollen Maitagen Oesterreicher in stattlicher Zahl in die Paulskirche ein, um ebenso wie alle andern am Bau des deutschen Hauses teilzunehmen.

Unter den Siebzehn, die eine Verfassung entwerfen sollten, waren die Oesterreicher Schmerling und Sommaruga. Sie erschienen, als die andern bereits versammelt waren. Der Biograph Schmerlings (Arneth, S. 105) weiß zu berichten, daß „einige, insbesondere Dahlmann und Gervinus", sich „fast feindselig" gegen die neu Eintretenden stellten. Das ist nicht unglaubhaft. Abgesehen davon, daß Dahlmann und Gervinus, jeder in seiner Art, sich nicht eben liebenswürdig gaben, konnte man es Männern von solcher Gesinnung nicht verdenken, wenn sie in den Ankömmlingen die Großmacht eintreten sahen, die ihren traditionellen Druck auf Deutschland fortsetzen wollte. Beide, Schmerling und Sommaruga, erschienen unseren Professoren als geriebene Diplomaten. Bei Schmerling ist darüber kein Wort weiter nötig; über Sommaruga schreibt Meviſſen Ende Juni: sein Aussehen, seine Haltung, sein allzu biegsames Wesen wecken überall Mißtrauen.

Der Verfassungsentwurf der Siebzehn, der im April durchberaten wurde, gab die erste bedeutende Gelegenheit, zu der Frage über Oesterreich und Preußen Stellung zu nehmen. An scharfen und entschiedenen Ueberzeugungen fehlte es in dem Kollegium wahrhaftig nicht. Droysen hat in einer Denkschrift vom 6. April sehr bestimmt ausgesprochen, daß es mit dem unentschiedenen Beieinander zweier Großmächte jetzt zu Ende sei und daß es sich um ein Entweder-oder handle; und zwar sei die ganze deutsche Frage eine Machtfrage zwischen Oesterreich und Preußen. Gebe

Gott, sagte er, daß sie sich entscheidet, *ehe* das deutsche Parlament zusammentritt; sonst zersetzt sie Parlament und Nation. Dahlmann und Gervinus dachten nicht minder entschieden. Aber eine Erklärung war über Oesterreichs Stellung zu Deutschland schlechterdings nicht zu fassen, ehe Klarheit war über das Fortleben des Habsburgerreiches. Der Auftrag der Siebzehn war, für die *im Deutschen Bund vereinigten Länder* eine Verfassung vorzuschlagen. Und da nahmen sie denn nun den Ausweg, einfach das Ideal eines deutschen Staates hinzustellen, wie ihre grundsätzlichen Ueberzeugungen es bestimmten, und überließen es der Welt, zu erkennen, daß in diesem stark einheitlichen Staat mit einem erblichen Kaiser an der Spitze nur *eine* Großmacht Platz habe, und welche Großmacht dies sei. Der Entwurf war, wie man so oft gesagt hat, „doktrinär"; aber seinen Urhebern war die Flucht ins Doktrinäre ein hilfreicher Umweg zum Ziel ihrer nationalen Pläne. Es hat allerdings etwas Komisches, wenn Dahlmann, Droysen, Gervinus, Max von Gagern und ihre Gesinnungsgenossen zusammen mit den beiden Oesterreichern den Beschluß für den deutschen Erbkaiser durchsetzten und dabei die einen an ihren preußischen, die andern an einen österreichischen Kaiser dachten. Die Oesterreicher wußten natürlich genau, an wen jene dachten; aber da der König von Preußen in höchster Unbeliebtheit und Geringschätzung stand, war es ihnen wohl möglich, für den jetzt so unpraktischen Erbkaiser der andern zu stimmen und zu hoffen, daß in einiger Zeit die Machtfrage sich für Oesterreich entscheiden werde[1]. Auf der andern Seite schrieb Dahlmann der Verfasser des Entwurfes, am 11. April an den preußischen Minister Heinrich von Arnim: es gebe „der provisorischen Auskünfte mancherlei, welche eintreten könnten, bis die Störungen überwunden sind, welche für jetzt die klare Anschauung der Dinge bei vielen Deutschen trüben"[2].

[1] Vincke versicherte zwar in der Paulskirche am 22. Jan. 1849 (Stenogr. Bericht VII 4828 f.), von einem der beiden gehört zu haben, daß sie damals die Ueberzeugung hatten, Preußen müsse an die Spitze kommen. Dazu aber Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes I 86.

[2] Springer, Dahlmann II 217.

Dahlmann mit seiner einfachen Denkweise, die auch in verwickelten Fragen auswärtiger Politik herzhaft geradeaus ging, hielt sich vor dem österreichischen Problem nicht weiter auf. Die zum Bund gehörigen Teile Oesterreichs mußten eben entweder der Einheit unter dem preußischen Kaiser sich anpassen, oder sie mußten draußen bleiben. Ebenso sprach damals Droysen, der für politische Fragen sonst einen feineren Sinn hatte, sie allerdings auch stark dialektisch zuspitzte. Er könne, sagte er in der vorhin berührten Denkschrift, nicht beurteilen, was mit Oesterreich werde und was mit Deutschösterreich möglich sei. Wenn es mit uns deutsch sein kann, dann wohl uns! Ist ihm die Verquickung mit dem Ausland wertvoller, so soll es dabei bleiben, lasse aber uns andere mit Preußen gehen! Das ist einfach, man könnte sagen: roh; als ob es ganz gleichgültig wäre, was dort im Südosten sich gestalte! Doch wir werden Droysen später anders sprechen hören. Max von Gagern legte, wenn man seine Mitteilungen scharf beim Wort nehmen darf[1], Mitte Mai in London vor dem späteren Kaiser Wilhelm, den Sinn von Dahlmanns Entwurf noch schroffer aus: man habe sich bei dem Entwurf durchaus von der Ansicht leiten lassen, daß Oesterreich an dem neuen Reiche nicht teilnehme; alles in dem Entwurf sei so eingerichtet, daß es Oesterreichs Ausscheiden bedinge. Wenn er so zum Prinzen von Preußen gesprochen hat, so wird man ihn doch berichtigen müssen: ausgeschlossen von dem Staat Dahlmanns war Oesterreich als Gesamtstaat und als Großmacht; möglich war die Teilnahme Deutschösterreichs unter der Bedingung, daß es von Galizien, Ungarn, Italien getrennt sei und keine besonderen Ansprüche mache.

Ein Leitartikel der Deutschen Zeitung vom 10. Mai zeigte doch einiges Verständnis für die Tragweite der österreichischen Frage. Es war tags zuvor eindringlich von dem Beruf gesprochen worden, den Oesterreich donauabwärts und auf der Balkanhalbinsel habe und den es Rußland gegenüber aufs unwürdigste vernachlässigt habe. Dieser Beruf verlange eine Politik, die den Schwerpunkt in die ungarischen

[1] Pastor, Max v. Gagern, 259 f.

und südslavischen Teile lege und deren Kräfte entwickele. In der Linie solcher Politik läge die Loslösung des Gesamtreichs von Deutschland; dann aber käme das österreichische Deutschtum ins Hintertreffen, es würde von den Fremdvölkern beherrscht. Allerdings ließe sich auch etwas ganz anderes denken: Oesterreich könnte seine Aufgabe auch so angreifen, daß es sich auf seine alte Vorherrschaft über Deutschland stützte: „es bewürbe sich mit Glück um die deutsche Krone; es gelänge ihm, mit den glänzenden Aussichten deutscher Kolonisation und deutscher Handelsgröße im Oriente, die deutsche Nation für seine österreichische Politik in Bewegung zu setzen" — was wäre die Folge? Seine nichtdeutschen Völker würden sich auflehnen gegen die deutsche Vorherrschaft; besonders das slavische Element würde einen Vernichtungskampf gegen das germanische führen. Der Verfasser fände nun gern einen Mittelweg; er beruhigt sich aber rasch dabei und macht sich die Sache recht leicht. Oesterreich soll sich nicht ganz von Deutschland lösen, soll seine deutschen Länder in den neuen deutschen Bund mit der preußischen Spitze einfügen, dabei etwa — Wien ausnehmen! Der Verfasser beeilt sich dann etwas, zum Schluß zu kommen; wenn man sich in diesem Sinne mit Oesterreich nicht verständigen könne, dann solle eben das außerösterreichische Deutschland sich einigen. Auf dieses Entweder-oder kam man eben immer wieder zurück. Auch Stockmar, der koburgische Ratgeber, hatte in dieser Zeit den sehr einfachen Gedanken, den er als politische Weisheit der Deutschen Zeitung zugehen ließ[1]: den Deutschen Oesterreichs könne man nachweisen, daß sie als Deutsche verkrüppeln oder untergehen müssen, wenn sie von Deutschland getrennt werden, und könne sie so vor die Wahl stellen, entweder dem Deutschen Reich als mittelbares Reichsland ohne besondere Ansprüche beizutreten oder abseits zu bleiben; die Trennung würde doch nur vorübergehend sein.

Wir sehen durchweg, daß Oesterreich als Großmacht nicht mehr ernst genommen wurde. Und dies mit Grund; denn während Ungarn sich unabhängig machte, in Wien der demokratische Maiaufstand siegte,

[1] Denkwürdigkeiten S. 492.

die Tschechen sich drohend erhoben, mit den Italienern — allerdings erfolgreich — gekämpft wurde, hatte die aus Wien geflüchtete Regierung des Gesamtreichs kein Vertrauen zu ihrer eigenen Sache. Unter solchen Zeichen begann die Versammlung in der Paulskirche mit den Deutschösterreichern ihre Tätigkeit.

2.

Der großdeutsche Sommer in der Paulskirche.

Die Nationalversammlung begann mit der Erklärung, daß sie die volle Gewalt habe, Deutschland eine Verfassung zu geben. Nach geraumer Zeit setzte sie dann eine „provisorische Zentralgewalt" ein, während die Vorarbeiten für das Verfassungswerk sich Monate lang bei dem, was als Unterbau aufgefaßt wurde, den „Grundrechten der Deutschen", aufhielten. Die Kämpfe um die Gestaltung der provisorischen Gewalt hatten um so mehr Leidenschaftlichkeit und Anschein von Wichtigkeit, weil hier bereits die „definitive" Gestalt, die Deutschland durch die Nationalversammlung erhalten würde, vorgebildet sein sollte. Und da kam nun an die Spitze der provisorischen Gewalt, an die Stelle, die dem Kaiser zugedacht war, als „Reichsverweser" ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses, und an die Spitze des „Reichsministeriums", mit dem der Reichsverweser die Regierung zu führen hatte, trat nach kurzer Zeit der Oesterreicher Anton von Schmerling und wurde die wichtigste Person in dieser Reichsregierung! Hatte Schmerling, als er unter den Siebzehn für das Erbkaisertum stimmte, dabei an einen österreichischen Kaiser gedacht, so sah er nun seinen Wunsch „provisorisch" erfüllt! Das neue deutsche Reich kündigte

sich mit österreichischer Spitze an! Freilich gerade die österreichische Regierung zeigte mit einer Bestimmtheit, die jede andere Regierung vermied, daß sie sich von der neuen Gewalt keine Vorschriften machen lasse; aber es war doch bedeutsam, daß nun Oesterreich an die Stelle geschoben war, die man zu Beginn der Bewegung Preußen zugedacht hatte! Und an dieser Entwicklung hat der Kreis von Politikern in vorderster Linie mitgearbeitet, der dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone hatte aufs Haupt setzen wollen! Es gilt, die Haltung dieser Männer zu verstehen.

Da war zunächst so viel klar, daß sie an eine preußische Spitze vorläufig nicht denken konnten; im Gegenteil: wollten sie im Provisorium die Monarchie haben, das spätere Kaisertum vorgebildet sehen, so war das jetzt nur möglich, indem sie die alte Bundespräsidialmacht an die Spitze riefen. Es gab aber noch etwas anderes: als Provisorium, im Uebergang vom alten Bund zur künftigen Reichsmacht, empfahl sich vielleicht gerade von ihrem Standpunkt eine kollegiale Spitze, gebildet durch Oesterreich, Preußen und die Mittelstaaten[1]. Freilich, ein solcher Ausschuß aus den dynastischen Gewalten, eine solche Darstellung der deutschen Uneinigkeit wollte jetzt, wo die Einheitsbewegung und das Gefühl von der „Macht der Nation" so hochgemut war, am wenigsten passen. Und doch wählte der für die Bildung des Provisoriums eingesetzte Ausschuß unter dem Vorgang Dahlmanns diese Form: die Regierungen sollen drei Bundesdirektoren nennen; ihre Einsetzung genehmigt die Nationalversammlung; sie haben alsdann in der Art einer „konstitutionellen" Regierung, vom Willen der Nationalversammlung innerlich bestimmt, die Geschäfte gesamtdeutscher Politik zu besorgen. Es kann nun nicht verwundern, daß, als die Abstimmung im Plenum bevorstand, die Geister mehr und mehr zur Aufstellung eines einzigen „Reichsverwesers" hingetrieben wurden. Auch hören wir, daß der Ausschuß zu seiner Trias wesentlich dadurch gekommen war, daß er erfahren hatte, die

[1] Vgl. Meinecke, Radowitz, S. 119 ff.

Regierungen hätten sich auf drei Personen bereits geeinigt [1]. Der Ausschuß ließ aber seine Bundesdirektoren selber fallen und ging zum Reichsverweser über. Oder sagen wir es gleich mit dem rechten Namen: er ging zum Erzherzog Johann von Oesterreich über! Er schlug nun aber auch vor, bei den großen Entscheidungen auswärtiger Politik diesen Reichsverweser ausdrücklich an das „Einverständnis der Nationalversammlung" zu binden, was für das Dreier-Direktorium nicht vorgesehen war und der Ansicht von der Stellung der monarchischen Gewalt, wie sie der Wortführer dieses Vorschlags, Dahlmann, hatte, an sich nicht entsprach.

Was den Erzherzog der Allgemeinheit besonders empfahl, war bekanntlich, daß er ein Glied des allerhöchsten Kaiserhauses und doch volksmäßig einfach, ja mit einer Bürgerstochter verheiratet war, und daß er in einem Trinkspruch gesagt haben sollte: Kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges freies Deutschland! Empfahl ihn diese Beliebtheit aber auch für Politiker, die auf die preußische Spitze hinarbeiteten? Doch nur dann, wenn sie denken konnten, für die nächste kritische Zeit könne die von ihm geführte Regierung das Gesamtvaterland nach außen, die Ordnung im Innern, den Fortgang der nationalen Bewegung sichern, für die Zukunft aber — er war ja überdies betagt! — mache seine Regierung die Ueberleitung auch in einen preußisch geführten Staat möglich. Oder fügten sie sich nur in etwas Unvermeidliches und machten gute Miene zum bösen Spiel? Wie ist es zu erklären, daß der entschiedene Preuße Vincke es war, der in der Paulskirche den Erzherzog auf den Schild erhob, daß Dahlmann den Uebergang zu diesem Reichsverweser mit dem Gefühl der Befriedigung mitmachte [2], daß ganze Scharen von preußischen Abgeordneten nicht widerstrebend, sondern mit Wärme, den Oesterreicher zum Reichsverweser ausriefen, nachdem Heinrich von Gagern — auch er mit Schwung zur österreichischen Spitze überlenkend! — die einseitige Wahl durch die Nationalversammlung durchgesetzt hatte?

[1] Springer, Dahlmann II 260.
[2] Springer a. a. O.

Zunächst kann man darauf hinweisen, daß gerade in dieser Periode der nationalen Bewegung alle überzeugt waren, das Schwergewicht des nationalen Willens werde sich unter jeder „konstitutionellen" Regierung gewaltig geltend machen. Weiter hatten viele bei der Wahl Johanns den Gedanken, daß sie damit den Deutschösterreichern die Trennung von den Fremdvölkern, den Anschluß an das nationale Reich einladend machen könnten, und zwar wären die einen wirklich mit einer österreichischen Spitze für unser Vaterland einverstanden gewesen[1], während andere die Ueberführung Deutschösterreichs unter das norddeutsche Kaisertum mit solch freundlicher Einladung vorbereiten wollten. Für die entschieden norddeutsch und preußisch Gesinnten aber, auch solche, die mehr mit der Erhaltung als der Auflösung der Großmacht Oesterreich rechnen wollten, gab es bei dieser Wahl noch besondere Hintergedanken.

Die Preußen hatten in der Paulskirche einen schweren Stand. Sie gehörten zu einem sehr großen Teil zur rechten Seite des Parlaments, sie waren es, die eine starke rechte Seite überhaupt möglich machten. Ihr Staat mit seiner Eigenart war das Ziel der heftigsten Angriffe, ganz zu schweigen vom Träger der Krone. Friedrich von Raumer in seinen „Briefen aus Frankfurt und Paris" beklagt sich darüber umso bitterer, weil ihm von vielen preußischen Abgeordneten immer wieder der Rat gegeben worden sei, zu den Angriffen zu schweigen, da das Uebel nur noch ärger werde, wenn man preußischen Stolz zeige. Wie anders ging es den Oesterreichern! Sie waren begrüßt worden wie verlorene Söhne der Germania, die sich wieder heimgefunden haben; sie waren den anderen interessant und ihr Wesen großenteils gewinnend. Man fand, daß sie es verstehen, in angenehmen Formen, ohne aufreizende Art und mit einer natürlichen Sicherheit die überlieferte große Stellung ihres Landes zur Geltung zu bringen. Mevissen konnte sogar schreiben (25. Juni): „Alles wird den Herrn entgegengetragen und in den Schoß geworfen, weil sie bescheiden und gutmütig nichts verlangen".

[1] Max Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung, 1849, S. 11.

Da meinten nun die Preußen, durch auffallende Beweise von Selbstverleugnung eine bessere Stimmung für ihre Sache vorbereiten zu müssen. Georg Beseler schreibt am 29. Juni nach Haus[1]: zur Wahl des Erzherzogs haben die Preußen das meiste beigetragen, wie ein Mann haben sie ihn gewählt, „so daß jemand sagte, das sei ein Ehrentag für Preußen, der bei der definitiven Wahl schon seine Früchte tragen werde". Bei dieser Wahl war aber „stillschweigende Verabredung", daß im Reichsministerium der Ministerpräsident, der Minister des Auswärtigen und der Kriegsminister von Preußen gestellt werden sollten! Das gehört sehr wesentlich dazu, und Georg Beseler, wie er davon spricht (Brief vom 18. Juli), sagt dazu: „wir hofften, Preußen werde nun die Geschäfte in Frankfurt in die Hand nehmen und dadurch tatsächlich an die Spitze Deutschlands treten. Der Majorität der Versammlung für diesen Plan waren wir sicher." Das war klug gedacht; es wäre ein Zustand gewesen, wie er in der friedlichen Zeit vor 1848 am Bundestag bestanden hatte, wo die Präsidialmacht sich vielfach durch Preußen vertreten ließ und im Dezember 1833 Blittersdorff vom Bundestag an die badische Regierung berichten konnte: „Preußen übernimmt jetzt die Führung der positiven Politik Deutschlands, Oesterreich behält nur noch die formelle Leitung. Vielleicht kann im deutschen Bunde nur dann ein neues Leben erwachen, wenn Preußen an die Spitze träte und Oesterreich sich auf ein Schutz- und Trutzbündnis beschränkte." Waren es jetzt im „Reichsministerium" Preußen, die die wichtigsten Geschäfte besorgten, und zwar möglichst solche Männer, die der Berliner Regierung nahestanden, so konnte man hoffen, auch diese Regierung für die Frankfurter Pläne zu gewinnen, das „Aufgehen" Preußens in Deutschland vorzubereiten. Heinrich von Gagern selber dachte sich die österreichische Reichsverweserschaft als Brücke zum preußischen Reichsoberhaupt[2], und Max Duncker konnte in seiner

[1] Deutsche Revue 1912, II, 236.

[2] Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, S. 124.

Denkschrift für die Prinzessin Augusta vom 31. Juli[1] sagen: gerade durch die österreichische Spitze im Provisorium habe man Preußen vorgearbeitet. Zur Begründung führt er einen weiteren — den raffiniertesten — Hintergedanken an: unter schwierigen Verhältnissen nützt eine solche Stellung mehr ab, als daß sie fördern würde.

Es ist auch vollkommen verständlich, wenn unser politischer Kreis im Schwebezustand dieses Sommers es nicht eilig hatte mit dem Verfassungswerk. Max Duncker sagt in seinem Rückblick ausdrücklich: der gewichtigste Grund dafür, daß man sich monatelang mit den „Grundrechten" beschäftigte, sei der gewesen, daß man für die Verfassung habe abwarten müssen, wie sich die Dinge in Oesterreich und Preußen entwickeln würden. Es konnte dabei ja freilich auch gegen den Wunsch unserer Politiker gehen: gelang den Ungarn und den Italienern die Loslösung von Oesterreich, den Demokraten der Sieg in Preußen, dann, sagt Duncker, „war die Lösung der Oberhauptsfrage zugunsten Oesterreichs gegeben"[2].

War die Reichsverweserschaft des Erzherzogs für die Freunde der preußischen Spitze zunächst kein unwillkommener Zustand, so war es ein Strich durch ihre Rechnung, daß sie für das Reichsministerium keine preußische, sondern eine österreichische Leitung erhielten, daß Schmerling mit der Zeit sogar das Aeußere, das Innere und den Vorsitz in seiner Person vereinigte. Und diese österreichische Leitung war geschickt; Schmerling war der beste politische Kopf im Kollegium. Wünschten jene den Beweis zu erleben, daß Deutschland am besten unter preußischer Leitung fahre, so konnte nun Schmerling die österreichische Leitung empfehlen. Die provisorische Zentralgewalt vertiefte so die Wirkung, welche die Teilnahme der Oesterreicher an dem Frankfurter Unternehmen überhaupt ausübte. Die großdeutsche Richtung beherrschte jetzt weithin die Geister. Das will sagen: man sah das deutsche Reich erst für vollständig an, wenn

[1] Haym, Das Leben Max Dunckers, 88 f.

[2] Duncker S. 38. Laube, Das erste deutsche Parlament II 84 ff.

das österreichische Deutschtum darin enthalten war; man suchte die Aufgaben zu verstehen, die Oesterreich zu unserem Besten haben konnte, und nahm sie in das deutsche Programm auf. Es kam nur darauf an, in welcher Form der großdeutsche Gedanke zu verwirklichen sei; aber daß die Verbindung mit Deutschösterreich eine möglichst innige sein und daß dem deutschen Beruf Oesterreichs so oder so gedient werden müsse, das war nun entschieden. Auch ein „kleindeutsches" Programm — engere Vereinigung des nichtösterreichischen Deutschlands; Gesamtösterreich und Deutschland neben einander — konnte nur dann noch gut befunden werden, wenn es ebenfalls dem großdeutschen Gedanken diente. Dieser großdeutsche Geist war tief auch in die Kreise eingedrungen, mit denen wir beschäftigt sind.

In diesem Sommer machten sich viele ein Bild vom künftigen Großdeutschland und seiner Stellung in Europa, das etwa so aussah: Deutschland einig von der Nordsee und vom Belt bis Wien und zur Adria; Italien, Polen — mit Galizien! — und Ungarn selbständig, aber freiwillig in politischer und wirtschaftlicher Verbindung mit Großdeutschland; in dieser Form setzt sich das habsburgische Reich fort; die Schweiz, Belgien und Holland kehren aus der Entfremdung zurück in ein Bundesverhältnis mit uns; im Norden gliedert sich mindestens Dänemark diesem mitteleuropäischen System an, wobei aber Schleswig-Holstein als deutsches Land gelten muß. Der Rhein von seinem Ursprung bis zu seiner Mündung würde zu uns gehören; ebenso die Donau; denn auch auf Rumänien erstreckten sich die Hoffnungen[1]. Außer dem Baltenland wäre da alles wieder in unseren Geltungsbereich gebracht, was je unter

[1] Im Herbst 1848 reichte wirklich der rumänische Agent Joan Maiorescu der Frankfurter Nationalversammlung eine Denkschrift ein mit folgendem Programm: aus der Walachei und Moldau wird ein rumänischer Staat gebildet und Siebenbürgen mit ihm vereinigt. Er schließt ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem magyarischen und dem deutschen Nationalstaat, um dem Panslawismus zu begegnen und den deutschen Einfluß bis ans Schwarze Meer auszudehnen. — Von einem magyarischen Bündnisantrag wird nachher die Rede sein.

deutschem Imperium gestanden hat, und man könnte dann an die Ausführung der weiten Gedanken Friedrich Lists herangehen, die an diesem Programm wohl wesentlich beteiligt waren. Es war ein echter Wahn der politisch unerfahrenen Deutschen, der bis in die Zeit unseres unglücklichen Krieges nicht aus den Köpfen auszutrieben war: als ob die Völker ringsum aus freier friedlicher Wahl zu uns kommen müßten! Solche Phantasien bewegten nun auch in den Kreisen der werdenden Kaiserpartei manchem den Sinn; der junge Rümelin z. B. schrieb so an den Schwäbischen Merkur[1].

Oesterreich wird bei solchen Betrachtungen mehr wie eine Grenzmark angesehen, die uns Besitz aus volksfremdem Boden und Beziehungen zu anderen Völkern beigebracht hat. Oesterreichisch Oberitalien wird als deutsches Gut genommen, das „wir" nicht ohne weiteres hergeben. Rümelin spricht am 12. August von den Städten und Festungen Oberitaliens, aus denen „wir" den König von Sardinien verjagt haben, und in der Deutschen Zeitung vom 10. Juli findet sich der Satz, daß „Schleswig und Italien für unsere gänzlich ungeübten Truppen eine gute Schule werden". Doch dachte und wünschte sich gerade der Leiter der Deutschen Zeitung noch immer eine österreichische Großmacht neben Deutschland. Er behauptete zwar, daß auch er „die Hoffnung nicht aufgebe", es werde sich eine Form finden, die „eine besondere Verbindung" Deutschösterreichs mit Deutschland zulasse, erklärte aber, daß die „innigste Vereinigung", an der man nicht mehr zweifeln könne, nicht von der Form der staatlichen Beziehungen abhängig sei. Er hatte den durchaus richtigen Gedanken, daß Oesterreich den Charakter als besondere Großmacht gerade dann behalten müsse, wenn die von ihm beherrschten Völker stärker an Deutschland herangezogen werden sollten. Freilich war dabei dem Habsburgerreich eine gewaltige Schmälerung und Wandlung zugedacht: es werde nötig sein, die italienischen Länder aus dem

[1] Die Schreiben Rümelins an den Merkur, die im folgenden oft angeführt werden, sind bekanntlich gesammelt unter dem Titel: Aus der Paulskirche, Berichte an den Schwäb. Merkur . . . von Gustav Rümelin . . . 1892.

Zwangsverband überhaupt zu entlassen, Galizien als vorübergehenden Besitz zu betrachten, Ungarn und die slawischen Teile, mit denen das Reich durchwachsen war, so zu befriedigen, daß Oesterreich bei den Völkern im Osten und Südosten als Hort der Freiheit und erfolgreicher Gegenspieler Rußlands gelten könne.

Gervinus trifft hier zusammen mit Gustav Freytag, der damals mit Julian Schmidt die Grenzboten übernommen hatte und hier für den Gedanken der Scheidung Oesterreichs von Deutschland wirkte. In dem Heft vom 7. Juli setzt Freytag Oesterreich die Aufgabe, Serbien und Bosnien an sich zu ziehen, die in Gefahr seien, den Russen zu verfallen; er möchte gern haben, daß Oesterreich wenigstens die „Demarkationslinie" von Widdin bis Saloniki gegen die russische Einflußsphäre festhalte.

Waren die Gedanken der Deutschen über Oesterreich schwankend und wild, so waren sie damit nur das Abbild der Lage Oesterreichs. Das Verschiedenste schien möglich; auch die Einbildung, daß aus Völkern, die bisher von Oesterreich beherrscht waren und nun unabhängig würden, Bundesgenossen Deutschlands werden könnten, durfte sich bereits auf einen freilich höchst fragwürdigen Versuch der Magyaren berufen. Diese, unter der Regierung ihres Palatins aus dem österreichischen Kaiserhause, schickten eine Gesandtschaft nach Frankfurt, um ein Bündnis zu suchen. Es war eine Antwort auf die Anregung, die vor wenig Jahren Friedrich List ihnen vorgetragen hatte. List hatte seinen Plan deutscher Siedelung in den unteren Donauländern und der Beherrschung der Donaumündungen auf ein Zusammenwirken der Magyaren mit den Deutschen gründen und dabei den Magyaren, in denen er das Kernvolk der unteren Donau sah, das Zugeständnis machen wollen, daß die Deutschen, die nun aufs neue das Ungarland bevölkern würden, magyarisiert werden müßten! Jetzt im Sommer 1848 blieben aber die, bei denen die Entscheidung in Frankfurt lag, gegenüber dem magyarischen Anerbieten vorsichtig. Als die österreichische Regierung den magyarischen Bestrebungen doch endlich Widerstand ankündigte, hielt sich Frankfurt korrekt. Im

September verdichtete sich das magyarische Angebot zu dem Antrag: Ungarn und Deutschland, als ebenbürtige Mächte, sollten sich verpflichten, mit bewaffneter Macht bis zu 100 000 Mann einander zu Hilfe zu kommen, wenn eins von ihnen durch „das slawische Element oder durch eine andere mit dem slawischen Element verbündete Macht" angegriffen würde. Die Trutzstellung gegen die gemeinsame Gegnerschaft der Deutschen im Osten und Südosten und der Magyaren war großzügig und nicht ungeschickt formuliert. Deutschland sollte den Magyaren gegen eine slawisch — z. B., wie jetzt eben, kroatisch — gestützte und etwa mit Rußland verbundene österreichische Regierung zu Hilfe kommen. Daß die österreichische Regierung den Plan habe, sich an Rußland anzulehnen, war schon am 28. Mai und 1. Juni in der Deutschen Zeitung zu lesen, und dabei war auch der Argwohn ausgesprochen, solche Pläne dürften dem Erzherzog Johann in Frankfurt nicht fremd sein. Bei der Frankfurter Reichsregierung drängten nun die magyarischen Bevollmächtigten im Namen ihres Erzherzog-Palatins vergebens auf eine Antwort. Als die Antwort kam, lautete sie dahin: die Vollmacht der ungarischen Unterhändler sei erloschen; denn der Kaiser und König habe den Palatin seiner Würde entkleidet. Dies war noch ehe Schmerling in Frankfurt das Auswärtige übernommen hatte. Gerade die Kreise, mit denen wir uns beschäftigen, und die in Frankfurt die Führung hatten, wollten sich mit der österreichischen Regierung auf möglichst gutem Fuße halten, weil sie sie keineswegs verloren geben konnten und ihr mit ihren Verfassungsplänen auf jeden Fall Großes zumuten mußten.

Besondere Verlegenheit bereitete ihnen die italienische Erhebung. Sie mußten dem schicksalsverwandten Volke die Selbständigkeit und Einheit gönnen, und auch wenn sie ihm die mißgönnt hätten: sie waren doch überzeugt, daß der nationale Gedanke unwiderstehlich sei. Andrerseits konnten sie nicht daran glauben, daß Italien sich zu einer selbständigen Macht wirklich erheben könne; sie rechneten darauf, daß Oberitalien bei seinem Aufkommen sich werde an Frank-

reich anschließen müssen; der Süden aber lag offenkundig im Bereich englischer Macht. Wurde aber Oberitalien zu einer Basis für französische Angriffspläne, so war Oesterreichs Stellung dort eine Schutzwehr gegen Frankreich. Man gab zwar nun Oesterreich den Rat, dessen wir wiederholt zu gedenken hatten: die Italiener dadurch von Frankreich ab- und an Oesterreich anzuziehen, daß der Lombardei und Venetien volle Freiheit, oder doch Selbstregierung unter österreichischem Szepter, gewährt werde und Oesterreich sich zum Protektor des italienischen Nationalstrebens anmelde. Aber man erklärte, das Festungsviereck, oder zum mindesten die Etschlinie, müsse in „deutschen" Händen bleiben. Das sei die Vormauer Süddeutschlands, die Deckung für die Alpenpässe. Man verlangte ferner, daß bei den Verhandlungen über Italien, in die Frankreich und England sich mischten, das neue Deutschland neben Oesterreich beteiligt sein müsse; darum bemühten sich die Vertreter der Frankfurter Zentralgewalt im Ausland, die freilich immer nicht als Macht unter Mächten anerkannt wurde. An Venetien nahm man auch deshalb besonderes Interesse, weil dem deutschen Handel das adriatische Meer erschlossen werden sollte; überdies war damals Pola noch nicht befestigt und Venedig der einzige Kriegshafen Oesterreichs. Das künftige Verhältnis Oberitaliens zu Oesterreich „und Deutschland" rechnete man sich schließlich etwa so zurecht, daß Oberitalien etwa bis zum Mincio Glied einer österreichischen Staaten- und Völkergemeinschaft wäre und sowohl mit Deutschland wie mit dem übrigen Italien in einer politischen und wirtschaftlichen Verbindung stünde — eine jener verlegenen, unmöglichen Auskünfte, mit denen man sich damals an der Lösung schwieriger Fragen versuchte[1].

Im Sommer beriet aber nun doch auch der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung über Hauptfragen der Reichsverfassung.

[1] Aus unserem Kreis vgl. besonders Rümelins Schreiben vom 12. Aug. an den Merkur (Aus der Paulskirche S. 70—72). Dem wesentlichen Inhalt nach ist das genau, was Radowitz an jenem Tag in der Paulskirche vorgetragen hat (Stenogr. Bericht 2, 1566 .

Zusammengesetzt war dieser Ausschuß ähnlich wie das Kollegium der Siebzehn; die Männer, von denen wir hier immer sprechen, beherrschten ihn durchaus. Die Arbeit ging jetzt viel mehr ins Einzelne als bei den Siebzehn, die nur einen Rohbau hinzustellen hatten. Die Taktik, eine Aussprache über die zentralen Fragen zu vermeiden und die wichtigsten Pläne zu verstecken, bis von außen eine Klärung kam, war hier schon schwieriger. Unsere Kleindeutschen setzten aber diese Taktik auch hier fort. Wie sehr sie sie einhielten, bestätigt der großdeutsche Pastor Jürgens, der im Ausschuß und sonst mit ihnen zusammen war und der fand, daß nur gelegentliche Aeußerungen auf das, was ihnen im Sinn lag, hindeuteten; er wollte nicht einmal annehmen, daß sie von Anfang an einen bestimmten kleindeutschen Plan verfolgten; sie entwarfen eben ihren Einheitsstaat — wie er es nennt —; das Entweder—oder, vor das sie Oesterreich stellen mußten, ergab sich von selbst![1] Es war in der Tat sehr sonderbar, wie z. B. bei der Frage des Gesandtschaftsrechts der Großstaaten immer so gesprochen wurde, als habe man auch in diesem neuen Reich zwei Großmächte, die sich gleichmäßig einer dritten Macht, dem Reich, unterzuordnen hätten und denen gleichmäßig eine gewisse Selbständigkeit noch zugebilligt werden müsse. Ueber die Oberhauptsfrage sprach man sich noch gar nicht aus; die war das heikelste.

Es kamen aber doch Ereignisse, die in Frankfurt zur Klärung drängten, noch ehe über die Zukunft Oesterreichs etwas entschieden war. Das waren Erlebnisse der Nationalversammlung an ihrem eigenen Leibe. Das erste war ihr Streit mit Preußen um den Waffenstillstand mit Dänemark; hier trat die Ohnmacht ihrer angemaßten Gewalt gegenüber einem deutschen Großstaat derart in Erscheinung, daß es für das Ansehen ihrer ganzen Sache höchst abträglich war. Das zweite war, was sich an diese Offenbarung der Schwäche an-

[1] Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes I 252 f. und 255; Georg Beseler, Erlebtes und Erstrebtes S. 73 f.; Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, herausg. von J. G. Droysen, I 59 ff.

schloß: der Aufstand in Frankfurt, der zwar unter Schmerlings Leitung niedergeschlagen wurde, unseren Politikern aber doch einen unheimlichen Eindruck machte. Wenn die Versammlung nicht bald einen starken deutschen Staat zustande brachte und dabei nicht mit Preußen so zurecht kam, daß die Wiederholung eines so unglücklichen Streites unmöglich wurde, dann verschlechterten sich ihre Aussichten bedrohlich. „Unmittelbar nach den Septemberereignissen — erzählt Georg Beseler[1] — waren wir entschlossen, die Reserve, welche wir uns bisher bei der Oberhauptsfrage auferlegt hatten, nun aufzugeben und in die Aktion zu treten". Er fügt aber gleich hinzu, daß noch immer Vorsicht nötig gewesen sei und daß bei den Besprechungen, die er mit Erfolg über eine neue Parteibildung geführt habe, der Kern der Sache, auf die er hinaus wollte, gar nicht habe zur Sprache kommen dürfen. Ende September aber langte man im Verfassungsausschuß doch bei dem Punkt an, wo zwar noch nicht die gefürchtete Oberhauptsfrage, aber das Verhältnis zu Oesterreich grundsätzlich klargestellt werden mußte, und da gab es denn eine Aussprache, die sich einige Wochen später im Plenum fortsetzte und währenddem die politischen Unterhaltungen bei allerlei Zusammenkünften beherrschte. Mit ihr haben wir uns nun zu beschäftigen.

3.

Die „Frage an Oesterreich" und das Programm vom engeren und weiteren Bund.

(Herbst 1848.)

Was der Verfassungsausschuß, und nach ihm die Nationalversammlung, über Oesterreich grundsätzlich zu sagen hatte, liegt be-

[1] Preuß. Jahrbücher 54 (1884), S. 82.

schlossen in den ersten Paragraphen des Abschnitts vom „Reich". Sie lauten:

§ 1: Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes.

§ 2: Kein Teil des Deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

§ 3: Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

Genannt ist Oesterreich absichtlich nicht, und es ist bei den §§ 2 und 3 ja auch nicht ausschließlich an Oesterreich zu denken: auch die Verbindung Holsteins mit Dänemark sollte davon betroffen werden. Aber Oesterreich war natürlich die Hauptsache dabei. Setzt man an Stelle der abstrakten Fassung eine konkrete, so bestimmten die Paragraphen, daß Oesterreich dem neuen deutschen Staat die Länder, die zum alten Bund gehörten und in Frankfurt vertreten waren, vollständig überlassen müsse. Es war die Folgerung aus dem Dogma vom Nationalstaat. Die Frage ist nun: worauf waren die Paragraphen praktisch berechnet? Wollte man Oesterreich spalten? oder sollte an den Tag gebracht werden, daß eine Hauptforderung, die man an die Zugehörigkeit zum deutschen Staat stellen müsse, von Oesterreich nicht erfüllt werden könne, daß also Oesterreich mitsamt seinen deutschen Ländern ausscheiden müsse, wenn es beieinander bleibe? oder rechnete man damit, daß Oesterreich so wie so auseinanderfalle? Heftig für die Paragraphen war die Linke; was die sich dabei dachte, war sehr einfach: die Auflösung Oesterreichs durch die Nationen. Wie aber stand es mit unserem Kreis? mit Droysen, der den Paragraphen ihren Wortlaut gegeben hat, mit Dahlmann, der sich mit aller Kraft für sie einsetzte, und mit den andern, die nachher die Partei des preußischen Kaisertums bildeten? Wollten sie mit den Paragraphen zeigen, daß die eine Großmacht aus Deutschland ausscheiden müsse, oder wollten auch sie im Ernst Wien, Böhmen und Tirol unter Frankfurt und dem Hohenzollernkaiser ver-

einigen, und hielten sie das für möglich? Sie sagten selbst, die Paragraphen enthalten ein Entweder — oder für Oesterreich, stellen eine Frage an Oesterreich und wollen Klarheit herbeiführen. Aber wie dachten sie sich die Entscheidung, und wie wünschten sie, daß sie ausfalle? Diese Fragen sind damals und später oft gestellt worden; schon die Zeitgenossen, ja die Parteigenossen der führenden Männer haben bemerkt, daß sie nicht so einfach zu beantworten seien; die Geschichtschreiber seither haben durchweg keine genaue und erschöpfende Antwort gegeben, und doch ist eine solche annähernd möglich. Man muß vor allem zwischen den einzelnen Personen unterscheiden; es stellt sich bald heraus, daß die Unterschiede recht bedeutsam sind[1].

Am einfachsten ist die Sache bei Dahlmann und bei Waitz. Sie waren überzeugt, daß die Auflösung Oesterreichs früher oder später kommen müsse; die Nationalversammlung könnte aber das Unvermeidliche und Zeitgemäße beschleunigen. Waitz sprach über Oesterreich mit der größten Naivetät[2]. Deutschland könne auf die deutschen Länder Oesterreichs nicht verzichten; sie gehören von Rechtswegen zu uns; es könne nie zugegeben werden, daß ihr Verhältnis zu uns von der Wahl Oesterreichs abhänge; Oesterreich sei auch imstande, die Forderung der beiden Paragraphen zu erfüllen. Nach Droysens Niederschrift hat Waitz im Verfassungsausschuß gesagt: man wolle ja die Dynastie nicht berauben, noch gerechte Verbindungen zerreißen; das gesamte Gebiet der österreichischen Macht solle bleiben, nur der Staat solle nicht österreichisch bleiben!! Will man das ernst nehmen und mit dem anderen Wort von Waitz zusammenhalten, wornach Oesterreich sich durch Personalunion gewiß in einen deutschen, unga-

[1] Das Ergebnis meiner Untersuchung weicht auch von der Darstellung ab, die Paul Wentzcke in dem anregenden und fördernden Aufsatz „Zur Geschichte Heinrich von Gagerns" (Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung I, 1910) S. 189 f., 195, 227 uff. gegeben hat.

[2] Im Verfassungsausschuß am 26. und 27. September, in der Nationalversammlung am 20. Oktober, dann rückblickend am 19. März 1849 (Stenogr. Bericht VIII, 5836).

rischen, galizischen, italienischen Teil zerlegen lasse, so kommt man zu dem Bild eines habsburgischen Herrschers, der über vier Staaten herrscht, wovon drei einer auswärtigen Regierung unterstehen: einer wird von einem Hohenzollern und einem Frankfurter Parlament regiert, einer gehört zum italienischen Bund, einer zum polnischen Reich: in Ungarn aber würde natürlich dieser Herrscher, der zwischen vier Stühlen niedersitzt, erst recht beherrscht — wenn er nicht vorzöge den Vorschlag Dahlmanns vom Frühjahr anzunehmen und sich zum italienischen Bundeskaiser wählen zu lassen! Sagte man einem Manne wie Waitz, nur die Großmacht Oesterreich könne diese fremden Völker an uns binden, so erwiderte er, eine solche Aufgabe sei im Zeitalter der Nationalstaaten eben nicht mehr auszuführen, und die deutsche Nation müsse nur sehen, sich selbst in zusammenhängender Masse zu einigen. Er wollte in diesem Sinn ein Großdeutschland, nicht aus irgend einer Vorliebe für Oesterreich, um das er sich vielmehr wenig kümmerte, sondern weil Deutsch-Oesterreich eben auch in den Kreis der Länder gehörte, aus denen der Nationalstaat zu bilden war, und weil der Nationalstaat möglichst vollständig sein sollte. Wie man Wien und Böhmen dazu bringen könne, sich von einem preußischen Kaiser und Frankfurter Nationalparlament regieren zu lassen, darüber haben sich Waitz und Dahlmann schwerlich viel Gedanken gemacht. Dahlmann hat im Verfassungsausschuß den Deutschösterreichern gesagt: er glaube nicht, daß sie sich von Deutschland abtrennen wollen, sie müßten denn im Kitzel des Herrseins und in den Verführungen ungerechter Macht ihr Heimatgefühl, das Erbe deutscher Gesinnung, verloren haben. Er wollte seinen deutschen Staat und stellte an die Deutschösterreicher die sittliche Forderung, sich dem zu fügen.

Bedeutsamer als Dahlmann und Waitz sind Georg Beseler und Droysen, mit denen Max Duncker zusammen genannt werden kann. Sie waren genügend politische Naturen, um die Schwierigkeiten der österreichischen Frage ernster zu nehmen. Sie waren zugleich aber sehr entschieden norddeutsch. Man muß sich klar ma-

chen, daß erst in der Nationalversammlung das norddeutsche Element halbwegs zu der ihm gebührenden Stellung kam — ebenso wie das österreichische erst hier sich geltend machen konnte. Denn in der ersten Zeit der Bewegung hatte das südwestdeutsche noch überwogen. Damals waren die Brüder Gagern, waren Bassermann und Welcker die Hauptführer der Bewegung gewesen; im sog. Vorparlament war darüber geklagt worden, die Norddeutschen kämen gar nicht zu Wort; auch das Reichsministerium war mit Mathy und Bassermann, Robert Mohl und Fallati, Max v. Gagern, Beckerath, Mevissen und Widenmann weit überwiegend südwestdeutsch und rheinisch besetzt; dagegen nun im wichtigsten Klub der Paulskirche, im Kasino, und ebenso im Verfassungsausschuß, traten neben und vor jene andern die norddeutschen, die Schleswig-holsteiner Professoren Beseler, Droysen, Dahlmann und Waitz. Indem seit dem Herbst Georg Beseler kräftiger vorging, wurden in der großdeutschen Paulskirche entschieden norddeutsche Ziele verfolgt. Heinrich Laube sagt von Beseler und Droysen, sie hätten sich für das neue Deutschland keinen anderen Mittelpunkt denken können „als einen nordischen". „Von Luther an, über den alten Fritz hinweg, durch die deutsche Literatur, durch die Freiheitskriege hindurch ging ihr Meridian unverrückt nordwärts in Deutschland"[1]. Hier ist klar ausgedrückt, wie es das protestantisch-norddeutsche Wesen ist, das in einem starken Staat unter der Hohenzollernkrone sein Vaterland sich bilden will. Und zwar war es in diesen Schleswig-Holsteinern, wie ihre Gegner sie mit Vorliebe nannten, vertreten durch Männer, in deren Gesichtskreis auch die Meere des Nordens gehörten. Droysen sprach[2] von der „polarisch gegen die österreichische Monarchie ausgeprägten Entwickelung Norddeutschlands". Von diesem Norddeutschland aus richtete er, mit den beiden strengen Paragraphen, seine „Frage" an Oesterreich. Max Duncker spricht in seinem Rückblick 1849 aus: von alters her liege der Kern und die Kraft Deutschlands in seinem Nor-

[1] Heinrich Laube, Das erste deutsche Parlament, III 50.

[2] Im Verfassungsausschuß; Verhandlungen I 313.

den. Er sagt es an einer Stelle[1], wo er auf die Wichtigkeit Schleswig-Holsteins für Deutschland hinweist, mit seiner Lage zwischen den zwei Meeren und seinem urkräftigen und seetüchtigen Volksschlag, und wo er vorhersagt: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Meere." Klassisch kommt sodann der nordische Charakter zum Ausdruck in der Rede, mit der Georg Beseler am 19. Mai 1849 für sich und seinen politischen Kreis von der 48er Bewegung Abschied nahm: Das Streben nach nationaler Einheit und Macht, sagte er, ist vorgedrungen zu den Stämmen an der Ostsee und Nordsee, die sich an den großen deutschen Bewegungen seit Jahrhunderten nicht unmittelbar beteiligt haben, die unter Heinrich dem Löwen nur lose verbunden waren mit dem Reich und in der Hanse ihre glänzende Sonderentfaltung gehabt haben. Diese Stämme sind jetzt in die Bewegung eingetreten. „Die Seeluft, welche von dorther weht", wird Deutschland kräftigen und erfrischen. Und dann zeigte er der Nation ihr neues Ziel: wir müssen als Nation zusammenhalten, „daß wir unsere Flagge geschützt hinsenden nach fremden Weltteilen". Die Hanseaten sollten eine Weltmacht hinter sich haben!

Was Oesterreich anlangt, so hatte Georg Beseler politischen Blick genug, um schon im September mehr mit seiner Erhaltung als seiner Auflösung zu rechnen, und trug gelassen und überlegen im Verfassungsausschuß vor, wie man zu Oesterreich künftig stehen werde: in einer „Allianz so nah und so fern wie die bisherige"; beide Reiche „resignieren auf einander, suchen sich völkerrechtlich zu arrangieren und jeder vom andern so viel Nutzen wie möglich zu haben". Als dann z. B. Riesser mahnte: ehe man die Deutschösterreicher den Slawen opfere und die Donaumündungen preisgebe, möge man doch nach einer anderen Auskunft suchen, gab Beseler den unbefriedigenden Trost: man könne ja nach wie vor „in innigster Allianz stehen", nämlich eben „in einem Verhältnis, wie es bisher im Staatenbund gewesen sei", zeigte aber dann auch, daß er sich der schweren Folgen bewußt war, die aus der Gründung eines deut-

[1] Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung, S. 31 f.

schen Reichs neben Oesterreich erwachsen konnten, daß er sie aber vom norddeutschen Standpunkt für verhältnismäßig erträglich hielt. Er sehe wohl — so hat Droysen seine Worte überliefert — die furchtbare Gefahr; namentlich die untere Donau gehe uns verloren, dem Einfluß Rußlands öffnen wir Tür und Tor. Anderen war die Ausbreitung längs der Donau und die Abwehr Rußlands eine Hauptsache! Da haben wir, um mit Droysen zu sprechen, den polarisch entgegengesetzten Gesichtskreis! Und jetzt war man, wie Laube sagt, mit der Arbeit „auf dem Bergrücken angelangt, von wo seit alter Zeit die Wasser nach Norden und die Wasser nach Süden abfließen"; die „itio in partes" wurde unvermeidlich. Beseler hatte übrigens den Wunsch, daß der Ausschuß Droysens strenge Paragraphen nicht in aller Kahlheit hinstelle, sondern wenigstens auf freundlichere Weise ein Entweder-oder spreche und für den Fall, daß Oesterreich sich in die Paragraphen nicht finden könne, ein Bündnis ähnlich dem des alten Bundes in Aussicht stelle. In einem anderen Vorschlag ging er im Grundsatz auf die volle Herübernahme Deutschösterreichs ein, wollte aber den Ausdruck „reine Personalunion" mildern, um Deutschösterreich nicht „Scheidung von Tisch und Bett" gegenüber den nichtdeutschen Ländern vorzuschreiben [1].

Versuche, für Oesterreich eine entgegenkommende Sonderbestimmung zu treffen, sind gemacht worden; aber dem Sinn der meisten war dies jetzt entgegen. Droysen bestand mit der gleichen Hartnäckigkeit wie die Demokraten darauf, daß man klare Verhältnisse schaffen, keine Ausnahme einführen solle, und führte zur Begründung auch an: lasse man einen Vorbehalt für Oesterreich zu, so könnte Preußen wegen seiner Stellung als europäische Großmacht einen andern für sich verlangen. Sehr möglich, daß er dies fürchtete. Nun ist im Verfassungsausschuß durchaus, von österreichischen und von deutschen Abgeordneten, auch von links her, ausgesprochen worden, daß Oesterreich sich nicht in die Paragraphen werde einspannen lassen und daß selbst Deutschösterreich im Falle des Entweder-oder nicht herüber,

[1] Verhandlungen des Verf.-A. I 319 u. 329.

sondern hinüber verlangen würde. Der Demokrat Zell aus Trier sagte, man könne Oesterreich nicht zwingen, mehr zu gewähren als die völkerrechtliche Verbindung. Der Oesterreicher Mühlfeld stellte gleich anfangs den Antrag, mit Oesterreich nur eine völkerrechtliche Verbindung vorzusehen. An das Bestehende anknüpfend konnte man sagen: mit Oesterreich bleibt der alte Bund; er kann auch lebendiger ausgestaltet werden; für die nichtösterreichischen Länder unter sich aber tritt an Stelle des alten Bundes der neue Nationalstaat. Mühlfeld erhielt aber nur die Gefolgschaft weniger Abgeordneter, die abseits von der allgemeinen Bewegung standen. Beseler und Droysen hätten wahrhaftig für ihn stimmen können! Aber sie gerade mochten das, was sie kommen sahen und auch wünschten, was aber der allgemeinen Stimmung noch widersprach, nicht beschließen. Auch hier war es wohl besonders die Oberhauptsfrage, auf die sie Rücksicht nahmen: man sollte nicht sagen, sie bereiteten so geradeaus den Boden für ihren preußischen Kaiser vor. Wenn Droysen, im Unterschied zu Beseler, so eifrig darauf bestand, seine starren Paragraphen und nichts als sie zu beschließen, so kann, da er ja nicht mit der Auflösung Oesterreichs rechnete, dies nur so erklärt werden, daß er hoffte mit diesem anscheinend großdeutschen Beschluß der kleindeutschen Lösung am besten vorzuarbeiten. Auf die allgemeine Stimmung sich stützend, wollte er der Versammlung den Beschluß abnehmen, daß sie den großdeutschen Nationalstaat, aber den Nationalstaat ohne jede Hintertüre für Sonderstellungen wolle. Kam dann aus Oesterreich die Antwort: unmöglich!, dann konnte er die Versammlung beim Wort nehmen: ihr habt beschlossen, daß es keine Ausnahme geben darf; wer nicht ganz dabei sein kann, gehört ganz hinaus. Droysen war unerbittlich darin, daß für die Großmacht Oesterreich kein Platz in Deutschland sein dürfe. Dahlmann dachte genau so; aber Dahlmann rechnete mit der Auflösung der Großmacht.

Der Mannheimer Soiron, von dem gesagt worden ist, er sei der verkörperte gesunde Menschenverstand, traf den Sinn der meisten, indem er sagte: man habe jetzt nicht darnach zu fragen, ob

die Oesterreicher können und wollen oder nicht, sondern man habe nur zu beschließen: so ist es mit dem Nationalstaat! Er sagte aber auch: wenn die Oesterreicher auf unsere Voraussetzung nicht eingehen, dann soll ein Deutschland ohne sie sich bilden[1]. Hierüber schieden sich später die, die jetzt zum Beschluß vereinigt waren, in zwei Lager. Merkwürdig ist nur, daß damals selbst solche Großdeutsche, die nicht an die Spaltung Oesterreichs glaubten, sich durch die Paragraphen einfangen ließen. Der rechtsstehende Jürgens, nachher ein Hauptgegner der Partei Droysens, bekennt, daß er eben vorläufig einmal für die Paragraphen gestimmt habe nur, um auszusprechen, daß er am liebsten die Deutschösterreicher ganz im deutschen Hause hätte!

Man kann vier Anschauungen unterscheiden, von denen aus damals Droysens Paragraphen angenommen wurden. Die erste ist die der Linken, die die Welt in nationale Demokratien auflösen wollte. Die zweite die von Dahlmann und Waitz: sie glaubten an die Aufteilung Europas in Nationalstaaten und wollten „das ganze Deutschland" unter der Hohenzollernkrone vereinigen; hinzufügen muß man: gelang es mit Deutschösterreich nicht, so mußte es ohne Rücksicht auf Deutschösterreich geschehen. Die dritte, zahlreiche Gruppe bilden solche, die „das ganze Deutschland" wollten, aber auch mit dem Fortbestehen Oesterreichs rechneten, vorläufig sich einfach zum „ganzen Deutschland" bekannten, später sich in zwei Lager schieden: den einen war der einheitliche deutsche Staat wichtiger als die nahe Gemeinschaft mit Oesterreich; die anderen wollten von keinem „Kleindeutschland" etwas wissen (Soiron—Jürgens!). Die vierte Gruppe wäre durch Droysen selbst und Beseler vertreten; hier sind die Paragraphen ein diplomatisches Mittel, um die kleindeutsche Lösung vorzubereiten. Wir werden aber, wenn wir zeitlich weiter vorrücken, ihre Stellung schärfer erkennen.

* * *

In mehr vertraulichen Besprechungen war, wie berichtet wird und wie sich denken läßt, viel die Rede von Plänen, wie sie vor

[1] Verhandlungen des Verf.-A. I 322 u. 329 f.

wenig Jahren wieder Paul Pfizer in dem Buch „Das Vaterland" vorgetragen hatte[1]: von einem engeren Bund ohne und einem weiteren mit Oesterreich. Ein merkwürdiges Zeugnis dafür ist ein Bericht Gustav Rümelins an den Schwäbischen Merkur (1. Oktober). Rümelin selbst stand Pfizer nahe. Jetzt war er Mitglied der Gesellschaft vom Augsburger Hof, wo — nächst der bedeutenderen Kasinogesellschaft und in Verbindung mit ihr — ein Lager führender Geister der Paulskirche war. Am 1. Oktober weiß er nun folgenden Plan zu melden, der „in kleineren Kreisen" besprochen worden sei, an dem gewiß er selber besonders beteiligt war. Deutschland ohne Oesterreich bildet einen konstitutionellen Bundesstaat; Preußen geht darin durchaus auf; sein König wird König von Deutschland mit dem Sitz in Frankfurt, sein Ministerium und seine Volksvertretung verschwinden unter der deutschen Regierung und Volksvertretung; seine Provinzen sind unmittelbar Reichsland. Dieser Bundesstaat steht in einer dauernden völkerrechtlichen Verbindung mit Gesamtösterreich zu gegenseitigem Schutz, „gemeinsamen Bundeskriegen", unter Umständen wechselseitiger Vertretung im Ausland, und Handelsabkommen. Es ist die Fortsetzung des alten Bundesverhältnisses, aber, was sehr wesentlich ist in einer Zeit, wo Oesterreich mit Italienern und Magyaren um seine Geltung kämpfte: das Bundesverhältnis soll mit der ganzen Großmacht Oesterreich abgeschlossen werden. Ein ähnlicher Bund könnte mit Holland, Belgien und der Schweiz eingerichtet werden. Also ein mitteleuropäischer Bund, in dem das einstige Reich fortleben würde; der deutsche Nationalstaat mitten inne, noch nicht ohne weiteres führend, dem Habsburgerreich im Rang höchstens ebenbürtig; aber man fühlt es heraus, daß er zum Kern des Ganzen und zur Herrschaft darin ausersehen war, und wirklich hätte der schöne Plan auch nur dann Aussicht gehabt, wenn Deutschland zur ersten Macht in Europa aufgestiegen

[1] Ich darf hiezu auch auf meinen Aufsatz in den Württ. Vierteljahrsheften für Landesgeschichte N. F. 25, 1916, „Württembergische Politiker von 1848 im Kampf um die deutsche Frage", verweisen.

wäre. Was meinte man nun daß Oesterreich dazu sagen werde? Rümelin führt selber unter den Schwierigkeiten, die im Wege stünden, an, daß Oesterreich sich gutwillig dieses neue Deutschland nicht werde gefallen lassen. Es wurde doch wieder ernstlich mit Oesterreich als Macht und als lebendiger Gesamtheit gerechnet! Die Kräfte, die den Gesamtstaat wiederherstellen konnten, sah man am Werk: die italienische Erhebung und der Prager Aufstand waren niedergeschlagen, und gegen die Magyaren war, zugleich als Vertreter des Reichsgedankens, der Banus von Kroatien auf den Plan getreten.

Eben jetzt, im Oktober, entwickelten sich die Dinge in Oesterreich zur Entscheidung, und die Abgeordneten in Frankfurt, die über das Verfassungswerk nun endlich auch in der Vollversammlung zu beraten begannen, sahen erregt dorthin. Wien erhob sich im Bunde mit den Magyaren. Es geschah unter dem Zeichen der deutschen „Trikolore"; hätte die Bewegung gesiegt, so hätte sie ein freies Deutschösterreich als Glied — womöglich Haupt! — eines demokratischen Deutschland angemeldet. Die Demokraten in Frankfurt jubelten der Bewegung zu und verlangten, daß die Centralgewalt sie unterstütze. Mit einem freigewordenen Ungarn wäre dann ein Bund geschlossen worden. Wie aber, wenn die drei tatkräftigen Männer siegten, die im Bund mit dem Hof die Großmacht Oesterreich retten wollten, der Banus, Windischgrätz und sein Schwager Fürst Schwarzenberg, der aus dem Feldlager Radetzkys herangekommen war? Dann standen die Frankfurter vor der Aufgabe, an Stelle des „ganzen Deutschland" den in „kleineren Kreisen" besprochenen engeren Bund zustande zu bringen und ihn — dem erstarkten Oesterreich gegenüber durchzusetzen! Inzwischen lehnten Reichsministerium und Parlamentsmehrheit jede Hilfe für die Wiener Bewegung ab; eine schwächliche Vermittelung allerdings wurde beschlossen, damit doch im Namen Deutschlands etwas geschehe. Auf die Vorwürfe der Demokraten wurde geantwortet, die Wiener Bewegung scheine weniger eine deutsche als eine anarchische zu sein.

Bassermann, der jugendliche badische Liberale, Mitglied des

Reichsministeriums, später eine Stütze der Kaiserpartei, hielt der Versammlung einen gesunden deutschen Maßstab für das Urteil über die Wiener Erhebung vor: wenn die Magyaren und die Piemontesen und mit ihnen die Russen und die Franzosen sich über diese Erhebung freuen, dann haben w i r über sie zu trauern. Soll Deutschland wieder die Achtung erlangen, die wir fordern, dann darf Bruderkrieg und Anarchie nicht bei uns einbrechen. An diesem Urteil ist besonders interessant, daß der Zusammenhalt der Ordnung auch im Habsburgerreich als ein deutsches Anliegen gilt und daß die Unabhängigkeitsbewegung der Magyaren zu den feindlichen Kräften gerechnet wird. Der Gedanke brach sich Bahn, daß ein abgesondertes Oesterreich als Großmacht für Deutschland wertvoller sein könne als der Anschluß Deutschösterreichs nach dem Zusammenbruch dieser Großmacht. Gerade an Rümelin läßt sich die Wandlung erkennen, die Viele durchmachten. Mit der Pfizerischen Idee vom engeren Zusammenschluß des nichtösterreichischen Deutschlands war er schon in die Paulskirche eingetreten[1]; wenn er aber jetzt im Herbst darauf zurückkam, so war er inzwischen durch andere Gedanken, die den Aussichten und Stimmungen des Sommers entsprachen, hindurchgegangen. Denn lebhaft hatten die ihn erfaßt; er hatte in diesem Sommer von dem großdeutschen Reich der 45 Millionen gesprochen, hatte Galizien — als Teil eines freigewordenen Polen —, ähnlich Oberitalien, dann Ungarn in die weitere Bundesgenossenschaft Großdeutschlands gerechnet, Gesamtösterreich damit aufgegeben, und sich bei diesen windigen Aussichten wohl gefühlt. Der Rheinländer Mevissen schrieb noch am 15. und 20. Oktober mit solchen Gedanken; Rümelin dagegen ist am 15. Oktober dafür gewonnen, daß man einen „mächtigen Kaiserstaat" brauche; der habe zusammenzuhalten, was anders nicht an uns zu binden sei, und die Aufgabe zu besorgen, die dem Deutschtum im Südosten gestellt ist: die einer friedlichen Durchdringung bei freiem Zusammenleben der Völker. „Die größte deutsche Stadt"' in einem

[1] Gustav Rümelin, Reden und Aufsätze (1. Sammlung, 1875), S. 175.

vorspringenden Winkel deutscher Zunge an der Grenzscheide von vier Nationen liegend, sei zum leitenden Mittelpunkt eines großen freien Völkerbundes" sichtlich bestimmt. Denn als Bundesstaat freier Völker ist das wiederhergestellte Oesterreich gedacht. Die Tschechen, die sich Frankfurt nicht fügen, die Polen, die nicht von Rußland abhängig sein wollen, alle diese Nationen müssen in Reichsunmittelbarkeit zu einer selbständigen österreichischen Regierung stehen. Es ist der Gedanke, für den der Banus von Kroatien kämpfte! Auf seine Seite, nicht auf die der Wiener Aufständischen, wurden die reiferen deutschen Politiker geführt. Auch über die Gefahr eines slawischen Uebergewichts in der Donaumonarchie meinte man sich beruhigen zu können: Polen, Tschechen, Südslawen konnten doch nicht wohl eine gemeinsame Herrschaft einrichten; sie waren auch weniger zum Versuch eines Zusammenschlusses aufgefordert, wenn sie nicht vor einem Großdeutschland auf der einen, einer Magyarenherrschaft auf der andern Seite standen. Ein Ungarn mit einer unabhängigen Magyarenherrschaft, schrieb Rümelin, sei nicht im deutschen Interesse.

Also: vom großdeutschen Bedürfnis aus, so wie man jetzt es verstand, wurde der kräftige Zusammenschluß Oesterreichs gewünscht. Dies bedeutete aber: Abschluß Oesterreichs auf sich selbst, und als Korrelat — für alle, die einen kräftigen deutschen Staat wollten — Zusammenschluß Kleindeutschlands! Großdeutsche und kleindeutsche Bestrebungen konnten sich da eigentümlich verbinden. Sehen wir gleich, wie sich der Plan, den Rümelin am 1. Oktober mitgeteilt hat, weiterbildete! Rümelin kommt am 24. Oktober — wie er sich ausdrückt — auf den schon früher erörterten Gedanken zurück, gibt ihn aber in einer sehr veränderten Gestalt, anscheinend ohne sich des Unterschieds ganz bewußt zu sein. Es heißt nämlich jetzt, die Bundesgemeinschaft, in der das engere Deutschland mit Gesamtösterreich stehen soll, sei gedacht nicht als eine völkerrechtliche, sondern als eine staatsrechtliche: „durch eine förmliche Verfassung besiegelt"; von einem Doppelstaat

spricht Rümelin gleich nachher. Auch der Inhalt des Bundes ist ein viel bedeutenderer. War zuerst vorgesehen, daß beide Staatswesen einander wechselseitig, „wo sie es im einzelnen Fall für passend finden", im Ausland vertreten können, so sollen sie jetzt „eine gemeinsame europäische Politik" führen. Zur Wirtschaftspolitik war das erstemal gesagt, daß man einander die Handelsvorteile sichern solle, die meistbegünstigten Nationen gewährt werden; jetzt steht das große Wort da: „gemeinsame Zoll- und Handelsgesetzgebung". Und als weiterer Inhalt der Gemeinschaft wird ein „allgemeines, für 72 Millionen gleiches Reichsbürgerrecht" bezeichnet. Endlich erfährt man, daß in diesem neuen Bund die Präsidialmacht des alten, daß Oesterreich den Vorsitz haben soll. Dem Habsburgerreich, sagt Rümelin, müssen bei der neuen Gründung „alle möglichen Ehrenvorzüge" eingeräumt werden. Diese und die Bürgschaft für Oesterreichs gesamten Länderbesitz sollten, zusammen mit anderen Vorteilen, Oesterreich zugänglich machen, wenn es Anstoß daran nahm, daß ihm nun ein einiges Deutschland gegenüberstünde, mit einem preußischen König an der Spitze. Und schon kann Rümelin anführen, daß „sogar" unter Oesterreichern der Plan Anhänger finde; ja ein paar Tage darauf meint er, der große Bund, die Gemeinschaft mit Oesterreich, werde leichter zu erreichen sein, als der kleine, der Zusammenschluß des nichtösterreichischen Deutschlands mit Preußen.

In Wahrheit lag in den „Ehrenvorzügen" durchaus kein so großes Zugeständnis, und die Bürgschaft für den ganzen Länderbesitz — die übrigens gegenseitig sein sollte; Oesterreich hätte sie nun auch für die preußischen Ostmarken zu übernehmen gehabt — war nicht eigentlich im Sinne eines Opfers zu verstehen. Was die Ehrenvorzüge angeht, so könnte man vor allem daran erinnern, daß in einer deutsch-österreichischen Gemeinschaft Oesterreich den geschichtlichen Anspruch auf den Vorsitz hatte, daß das gegenwärtige Deutschland der Paulskirche, zu dem nur ein Teil Oesterreichs gehörte, einen österreichischen Reichsverweser und einen österreichischen ersten Minister hatte, daß endlich, wenn ganz Oesterreich in die Gemeinschaft träte,

es voraussichtlich eine höhere Menschenzahl mitbrächte als sein Partner, und das konnte es in einer so demokratisch gestimmten Zeit ebenfalls für sich anführen. Im übrigen waren die Ehrenvorzüge so gemeint, daß unter dem Vorsitz des Kaisers von Oesterreich in der Völkergemeinschaft des großen Bundes die deutsche Kraft die Führung erlangen sollte. Der 70-Millionen-Bund war gedacht als Organ für eine gewaltige Ausbreitung Deutschlands. Mit dem deutsch-österreichischen Zollverein, sagt Rümelin, wäre „die Aussicht, *ein neues Deutschland an der unteren Donau zu gründen*, so gesichert, daß allein diese Hoffnung jedes Opfer wert ist". So ist es auch mit der Bürgschaft für den Länderbesitz; sieht man an, um was es sich dabei handelte, so ist sofort deutlich, daß nach dem Sinne unserer Politiker einfach Vorwerke unserer europäischen Stellung gegen die Mächte, die man als feindlich annahm, geschützt werden sollten — Oesterreichisch-Oberitalien war ein Vorwerk gegen Frankreich, Galizien eines gegen Rußland —, und daß man mit Oesterreichs Besitz donauabwärts und an der Adria ja nur die Grundlage unserer eigenen Ausbreitung decken wollte. Außerdem: je enger die Gemeinschaft war, desto wirksamer auch die Deckung für das deutsche Element drüben und für unseren Einfluß auf Gesamtösterreich. Das war der Sinn der Zugeständnisse; der ganze Plan war von einem gewaltigen Vertrauen in Deutschlands Zukunft eingegeben.

Es war ein Plan, der mehr in die *süddeutsche* Atmosphäre paßte als in die norddeutsche. Es wäre von Interesse zu wissen, in welchen Köpfen er sich gebildet hat. Der Augsburger Hof, wo Männer aus allen Stämmen in einer von den Mitgliedern gerühmten Eintracht und glücklichen Mischung beisammen waren, war dem Plan wohl zugänglicher als das Casino, das ganz überwiegend norddeutsch war und unter dem Einfluß der Schleswig-Holsteiner Professoren stand. Die Worte Rümelins, daß die Aussicht auf ein neues Deutschland an der unteren Donau jedes Opfer wert sei, und daß wir mit dem Zerfall der Donaumonarchie die reichsten und schönsten Länder Europas verlören, kamen aus dem süddeutschen Gesichtskreis Fried-

rich Lists. Als bedeutsamster Vertreter der von Rümelin gemeldeten Idee trat unmittelbar nach Rümelins zweitem Bericht das südwestdeutsche Haupt der Paulskirche, Heinrich von Gagern, vor aller Oeffentlichkeit auf.

* * *

Ende Oktober kamen im Plenum der Paulskirche die §§ 1—3 der Reichsverfassung zur Beratung. Es waren die Tage, da Windischgrätz gegen Wien zog und die Entscheidung über Oesterreich sich ankündigte. So sehr der Glaube an die Macht des Parlaments erschüttert war, unsere Frankfurter waren doch davon durchdrungen, daß sie berufen seien, mit ihren Beschlüssen ebenso wie die Waffen der Generäle auf die Geschicke einzuwirken. Besprechungen in den politischen Vereinigungen und bei Heinrich von Gagern gingen voraus und nebenher. Die regierenden Gruppen standen jetzt unter etwas anderen Eindrücken als vier Wochen vorher der Verfassungsausschuß: man rechnete mehr mit der Herstellung Gesamtösterreichs und durfte oder mußte dem Gedanken des außerösterreichischen Zusammenschlusses näher treten. Dreierlei Anschauungen lassen sich auf dieser Grundlage unterscheiden. Die einen waren gegen jede „kleindeutsche" Absonderung — mit ihnen befassen wir uns hier nicht. Den anderen lag vor allem an der Geschlossenheit des deutschen Staats; das waren die eigentlichen sog. Kleindeutschen. Ein dritter Kreis bemühte sich, mit dem geschlossenen Nationalstaat eine möglichst enge österreichisch-deutsche Gemeinschaft zu verbinden und so auch den großdeutschen Gedanken zu verwirklichen. Der zweite und dritte Kreis vereinigte sich nachher zur Kaiserpartei.

Von den Schleswig-Holsteinern hatten Dahlmann und Waitz eifrig die Angliederung Deutschösterreichs verlangt; war diese — als Unterwerfung sozusagen — nicht möglich, dann gab es für sie nur strenge Trennung. Der Zustand der letzten Jahre, sagte Waitz, dürfe nicht fortbestehen, wo zwar Oesterreich Einfluß auf Deutschland hatte, aber nie Deutschland auf Oesterreich; Deutschland dürfe kein Anhängsel Oesterreichs sein; wir können nur einen einzigen

Schwerpunkt haben. Uebrigens sagte Waitz auch jetzt noch mit vollkommener Gewißheit den Untergang des österreichischen Gesamtstaates voraus. Italien und Galizien werden ausscheiden, Deutschösterreich und ein magyarisch-slawisches Donaureich werden übrig bleiben; Deutschösterreich kommt zu uns, und mit dem Donaureich können wir Verträge schließen[1]. Dahlmann war vom Zerfall schon weniger überzeugt; um so schärfer hielt er an dem Entweder-oder für Deutschösterreich fest und erklärte ausdrücklich, wenn Deutschösterreich draußen bleibe, sei nur völkerrechtliche, nicht staatsrechtliche Verbindung mit ihm möglich[2]. Noch immer aber kann auch von Dahlmann nicht behauptet werden, daß er das Draußenbleiben wünschte.

Georg Beseler regte im Casino doch an, daß, wenn man sich von Deutschösterreich trenne, man eine, nicht bloß völkerrechtliche, sondern verfassungsmäßig begründete Verbindung mit Oesterreich, und zwar für ewige Zeiten, vorbehalten solle[3]. Im gleichen Sinne sprach in der Paulskirche der Sachse Biedermann, der seit den 40er Jahren für den deutschen Staat mit preußischer Spitze arbeitete. Es lasse sich eine entschieden engere Verbindung einrichten als die bisherige, so sehr „über alle wesentlichen Beziehungen des Staats- und Verkehrslebens" sich ausbreitend, daß man wenig von dem vermissen werde, was durch völligen Anschluß erreicht werden solle[4]. Auch Vincke, einer der entschiedensten Vertreter des preußischen Kaisertums, sprach für eine enge, staatsrechtliche Verbindung beider Reiche mit einem Eifer, der mehr war als kluges Eingehen auf herrschende Stimmungen. „Wir wollen alle Küsten wieder gewinnen an den Meeren, worin unsere Ströme münden, und unsere Flaggen flattern lassen auf der weiten See." Dazu brauchen wir den Bund mit Oesterreich. Er ist eine Lebensfrage für uns. Von Oesterreich

[1] Rede vom 20. Okt., Stenogr. Bericht IV, 2786. Rudolf Haym, Die deutsche Nationalversammlung, II 66.

[2] Haym II 62. Springer, Dahlmann II 309 f.

[3] Haym II 67 f.

Rede vom 24. Okt., IV, 2866.

hängt unser Einfluß in den Donauländern ab und „die große Zukunft, die unserer Flotte im mittelländischen Meere bevorsteht", von Oesterreich die wirksame Abwehr der slawischen Gefahr[1].

Die slawische Gefahr wurde viel angerufen, und es gab schon zu denken, daß sie für beide Fälle vorhergesagt wurde, für den Fall der Spaltung Oesterreichs und für den der Absonderung Gesamtösterreichs! Ueberhaupt — wie treuherzig und kühn war es doch, an Oesterreich so großartige Erwartungen zu knüpfen! Der Demokrat Mareck aus Graz, der an den Zerfall glaubte, sagte auf die Vorschläge vom engeren und weiteren Bund: Wenn Oesterreich zusammenbleibt und mächtig ist, „dann machen Sie sich keine Illusion von einem Staatenbunde oder einem Schutz- und Trutzbündnis mit Oesterreich! Wenn der österreichische Adler kräftig genug ist zu fliegen, so werden Sie es nicht dahin bringen, ihm eine Schnur an die Füße zu binden, um ihn zu richten und zu lenken, wohin Sie wollen . . . Können wir ein einiges Oesterreich erhalten, dann sei von einem Anschluß an Deutschland nun und nimmermehr die Rede!"

Das österreichische Problem war für unsere Politiker zu schwer. Wenn Bassermann an den Abenden bei Gagern, wie Laube (III 50 f.) erzählt, „ungemein gedrückt und gepeinigt" war und mehr zuhörte als sprach, so ist dies für sein Verständnis der Sache kein schlechtes Zeichen. In der Paulskirche ließ er sich als Redner gegen die beiden Paragraphen einschreiben; es ist schade, daß er nicht zu Wort gekommen ist. Laubes Aussage, daß er und Mathy dem Gedanken an die Absonderung Deutschösterreichs damals noch ganz fern standen, stimmt mit der Haltung, die wir noch einige Zeit bei beiden beobachten können.

Wenn wir oben die zwei Gruppen unterschieden, aus denen bald die Kaiserpartei zusammenwuchs, so haben wir die Schleswig-Holsteiner und Biedermann zur ersten Gruppe, der eigentlich „kleindeutschen" zu zählen; auch Vincke wird jedermann dahin rechnen: doch leitet seine Rede vom 24. Oktober bereits über zur andern.

[1] Ebenso, 2858.

Diese, die die kleindeutsche Basis annimmt, aber von ihr aus großdeutsche Gedanken verwirklichen will, wurde jetzt klassisch vertreten durch den Präsidenten der Versammlung, Heinrich von Gagern. In der berühmten Rede vom 26. Oktober trug er den Plan vom engeren und weiteren Bunde vor.

Im Völkerreich der Habsburger, sagt Gagern, ist doch der deutsche Einfluß entschieden der stärkste; in Deutschösterreich haben diese südöstlichen Länder ihren gemeinsamen Schwerpunkt. Da es so ist und immer mehr so werden soll, müssen wir wollen, daß dieses Reich bestehen bleibe. Wenn es jetzt in Wirren liegt, so dürfen wir keinen Beschluß fassen, der seinen Zerfall voraussetzt, sondern einen Beschluß, in dem die Ueberzeugung liegt, daß es fortbestehen werde. Wir dürfen also nicht für Droysens Paragraphen stimmen.

Den Fortbestand Oesterreichs, mit der Ausscheidung Deutschösterreichs aus Deutschland, nimmt nun Gagern in Anspruch für große deutsche Pläne. Das deutsche Volk hat einen „weltgebietenden" Beruf, und darauf sollen wir die Verfassung zuschneiden. Und zwar weist uns unsere Bestimmung nach Südosten. Wir sollen die Völker, „die längs der Donau zur Selbständigkeit weder Beruf noch Anspruch haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfassen". Deutschland muß „in die Mission Oesterreichs eintreten", deutsche Kultur bis ans schwarze Meer zu verbreiten; Oesterreich soll der deutschen Besiedelung und Durchdringung die Donauländer öffnen.

Von seiner Aufgabe im Südosten darf Oesterreich nicht durch den aussichtslosen Kampf mit dem Einheitsstreben der Italiener abgezogen werden; Italien soll frei sein und friedlich mit Oesterreich und uns verbunden; nur muß eine gute strategische Grenze unsere Verbindung mit der Adria sichern. (Also die Mindestforderung, die immer gestellt wurde.)

Und nun — wie ist die Verbindung Deutschlands und Oesterreichs gedacht? Gagern sagt ausdrücklich, daß er sich ein Verhältnis in der Mitte zwischen Staatenbund und Bundesstaat denke, und zwar soll dieses Verhältnis einen Bestandteil der Verfassung beider Reiche

bilden. Ferner: er denkt sich eine gemeinsame Leitung beider Reiche; neben der einheitlichen kleindeutschen Regierung mit monarchischem Oberhaupt soll es eine „Gesamtleitung Deutschlands, Oesterreich inbegriffen", geben.

Das lautet anders als früher, da Gagern „Oesterreich so, als sei dies ausgeschieden, gleichsam bei Seite" ließ! Wenn er 1844 — wie Paul Pfizer — den Gedanken eines engeren und weiteren Bundes hatte, der friedlich mit Oesterreich ins Werk gesetzt werden sollte[1], so bedeutet dies der Hauptsache nach doch: den Gedanken vom engeren Zusammenschluß Kleindeutschlands; wie das Verhältnis mit Oesterreich gedacht war, wissen wir nicht. Bei dieser Rede nun haben wir anzunehmen, daß sie die Gemeinschaft mit Oesterreich und Oesterreichs ehrenvolle Stellung in ihr auch aus taktischen Gründen so kräftig wie möglich betonte. Gagern suchte eine Grundlage für Verhandlungen. Wenn nun von der Politik, die er damit eröffnete, gesagt worden ist, sie sei „in ihrem Grundstock durchaus großdeutsch", so wollen wir dem nicht widersprechen, werden aber dabei hervorheben, daß Gagerns späterer Uebergang ins österreichisch-großdeutsche Lager immer noch eine starke Abkehr bedeutet[2]. Die Einigung des außeröösterreichischen Deutschlands als eines enger zusammengehörigen Ganzen ist bei Gagern zu Ende 1848 ebenso Grundgedanke wie die Notwendigkeit, Oesterreich ins gesamtdeutsche Leben so stark und eng wie möglich aufzunehmen. Und wenn in dieser Verbindung von „großdeutsch" und „kleindeutsch" die kleindeutsche Einheit selbst wieder als Mittel erscheinen kann, um das großdeutsche Anliegen praktisch zu befriedigen, so kann ebenso die volle Aufnahme Gesamtösterreichs in den deutschen

[1] Haym, Die deutsche Nationalversammlung, II 174 f.

[2] Bezieht sich auf die Darstellung von Paul Wentzcke („Zur Geschichte Heinrich von Gagerns" in den „Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung" I, 1910), die in Gagerns politischer Entwickelung den großdeutschen Untergrund aufsucht und die spätere Haltung als erwachsen aus dem gleichen Boden wie die frühere — nicht Bruch mit der Vergangenheit — zeigt.

Gesichtskreis als Ergänzung und zugleich Sicherung des näheren deutschen, des kleindeutschen Lebenszweckes begriffen werden.

Einen Verfassungsplan für „Deutschland, Oesterreich inbegriffen" hat Gagern damals nicht vorgelegt; dazu war ja auch der Zeitpunkt noch nicht da. Einstweilen war es nicht unberechtigt, wenn z. B. in den Grenzboten vom 10. Nov. 1848 die Idee, daß Deutschland ein Staat, Oesterreich ein Staat, beide zusammen wieder ein Staat sein könnten, abenteuerlich gefunden und dieser Verwirrung die einfache Klarheit in dem Antrag des Oesterreichers von Mühlfeld gegenübergestellt wurde, der einfach Trennung und völkerrechtliche Verbindung forderte. Aber für den Augenblick wollte Gagern nur, daß man ausspreche: Oesterreich bleibe, aber als unzertrennliches Ganzes, im beständigen Bunde mit uns, und es sei darüber eine besondere Bundes-Akte zu fertigen. Es war die Formel, die sich für den Gedanken vom engeren und weiteren Bund von selbst gab: mit Oesterreich bleibt das bestehende Verhältnis, aber es wird, da Oesterreich eine Einheit sein soll, auf den Gesamtstaat ausgedehnt, und es wird enger gezogen; die übrigen deutschen Staaten untereinander aber schließen sich n o c h enger zusammen und treten Oesterreich ebenfalls als Einheit gegenüber.

Man sollte meinen, der Gedanke Gagerns wäre von vielen lebhaft aufgegriffen worden. Aber man wollte an ihn so wenig heran wie an den längst vorliegenden Antrag Mühlfelds. Gagern, der gewohnt war die Versammlung mit sich zu reißen, fand nur eine ganz kleine Gefolgschaft (die wir im Einzelnen leider nicht kennen) und zog den Antrag, den er gestellt hatte, zurück. Die Versammlung, geführt von den Schleswig-Holsteinern, die hier auch mit der Linken einig gingen, beschloß am 27. Oktober mit überwältigender Mehrheit Droysens Paragraphen. Dieser Beschluß galt zwar ausdrücklich in dem Sinn, daß noch Zusätze beigefügt werden könnten; aber kein Zusatz, kein Vorbehalt wegen Oesterreich wurde angenommen. Aus unserem Kreis stimmte allein der junge Rudolf Haym für einen österreichischen Antrag, in dem wenigstens gesagt war, daß die

Verhältnisse Oesterreichs der endgültigen Anordnung vorbehalten bleiben.

Daß Gagerns Auftreten und die Entwicklung, die seit dem Beschluß des Verfassungsausschusses die Lage und die Gedanken genommen hatten, so gar nichts für die Abstimmung zu Wege brachte, ist unter allen Umständen auffallend. Wir müssen uns die Gründe klar machen.

Für den Beschluß wurde allgemein angeführt: Der Weg der Nationalversammlung sei klar gezeichnet; sie könne nur aussprechen, daß der Nationalstaat alle Länder und Volksteile, die im alten Bund als zu Deutschland gehörig vereinigt und in der Paulskirche vertreten waren, gleichmäßig umfassen müsse. Sie habe kein Recht, Deutschösterreich in eine andere Staatsgemeinschaft zu verweisen; Deutschösterreich, soviel man sehe, wolle zu Deutschland gehören; wenn sich zeigen werde, daß es um der österreichischen Einheit und andrerseits um der Geschlossenheit des Nationalstaats willen nicht in unsere engste Gemeinschaft gehören könne, und wenn es dies selbst anerkenne, dann müsse dies von Oesterreich aus erklärt werden. Nicht wir dürfen dazu die Initiative ergreifen — so scholl es von allen Seiten, gerade auch aus dem Lager der werdenden Kaiserpartei[1].

Viele fanden es nicht nur klug, diesen Standpunkt einzunehmen, viele meinten wirklich, sie müßten mit dem Beschluß ihr einfaches Nationalgefühl ausdrücken, das mit Arndts Lied sagte: Das ganze Deutschland soll es sein! Arndt selbst schrieb nach der Abstimmung[2]: sein Herz und sein Kopf hätten nicht anders gekonnt als dafür stimmen, daß Oesterreich „ganz in Deutschland" sein müsse,

[1] Umgekehrt schreibt Arneth, der Mitglied der Nationalversammlung war, in seiner Biographie Schmerlings (S. 244 f.): Schmerling habe dem Antrag Mühlfelds (Trennung und völkerrechtliche Verbindung) nicht zustimmen können, denn „unmöglich konnten" nach seiner Ansicht die österreichischen Abgeordneten „zuerst und aus eigenem Antriebe ein solches Trennungswort aussprechen". Eher, fährt er fort, hätte die nachmalige Kaiserpartei das gekonnt; aber, meint er, deren Führer dachten wohl Oesterreich spalten zu können.

[2] Deutsche Rundschau 81, 125.

und fügte bei: „wir konnten und durften die Grundsätze nicht aufgeben", nach denen z. B. Schleswig-Holstein behandelt worden war. Ob Schleswig oder Wien — es mußte heißen: „ganz in Deutschland", mit Dänemark und Ungarn Personalunion! Und wie bei Arndt, so war es bei vielen von der nachmaligen Kaiserpartei, die jetzt, wie Eigenbrodt sich ausdrückt[1], „den Gedanken noch nicht ertragen konnten", daß Deutschösterreich außerhalb stehen müsse. Sie sahen in Gagerns Plan vor allem die Trennung von Oesterreich, nicht die Verbindung mit ihm. So großdeutsch war die Gesinnung Vieler. Auch eine gefühlsmäßige Freude an den Oesterreichern hat mitgewirkt. Arndt hat sich zu ihr ebenfalls bekannt.

Weiter aber lag eine politische Ratlosigkeit darin, wenn man auf die schwierige Frage nach dem Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland keine andere Antwort gab, als daß man die Theorie vom Nationalstaat aussprach. Es konnte bald hernach gesagt werden[2], die Paragraphen seien eigentlich bloß „pro forma votiert worden, um nur vorerst darüber wegzukommen". Max Duncker, der in seiner Biographie Gagerns im Jahr 1850 streng mit diesem Beschluß ins Gericht ging, führte unter den Gründen für die Abstimmung an erster Stelle die Unentschlossenheit an. Das war das Parlament, das mit solchem Selbstgefühl versuchte in die Weltgeschichte einzugreifen!

Und doch begründete gerade der große Anspruch, den es im Namen der nationalen Sache erhob, seinen Beschluß über Oesterreich. Hören wir einen Mann, der Gagern so nahe als möglich stand! Rümelin schrieb nach der Abstimmung, der Antrag Gagerns habe „gewiß seine Zukunft", aber jetzt sei nicht der Zeitpunkt, um ihn von der Paulskirche aus aufzunehmen. Wir müssen ganz gewiß darauf sehen, daß wir einen Bau gründen, der für 70 Millionen — also

[1] Reinhard Carl Theodor Eigenbrodt, Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 49 und 50 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte II), S. 235.

[2] Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung, Beilage zum 16. Dez. 1848.

Deutschland und Gesamtösterreich! — Platz hat; daß aber bei der staatlichen Gliederung der großen Gemeinschaft Deutschösterreich nicht herüber, sondern hinüber gehört, das ist von drüben, nicht von hier aus zu erklären; denn — und nun kommt ein Gedanke, der stark und naiv aus dem revolutionären Selbstgefühl des Nationalstrebens erwachsen ist: die deutsche Nation kann mit einem Gläubiger verglichen werden, der 1000 Gulden — nämlich Deutschösterreich — zu fordern hat und weiß, daß der Schuldner — die Großmacht Oesterreich — die Summe nicht ganz zahlen kann; in solchem Fall überläßt es in der ganzen Welt der Gläubiger dem Schuldner, auf Nachlaß von 500 anzutragen. Oesterreich soll „im Wege der Unterhandlung" einen genügenden Ersatz für die Forderung anbieten. Der Beschluß hatte also einen Verhandlungskampf zu eröffnen!

Die naheliegende Frage, ob man denn nicht Oesterreich — auch Deutschösterreich — beleidige mit der rücksichtslosen Forderung der Personalunion, wurde im allgemeinen damit beantwortet, daß im Gegenteil die Deutschösterreicher aus diesem Beschluß doch nur sehen könnten, wie eng man mit ihnen verbunden sein wolle. Weithin galt der Beschluß für freundlicher gegen Oesterreich, als wenn man eine Sonderstellung angeboten hätte. Für freundlicher wenigstens gegen Deutschösterreich — denn gegen wen sonst im Habsburgerreich brauchte man freundlich zu sein? Eins der beliebtesten und geachtetsten Mitglieder der nachmaligen Kaiserpartei, der gefühlsselige, immer um Liebe, Frieden und Umarmung werbende Jude Gabriel Riesser, meinte: Dieser Beschluß müsse zu einem liebevollen Verständnis führen!!

Bedenken gegen die Schroffheit, die tatsächlich in dem Beschluß lag, wurden aber auch damit geschweigt, daß man ihn als eine Frage an Oesterreich auslegte — worauf der böhmische Graf Deym passend entgegnete: bis jetzt habe er nicht gewußt, daß man frage, indem man etwas als ausgemacht hinstelle und dem, an den die Frage gerichtet sei, keine Andeutung darüber, daß man ihn frage, zu-

kommen lasse. Die „Frage" bestand eben darin, daß man Oesterreich vor ein Entweder-oder stellen wollte. Der entschieden norddeutsch gesinnte Max Duncker sagt denn auch[1]: mit diesem Beschluß habe man eine vernehmliche Frage an Oesterreich stellen wollen, der es nicht ausweichen könne. Dahlmann aber wandte gegen den Plan Gagerns ein, daß er die Entscheidung wegen Oesterreich umgehen wolle[2].

Wir müssen uns noch einmal über die Hintergedanken klar werden, mit denen die norddeutschen Führer den schroffen Beschluß empfahlen und den Antrag Gagerns abwiesen. Es ist doch sehr auffallend: Georg Beseler hatte vor kurzem noch geraten, man solle einen Vorbehalt aussprechen: für den Fall, daß die geforderte Personalunion unmöglich sei und Deutschösterreich sich von uns trennen müsse, sei eine verfassungsmäßige dauernde Verbindung der getrennten Teile einzurichten. Das war doch dasselbe wie der Antrag Gagerns, der, im Unterschied zu Gagerns Rede, nur den Inhalt hatte: Oesterreich bleibe, als in sich selbst untrennbar, mit uns im ständigen Bunde, und es sei darüber eine eigene Bundesakte aufzustellen: Beseler aber war gegen diesen Antrag. Darauf bezieht sich, was er am 22. Oktober seiner Frau schrieb[3]. „Gagern hat nicht übel Lust einmal wieder einen kühnen Griff zu machen; aber ich suche ihn für jetzt davon zurückzuhalten." Dieses „für jetzt" ist dabei die Hauptsache! Mitte Dezember hat er Gagerns Vorschlag mit Energie aufgenommen; aber „für jetzt" muß es ihm klüger erschienen sein, die Paragraphen in ihrer Schroffheit hinzustellen. Warum? Und warum eilten — wenn Laube recht berichtet — am Tag der Abstimmung „Freund auf Freund" zu Gagerns Präsidentensitz hinauf, um ihn zu bestimmen, daß der den Antrag zurückziehe? Warum war es ihnen so bedenklich, daß der Mann, in dem diese Versammlung, in dem die nationale Bewegung verkörpert schien, sein Gewicht für seine Idee einsetzt?

[1] Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung S. 71.
[2] Brief der Frau bei Springer, Dahlmann, II 310.
[3] Deutsche Revue 1912, III, 112.

Max Duncker hat sich 1849, als alles vorbei war, sehr offen darüber ausgesprochen[1]. Der allgemeine Einwand: nicht wir dürfen die Trennung aussprechen, lautet bei ihm so: Gagern hat zwar mit „staatsmännischem Blick" das Richtige erfaßt; „auch uns war es nicht zweifelhaft", wie Oesterreich, Volk und Regierung, sich zu den Paragraphen stellen würden; aber zur Rechtfertigung insbesondere der preußischen Abgeordneten, und um dem großen Publikum in Deutschland unanfechtbar zu zeigen, wie es zwischen Oesterreich und Deutschland stand, hielten „wir" es für nötig, an Oesterreich die vernehmliche Frage zu stellen, der es nicht ausweichen konnte. 1850 in der Biographie Gagerns nennt Duncker unter den Gründen dieser Abstimmung tadelnd auch die „ängstliche Besorgnis, den Schein der Ausschließung Oesterreichs auf sich zu laden". Diese Besorgnis war bei unseren norddeutschen Politikern Klugheit. Mit Genugtuung konnten sie sehen, wie sie die Begeisterung des „großen Publikums" und die Gefolgschaft mancher ausgesprochen großdeutschen Stimme für ihre Paragraphen hatten. Vielleicht konnten sie die Führung dann auch behalten, wenn die Antwort Oesterreichs kam.

Nun hatte ja aber der Plan Gagerns ein Doppelgesicht: auf der einen Seite sah man die staatliche Trennung von Oesterreich, auf der andern die bundesmäßige Verbindung mit Oesterreich. Uns Heutigen fällt es auf, daß den Männern von damals Gagerns Plan hauptsächlich Trennung bedeutete. Alle bisher berührten Gründe für die Abweisung des Antrags bezogen sich auf die Trennung. Für die norddeutschen Führer gab es aber auch Bedenken gegen die andere Seite der Sache, die neue Verbindung mit Oesterreich. Ent-

[1] Zur Geschichte der Reichsversammlung S. 71. Haym (II 76) führt nur an: entscheidend gegen den Antrag Gagerns sei gewesen, daß die Sache noch nicht reif im Bewußtsein „der meisten von uns" und der öffentlichen Meinung war. Dann behauptet er: nichts sei erwünschter gewesen, als daß der Antrag eingebracht, erläutert und verteidigt worden sei; er habe doch die Schärfe der Paragraphen abgestumpft (! indem er zurückgewiesen wurde??) und sie zur Bedeutung einer Frage an Oesterreich erhoben.

hielt auch der Antrag selber nach dieser Seite nur etwas, was jedermann im Fall der Trennung wollte, so stand doch hinter dem Antrag, zu seiner näheren Begründung, die Rede Gagerns, und es wäre nicht zu verwundern, wenn jemand, dem der hier empfohlene Anschluß Deutschlands an Oesterreich zu weit ging, dadurch in der Abweisung auch des Antrags bestärkt worden wäre.

Laube sagt (III 91), Gagerns Gedanke habe „die Antiösterreicher in Bestürzung" versetzt: „Ein neues römisches deutsches Reich! Verewigung österreichischer Politik in Deutschland! murmelten sie unwillig einer zum andern". Wer waren diese „Antiösterreicher"? Laube selbst berührt an einer früheren Stelle (III 48) die Frage, ob eigentlich die Führer der Kaiserpartei, wie man ihnen vorgeworfen hat, auf den Anschluß Deutschösterreichs aus dem Nationalstaat mit Absichtlichkeit hingearbeitet hätten, und antwortete darauf: man sei im allgemeinen „durchaus nicht so absichtlich" gewesen, wie die Gegner behaupteten; wer die Absicht auf den Ausschluß finden wolle, müsse schon sehr tief hinabsteigen in die Arbeitsgemächer einzelner Männer, und das seien zwei oder drei, und auch bei denen werde man nicht den Wunsch, daß es so komme, nicht eine Animosität finden. Das Folgende zeigt, daß er dabei an Droysen und Georg Beseler denkt. Wer sind nun aber die „Antiösterreicher", die (III 85 und 91) „mit bestimmten Gründen das erwartete Auftreten Gagerns nicht wollten", weil sie die Selbständigkeit ihres deutschen Staates nicht von Anfang an wieder österreichischer Einmischungs- und Beherrschungskunst aussetzen wollten? Bei Laubes etwas leichter, plaudernder Art braucht man zwar nicht zu meinen, man müsse jeden Gedanken von der gründlichsten Seite nehmen; aber was er hier im Auge hat, läßt sich ohne Widerspruch erklären: er will sagen, es habe auch unter den Norddeutschen wohl keinen gegeben, der darauf hingearbeitet habe, Deutschösterreich gewiß los zu werden, dagegen seien Viele äußerst mißtrauisch gewesen gegen die traditionelle Politik der Großmacht Oesterreich, und um die Großmacht handelte es sich ja nun. Rudolf Haym, der in seinem „Parteibericht" ganz aus den Anschauungen

der norddeutschen Führer heraus schreibt, läßt das Mißtrauen sehr gut erkennen, das sich auch gegen die Oesterreicher in der Paulskirche richtete, und macht eine Bemerkung darüber, wie dieses Staatswesen „im alten und wohlbegründeten Besitze der Macht" den Seinigen „das Bewußtsein einer gedeckten und unanfechtbaren Existenz" mitteile, so daß sie mit einer gefälligen Sicherheit, auch wo sie noch keine bestimmten Anträge stellen konnten oder mochten, Forderungen erhoben „mit der Miene dessen, der nicht gewohnt ist, daß ihm etwas abgeschlagen werde." Indem man sich von ihrer geselligen Liebenswürdigkeit einnehmen ließ, hatte man doch das Gefühl, vor diplomatischer Ueberlegenheit auf der Hut sein zu müssen[1]. Gegen Schmerling und den Reichsverweser mit seinen Beziehungen richtete sich der Argwohn besonders; man hatte Grund anzunehmen, daß man schon halb im österreichischen Netz gefangen sei.

Es ist ohne weiteres klar, daß für unsere norddeutschen Politiker die Richtung Gagerns zu weit ins Netz hineinführte. Aber Verhandlungen mit Oesterreich hatten sie ja so wie so vor sich! Laube (III 83 f) gibt zwar an, Führer der Zentren hätten unter sich doch gesagt: was Gagern will, macht sich nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern auf dem der Eroberung. Es war dasselbe, was Gagerns alter Vater gegen den Plan des Sohnes einwendete. Das galt aber von dem, was *sie* wollten — es war ja das Gleiche bei größerer Unabhängigkeit Deutschlands — um so viel mehr. Und *sie* hofften durch die Stärke und Entschlossenheit unseres nationalen Willens und der preußischen Macht Oesterreich, das ja erst mit sich selbst fertig werden mußte, zur Anerkennung eines deutschen Staates bringen zu können, ohne daß ein Waffengang nötig würde. Sie hofften wohl weiter, daß die Frage mit Deutschösterreich und dem Bundesverhältnis zwischen den zwei Reichen ebenfalls in der Richtung, die sie für beide Teile richtig, notwendig und fruchtbar fanden, sich lösen lasse, wenn Deutschland die Zeit der Schwäche Oesterreichs ausnütze. Es war ja doch nicht unmöglich, daß von der anderen Seite die österreichische

[1] Haym II 65.

Regierung ihnen mit ähnlichen Gedanken entgegenkam. Ob ihnen wohl bekannt war, daß der Freiherr von Menßhengen, Ministerresident bei der Freien Stadt Frankfurt, am 4. Oktober in einer Denkschrift der österreichischen Regierung vorgeschlagen hatte, über eine Verbindung Oesterreichs mit einem deutschen Bundesstaat zu unterhandeln?[1] Auch hatte am 5. Oktober bei einer Zusammenkunft der Regierungsbevollmächtigten in Frankfurt Oesterreichs Vertreter Bruck den Gedanken von einem Gesamtösterreich im Bunde mit Deutschland vorgebracht[2], und es ließ sich auch sonst manche Stimme aus Oesterreich für die Sache anführen. Die Frage war nur, wie Oesterreich sich verhalten würde, wenn es sich wieder als Großmacht fühlte und Fragen, die ihrer Natur nach Machtfragen waren, auch mit Machtmitteln behandeln konnte.

Die Absicht der norddeutschen Führer war, eine Verfassung, die den geschlossenen Nationalstaat festsetzte, so rasch wie möglich durchzubringen, sich gleichzeitig mit Preußen zu einigen, wo eben jetzt eine Entscheidung ähnlich wie in Oesterreich bevorstand — die Bändigung der Demokraten —, und dann an Oesterreich heranzutreten. Als die Nachricht von der Bezwingung Wiens eintraf, zog ein Aufsatz der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung (6. Nov.) in diesem Sinne die Folgerung aus dem Ereignis: man müsse nun mit dem Verfassungswerk „so schleunig wie möglich zu Ende kommen, um dem sich rekonstituierenden Oesterreich wenigstens ein Ganzes entgegenhalten und sich darüber mit ihm verständigen zu können". Gagerns Antrag konnte nun — zumal in der Auslegung, die seine Rede ihm gab — die gewünschte Reihenfolge stören; denn indem er schon jetzt Verhandlungen über eine besondere Verbindung mit Oesterreich ankündigte, konnte er zu einer unerwünscht frühzeitigen Einmischung österreichischer Interessen einladen. Wie nahe lag es zu sagen: gleich bei der Arbeit am Bau des deutschen Hauses müsse auf die künftige Verbindung mit dem Nachbarhaus Rücksicht genommen werden! Wir

[1] MJDeG 24, 286.

[2] Eigenbrodt a. a. O. 129.

werden sehr bald sehen, wie unsere Politiker solchen Versuchen ohnehin begegneten; sie wollten sie nicht noch erleichtern. Und so gab es für sie zwei Gründe, um Gagerns Antrag für jetzt wegzuschieben: sie hielten es für unklug, das Wort Trennung überhaupt auszusprechen, und für ebenso unklug, eine besondere Verbindung mit Gesamtösterreich jetzt schon anzukündigen.

4.

Der Vorstoß gegen den österreichischen Einfluß in Frankfurt.

(Dezember 1848.)

Trotz dem Beschluß vom 27. Oktober, dessen Sinn ja sein sollte, daß nun Oesterreich das Wort habe, wurden alsbald Versuche gemacht, mit Oesterreich zu unterhandeln. Es liegt eine Anweisung des Reichsministeriums vor, bestimmt für Kommissare der Zentralgewalt, die nach Oesterreich reisen sollten, datiert vom 10. November. Sie gibt als Zweck der Sendung an, die Interessen Deutschlands bei der Neubildung Oesterreichs zu wahren, in Oesterreich über die deutschen Absichten Aufklärung zu verbreiten, umgekehrt die österreichischen Ansichten und Pläne Deutschland betreffend kennenzulernen und darauf zu dringen, daß man in Oesterreich zu den deutschen Dingen Stellung nehme. Auffallend ist, was als deutsche Ansicht vorangestellt war: eine „staatliche Trennung" zwischen Deutschland und Oesterreich wäre für beide Teile verderblich; eine andere Trennung, die zwischen den deutschen und den nichtdeutschen Ländern Oesterreichs, sei ja durch den Beschluß vom 27. Oktober „vorläufig

entschieden"; wolle aber Oesterreich diese Trennung in seinem Innern nicht, so müsse es darüber entscheiden, wie eigentlich seine deutschen Länder zu Deutschland stehen sollen[1]. Damit war also der großdeutsche Anstrich der Paragraphen — Deutschösterreich zu Deutschland! — bereits zu einem Versuch *gegen* die Pläne ihrer Urheber benutzt. Wenn behauptet war, daß die Gesandtschaft die Aufgabe habe, Deutschlands Interessen bei der Neubildung Oesterreichs zu wahren, so konnte mit mehr Recht umgekehrt gesagt werden, daß eine Gesandtschaft, die mit solcher Anweisung reise, dazu bestellt sei, Oesterreichs Interesse bei der Neubildung Deutschlands zu wahren!

Es war ganz offenbar ein Gegenzug Schmerlings gegen die Männer der kleindeutschen Einigung; daß Schmerling dabei den Ministerrat hinter sich hatte, kann nach dem, was in den folgenden Wochen zu beobachten ist, nicht bezweifelt werden. Merkwürdig ist nur die Wahl der Personen, die für die Sendung ausersehen waren: es war der Fürst von Leiningen und der Abgeordnete Briegleb aus Koburg, die man schon vor etwa 3 Wochen hatte nach Oesterreich entsenden wollen. Die aber waren Vertreter des *Koburger politischen Kreises*, der nunmehr in der österreichischen Frage stärker hervortritt. Als sein Haupt hat der alte Stockmar zu gelten, der Vertraute Leopolds von Koburg und der Königin von England, der seine politische Bildung in England empfangen hatte und an der Verbindung Preußens und nun auch des neuen Deutschlands mit England arbeitete. Er war im Jahr 1848 viel in Frankfurt und verkehrte besonders mit den Brüdern Gagern, mit Beseler, Dahlmann, Gervinus, Mathy; er war ein Ratgeber der werdenden Kaiserpartei. Er stand in näherem Verhältnis zu Lord Cowley, dem englischen Gesandten in Frankfurt, der seinerseits auch zu Heinrich von Gagern freundschaftliche Beziehungen unterhielt und eine, eben durch die Koburger vermittelte, freundliche Haltung des englischen Hofes zur Frankfurter Zentralgewalt in seiner Person vertreten konnte. Weiter hatte Bunsen von London aus seine Hände im Spiel. Im

[1] Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes, I 387.

Sommer 1848 hatte Stockmar mit Bunsen und anderen Gliedern dieses Kreises das Reichsministerium übernehmen wollen, und die Deutsche Zeitung hatte (9. Juli) Stockmar nachdrücklich dafür empfohlen; aber die Sache hatte sich zerschlagen, nur der Fürst von Leiningen war eingetreten, um den Vorsitz zu übernehmen, und im September, auf den unglücklichen Zusammenstoß der Nationalversammlung mit Preußen, war auch er, und zwar endgültig, ausgetreten und durch Schmerling ersetzt worden. Der Koburger Kreis stand seitdem außerhalb der Frankfurter Regierung; unter den Abgeordneten war er nur durch Briegleb vertreten. Außerhalb der Versammlung standen Heinrich von Arnim, Roggenbach, Blittersdorff mit den Koburgern in Verbindung. Das politische Ziel der Gruppe war, die Reichsgewalt auf Preußen zu übertragen und zwischen „Kleindeutschland" und Oesterreich eine nahe Verbindung zu sichern. Nach dem Zwischenfall im September wurde vergebens der Versuch gemacht, schon die provisorische Regierung preußisch zu besetzen. Das preußisch geführte Deutschland sollte dann eine Stütze an England finden, dem es als Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland empfohlen wurde. Für Gagerns Plan von Ende Oktober war Lord Cowley und auf seinen Bericht hin Lord John Russell lebhaft eingenommen; mit Cowley hatte Gagern den Plan vor seiner Rede durchgesprochen[1].

Schmerling hätte, wenn er Unterhändler nach Oesterreich schicken wollte, von sich aus wohl nicht gerade Leiningen und Briegleb gewählt. Die Anregung dazu war wohl aus dem Koburger Kreis an ihn gekommen, wo man Unterhandlungen mit Oesterreich so frühzeitig wie möglich in die eigene Richtung lenken wollte. Schmerling suchte dann umgekehrt die Sendung in sein Fahrwasser zu leiten. Aber eben daran scheiterte das Unternehmen. Leiningen verlangte eine andere Anweisung, die kurz gesagt etwa in Gagerns Sinne gewesen wäre. Er hatte darüber mit Stockmar verhandelt; in Stockmars

[1] Chr. K. J. Frhr. v. Bunsen. Deutsche Ausgabe . . . von Fr. Nippold, II 481 f. Eigenbrodt S. 235.

Papieren findet sich ein Entwurf: „Punkte für Leiningens und Brieglebs projektierte Mission", der ebenfalls in diesem Sinne gehalten ist. Außerdem erklärte Leiningen, er könne nicht als „Kommissar", als Sendbote einer Exekutivgewalt, sondern nur als Gesandter, als Unterhändler, gehen. Schmerling gab sofort den Bescheid zurück, das Reichsministerium könne nicht darauf eingehen, eine Gesandtschaft nach Oesterreich zu schicken[1]. Es war klug, daß er die Sache mit dieser Wendung verabschiedete. Er hielt sich an den mehr formal aussehenden Inhalt der Meinungsverschiedenheit; im übrigen vermied er es, den Gegensatz bloßzulegen. Unsere Schleswig-Holsteiner aber werden es gern gesehen haben, daß die Koburger Sendung für jetzt unterblieb; für sie war die Zeit zum Unterhandeln noch lange nicht da.

Zunächst sollte ja Oesterreich das Wort haben. Im Lauf des November kam von dort mancherlei Antwort auf die „Frage" vom 27. Oktober. Die Männer, die in Oesterreich mit Gewalt die Aufstände der Völker niederschlugen, zeigten der Nationalversammlung deutlich ihre Nichtachtung. Daß ein von den Demokraten gefeierter Sendbote der Frankfurter Linken in Wien standrechtlich erschossen wurde, war eine wohlbedachte Maßregel; die Entrüstung der Versammlung über diese Mißachtung der Unverletzlichkeit ihrer Mitglieder sahen die österreichischen Machthaber wohl nicht ungern. Schmerling kam die Zuspitzung des Gegensatzes natürlich ungelegen. Man rechnete Oesterreich bereits vor, wie es von Anfang an unserer Nationalvertretung und der Zentralgewalt, deren Haupt doch ein Erzherzog war, keine Macht zuerkannte. Man rechnete ihm vor, daß es seinen Teil an den Matrikular-Umlagen nicht zahlte, von denen allein das provisorische deutsche Reich lebte; Preußen war es, das dem Frankfurter Reich den Lebensunterhalt sicherte! Auch die ziemlich ärmliche Kriegsflotte, die für Deutschland zusammengebracht wurde,

[1] Valentin, Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, S. 142—147, und Anhang, Stück 32 und 33. Denkwürdigkeiten aus den Papieren des Freiherrn Chr. Fr. v. Stockmar, S. 561 f.

kam ebenfalls nur durch preußische Vorschußzahlungen zustande. Mit Erbitterung rechnete man Oesterreich weiter vor, daß es im dänischen Krieg keine Hand gerührt, wohl aber sich von Dänemark eine befreundete Macht hatte nennen lassen. Der Hinweis darauf, daß Oesterreich mit dem Kampf um sein eigenes Dasein belastet sei, zur Geltung Deutschlands auf den Meeren aber sein Teil durch seine Adriaflotte beitrage, wollte nicht verfangen, je mehr der Doppeladler sein Haupt wieder hob. Am schärfsten traf die Nationalversammlung aber doch die Hinrichtung ihres Mitglieds. Was aber kam für „Antwort" von den Deutschen in Oesterreich? Ein freundlicher Widerhall auf den Beschluß vom 27. Oktober erklang nur aus Demokratenmund. Wer hätte auch mehr erwarten können! Vielstimmig drang der Ruf herüber: wir sind wohl Deutsche, aber wir wollen unser Oesterreich behalten, und Oesterreich muß sich enger als je zusammenschließen! Ja die Deutschösterreicher sahen in den Paragraphen weit eher eine Beleidigung als eine Liebeserklärung!

Diese Eindrücke haben die Geister in Frankfurt im Sinne des engeren Bundes zubereitet. Dessen Freunde wurden gleichzeitig durch die Entwickelung der Dinge in Preußen in Hoffnung, aber auch in Verlegenheit und Besorgnis versetzt. Der alte rocher de bronze richtete sich dort endlich wieder auf. Das stärkte natürlich zugleich den Geist der Selbständigkeit gegenüber Frankfurt. In der Oberpostamts-Zeitung vom 14. November wurde bereits die Aussicht gezeigt, Preußen könnte selbstgenügsam dem „Aufgehen" in einem neuen Reich den alten Staatenbund vorziehen, sich mit der zweiten Stellung in Deutschland begnügen, und so könnten die wiedererstarkten Großmächte sich über den Kopf der Nationalvertreter hinweg einigen. Es kam zu der mißglückten Reise Heinrichs von Gagern nach Berlin, die er, wie man gesagt hat[1], mit der Kaiserkrone in der Tasche machte, um mit dem Reichskanzlerpatente zurückkehren zu können.

Während Gagern um Friedrich Wilhelm IV. und seine Regierung warb, gab die neue österreichische Regierung eine scheinbare

[1] Allg. Zeitung, Beilage, 6. Dez. 1848, *** Vom Neckar.

Antwort auf die Frage der Nationalversammlung. Es war genau einen Monat nach dem Beschluß vom 27. Oktober. In dem Programm, mit dem das Ministerium Schwarzenberg-Stadion in der mährischen Landstadt Kremsier vor den österreichischen Reichstag trat, standen zur deutschen Frage folgende Sätze: „Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich (!) zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten getreulich zu erfüllen."

Man kann sich vorstellen, wie aufmerksam unsere Frankfurter diese Sätze wieder und wieder lasen und auf ihre wahre Meinung durchzudringen sich mühten, jeder mit dem Trieb, das herauszulesen, was ihm diente. Und man wird zugeben müssen: wenn die Worte für die deutsche Frage etwas Bestimmtes sagen und einen Anhalt geben sollten, so war ihr Sinn: Oesterreich mitsamt seinen deutschen Bundesländern wird sich als Staat neu zusammenschließen; Deutschland, ohne Deutschösterreich, mag für sich das gleiche tun; hernach wird die Verbindung beider bestimmt. Was die österreichische Politik dann vorhatte, blieb im Dunkeln; aber als ein Bekenntnis zum Programm vom engeren und weiteren Bunde (vom deutschen Standpunkt aus gesagt) ließen sich die Sätze nehmen. Man konnte sich nur darüber wundern, daß die österreichische Regierung so leicht darauf verzichten wolle, sich zeitig in das deutsche Verfassungswerk einzumischen, und konnte darüber auch stutzig werden. Immerhin war es doch möglich, daß die österreichische Politik von ihrem Standpunkt aus eine Lösung wie die von Gagern vorgeschlagene wählen könne. Dem Programm der Zentrumsgruppe im österreichischen Reichstag hätte dies entsprochen. Heute freilich wissen wir, daß diese Regierungserklärung überhaupt so ernst nicht zu nehmen war; ihr Haupt-

zweck war, vor dem Reichstag — soweit man das für nötig hielt — einen guten Eindruck zu machen, und besonders die Worte über Deutschland waren nur eine vorläufige Redensart. Das geht besonders deutlich aus den Aufzeichnungen dessen hervor, der den Wortlaut ausgearbeitet hat[1]. Der leitende Staatsmann jedenfalls, der Fürst Schwarzenberg, hatte mit den Sätzen über Deutschland nichts weiter zu schaffen. Was er mit Deutschland tun wollte, behielt er sich vor; seine Mitarbeiter weihte er in die große Politik möglichst wenig ein. Wer also aus den Sätzen ein Programm der deutschen Politik Oesterreichs herauslas, war irregeführt.

Die Männer, mit denen wir hier uns befassen, hatten aber ein gutes Recht, die Erklärung von Kremsier als Antwort auf den Beschluß vom 27. Oktober, und als Antwort etwa im Sinne Heinrichs von Gagern zu behandeln. Der Haupteinwand gegen Gagern war ja gewesen, daß das erste Wort in seiner Richtung nur Oesterreich sprechen dürfe, und man hatte den Plan Gagerns nur zurückgestellt für einen anderen Zeitpunkt. Den hielt man jetzt für gekommen: die Gründung des engeren Bundes jedenfalls sollte nun mit höchstem Nachdruck betrieben werden; ob die Vorbereitung des weiteren Bundes, das war eine andere Frage. Zur Bildung des Nationalstaates jedenfalls mahnte die Zeit, und mahnte jetzt besonders die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten der französischen Republik.

Die Enttäuschung, die man mit der Werbung um Preußen soeben erlebt hatte, focht nicht allzusehr an. Im Gegenteil, Max Duncker sagt in seinem Rückblick: Sobald wir Kunde hatten, daß in Preußen die Regierung die Zügel wieder in der Hand habe und das Volk die von ihr gebotene liberale Verfassung annehme, „säumten wir nicht, den entscheidenden Kampf in der Versammlung zu beginnen". Und Georg Beseler schrieb sogar am 7. Dezember an seine Frau: „Gagern ist im ganzen befriedigt aus Berlin zurückgekommen, und ein gutes Vernehmen zwischen hier und dort leitet sich ein." Die Hoffnungen gründeten sich schließlich darauf, daß die Stellung,

[1] Alexander v. Hübner, Ein Jahr meines Lebens, 312; weiter 330, 336.

die Preußen zugedacht war, für Preußen wie für Deutschland die sachgemäße sei und ein König von Preußen ihr auf die Dauer nicht widerstreben könne, daß der aufstrebende Geist und der deutsche Geist Preußens durchdringen und mit Frankfurt sich einigen werde; und ginge es nicht mit Friedrich Wilhelm IV., so würde er vielleicht seinem Bruder Platz machen; jedenfalls rechnete man am Hof auf die Prinzessin Augusta[1]. Fürs erste sollte das Frankfurter Verfassungswerk zu Ende gebracht werden; dann war Preußen einzuladen, die Stelle einzunehmen, die ihm zugedacht war. So ging man daran, das „Programm von Kremsier" von der deutschen Seite auszuführen; mit dem deutschen Teil wollte man möglichst fertig sein, bis auch Oesterreich in einer „neuen und festen Form" dastand. Ein Leitartikel der Oberpostamts-Zeitung vom 24. November hatte ausgerechnet, daß die Verfassung bis Weihnachten vollendet sein und mit dem neuen Jahr „für unser Vaterland das neue Leben" beginnen könne. Dieser Hoffnung begegnen wir nun öfter.

Schmerling suchte zuvorzukommen. Am 29. November — von dem „Programm von Kremsier" wußte er noch nichts — schrieb er an das österreichische Ministerium, das Reichsministerium werde nächstens Gesandte schicken; man möge über das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland keine Entscheidung treffen. Als dann die Erklärung von Kremsier bekannt wurde, da wurde das Reichsministerium von Großdeutschen gedrängt, rasch etwas zu tun, und man sprach davon, eine Staatsschrift abzusenden und einen Ausschuß aus der Nationalversammlung wählen zu lassen, der zu Verhandlungen mit Regierung und Reichstag in Oesterreich bestimmt war. Schmerling fand im Reichsministerium den besten Boden; man hätte aus der Erklärung von Kremsier ja doch auch den Schluß ziehen können, nun einfach einen deutschen Staat neben Oesterreich hinzustellen! Schmerling legte dem Ministerrat den Entwurf zu einem Schreiben an die österreichische Regierung vor[2], worin das Kremsierer Programm so

[1] S. z. B. Eigenbrodt S. 240, und Detmold an Stüve (a. a. O.) 10. Dezember. [2] Abgedruckt bei Jürgens I 392.

berichtigt wurde, daß das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland nicht erst dann bestimmt werden dürfe, wenn beide schon unabhängig voneinander eine Verfassung erhalten hätten: vielmehr soll die Staatsbildung bei beiden „in freundschaftlichem Verständnisse" und nach „übereinstimmenden Grundsätzen" geschehen; die Verfassungen müssen aufeinander zugeschnitten werden; denn Deutschland könne „den innigsten Verband" mit Oesterreichs deutschen Ländern in Anspruch nehmen und Oesterreich „sich nicht zurückziehen vom deutschen Volke". Die Erklärung von Kremsier weise auf ein nur völkerrechtliches Band; dabei könne sich das deutsche Reichsministerium nicht beruhigen; daß das Band inniger werde als bisher, verlange „die laute Stimme aller Stämme des deutschen Volkes".

Wie ungefähr das „innige Band" gedacht war, das konnte man einer im November verfaßten Schrift von Schmerlings Gesinnungsgenossen Sommaruga entnehmen: „Oesterreichs Zukunft und dessen (!) Stellung zu Deutschland." Darnach wird aus Oesterreich ein Bundesstaat — für damals ein ziemlich feststehender Begriff; auswärtige Politik, Heerwesen, Recht und Wirtschaft einheitlich —; Deutschösterreich aber ist zugleich Teil des deutschen Bundesstaats. Die Politik beider Staaten muß eine gemeinsame sein, der Oberbefehl im Kriege einheitlich; das Heerwesen und andere Einrichtungen müssen sich gegenseitig genau entsprechen. Praktisch kann das alles nur bedeuten, daß Oesterreich und Deutschland von Wien aus regiert werden.

Bei unseren norddeutschen Führern stieß nun Schmerlings Versuch auf eine entschlossene Gegnerschaft. Wir hören, daß Max von Gagern, der zum Reichsministerium gehörte, sich dazu „brauchen" ließ, den Vorschlag für ein Schreiben an die österreichische Regierung ins Kasino zu bringen, und daß er „beinahe herausgeworfen" wurde. Heinrich von Arnim, der dies in einem Briefe vom 6. Dezember erzählt, fügt bei: „Die Sache ist nun aufgegeben; Schmerling muß aber fallen; man gibt ihm noch 8—14 Tage Existenz"[1]. Damit ist der Feldzug der norddeutschen Führer gegen den österreichischen Ein-

[1] Deutsche Rundschau 56, S. 52.

fluß in Frankfurt angekündigt. Sie wurden dabei von dem Koburger Kreis, dem Arnim nahestand, von Anfang unterstützt. Am 3. Dezember richtete Stockmar aus London ein großes, eindringliches Schreiben an Heinrich von Gagern[1], in dem er mahnte, das Reichsministerium von seiner österreichischen Leitung zu befreien und das Verhältnis Deutschlands zu Preußen und Oesterreich mit Entschiedenheit klarzustellen; Gagern solle dazu ins Ministerium eintreten. Stockmar unterstützte den Rat durch die Aussicht auf die Bundesgenossenschaft Englands: nicht bloß Russell, sondern, wenn auch mehr zurückhaltend, Palmerston würden in einer Einigung Kleindeutschlands mit preußischer Spitze und Verbindung mit Oesterreich eine ausführbare und erwünschte Lösung der deutschen Frage sehen. Eine völlige Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands hielten sie für unerträglich — der Versuch eines Kontinentalsystems könnte daraus entstehen! —, aber auch für unausführbar, dagegen das System des engeren und weiteren Bundes für eine Sicherung des europäischen Gleichgewichts im englischen Sinne. Dem neuen Deutschland gibt Stockmar sogar die Hoffnung, daß es sich alsbald mit einem bedeutenden Erfolg in einer europäischen Frage einführen könne: wenn es den Mincio als österreichische Grenze gegen Italien und ein lombardisches Reich unter einem österreichischen Prinzen mit der Zugehörigkeit zu einem italienischen Bund vorschlüge, würde es bei England Gehör finden. — Diese Mahnung Stockmars war allem nach nicht die einzige aus dem Koburger Kreis[2].

Geführt wurde der Angriff in Frankfurt von Georg Beseler. An dem Maßstab der Verhältnisse dort gemessen, war dieser entschieden zu einem Führer berufen. Den Drang und Ehrgeiz dazu und das Bewußtsein eigener Fähigkeit hatte er ohnehin in hohem Maße. Daß es Hochschullehrer des Staatsrechts und der Geschichte darnach verlangt, im Staat zu regieren, ist bekanntlich nichts Seltenes; das rechte Zentrum der Paulskirche empfing von den politi-

[1] Denkwürdigkeiten S. 550 ff.

[2] S. bes. Jürgens I 384 f., I 473 f.; II, 2, 609.

schen Gelehrten geradezu seinen Charakter, und am nachdrücklichsten nahm Beseler die politische Aufgabe an sich. Die Briefe an seine Frau[1] sind Zeugnis davon, wie er sich in seinem Element fühlte. Im Sommer schreibt er an einem glücklichen Tag, wo er in der Paulskirche durch einen raschen Vorschlag „das Ganze wieder in den rechten Schick" gebracht hatte: „es ist doch eine unbeschreiblich großartige Tätigkeit . ., und alle Lebenskräfte sind höher und gesteigert". Ein anderes Mal stellt er fest, daß Anstrengungen, die ihm in seinem „ruhigen Professorenleben" „über allen Spaß gewesen" wären, ihm hier nichts weniger als beschwerlich seien: er bleibe frisch und bei heiterer Laune. Das war nun gesagt in den Zeiten des Hochgefühls der Nationalversammlung. Die Stimmung wird nüchterner; aber wieder und wieder spricht er den Wunsch aus, den er überhaupt nicht verborgen hat: von dieser Tätigkeit aus eine leitende Stellung zu gewinnen. Er will nur warten, bis er in sichere Verhältnisse und günstige Bedingungen kommt. Er bewahrt sich unter den Hemmnissen der Arbeit die Zuversicht und das Gefühl der eigenen Ueberlegenheit; zu einer Zeit, wo das Scheitern des Frankfurter Werkes schon für sicher gelten konnte, schreibt er: „je mehr sich die Schwierigkeit unserer Stellung herauskehrt, desto ruhiger und beherzter werde ich" (27. April 1849). Auch andere rühmten seine politische Begabung, vom Standpunkt des Gegners aus besonders sein großes Talent zur „politischen Intrigue", wie Jürgens es nennt. Am meisten Eindruck macht das Urteil Detmolds, ebenfalls eines Gegners, des Satirikers der Paulskirche, der im Kreise Beselers zwar als eine lächerliche und widerwärtige Persönlichkeit galt, aber doch ein ernster und urteilsfähiger Mann war. Er nennt in den Briefen an Stüve Beseler einen „eminenten" Menschen, den er zwar gewiß nicht liebt, der ihm aber, als einziger unter den Mitgliedern des Verfassungsausschusses, „immer und immer aufs neue imponiert, durch Scharfsinn, Gelehrsamkeit, Umsicht und politischen Blick".

Beseler unternahm es nun mit Droysen, Duncker und den an-

[1] Herausgegeben in der Deutschen Revue 1912.

deren eine feste Partei für den kleindeutschen Bundesstaat zu gewinnen. Er stützte sich dabei auf die Verbindung der drei Gruppen der Zentren — Kasino, Augsburger Hof und Landsberg —, die sich nach dem Septemberaufstand zur Stütze für das Ministerium und als Kern einer Mehrheit beim Verfassungswerk zusammengetan hatten. Die Bildung des Augsburger Hofes aus dem linken Zentrum heraus hatte Beseler selbst im September betrieben, und er hatte gleich damals darauf geachtet, daß im Augsburger Hof eine Gesellschaft zusammenkomme, die dem Gedanken der preußischen Spitze günstig sei. Dies war sehr gut gelungen. Allerdings war auch das Gefühl des Zusammengehörens aller Deutschen im Augsburger Hof, wo die Stämme in glücklicher Mischung beieinander saßen, so stark, und die Gesellschaft nahm die Aufgabe, die gemäßigte Mehrheit im Bund mit dem Ministerium gegen die Linke zu erhalten, so ernst, daß es nicht leicht war, gerade sie für den Angriff zu gewinnen. Die Arbeit dafür übernahm Wilhelm Beseler, der, bisher an der Spitze der Schleswig-Holsteiner Erhebung, nun erst seinen Platz in der Nationalversammlung eingenommen hatte. Seinem selbständigen Sinn gefiel es im Augsburger Hof ohnehin wohl besser als in der „Honoratioren"-Gesellschaft des Kasino, wo „die Professoren" auf eine für manchen unerträgliche Art den Ton angaben. Aber ganz offenbar geschah sein Eintritt in den Augsburger Hof in der Absicht, hier im Sinne seines Bruders zu wirken. Mit ihm trat auch der Schleswiger Francke aus dem Kasino über. Waren schon bisher die Schleswig-Holsteiner Professoren in der Nationalversammlung als die Führer in norddeutsch-protestantischem Geist sehr maßgebend gewesen, so verstärkte und verbreitete sich nun ihr Eingreifen noch. Wilhelm Beseler brachte ohnehin ein großes Ansehen mit; nun, wo er aus der Nähe wirkte, machte seine aufrechte, willensstarke, gesinnungsvolle Persönlichkeit großen Eindruck. Der sonst schweigsame Mann — so erzählt Laube — habe jetzt halbe Stunden lang aufs nachdrücklichste gesprochen.

Aus den drei Gesellschaften wurde außerdem ein Ausschuß ge-

bildet, der unter der Leitung von Max Duncker und Rudolf Haym eine Korrespondenz herausgab, der wir in den Zeitungen nun vielfach begegnen[1]. Ueberall suchte man Zugänge zur Presse. Seit dem 1. Dezember hatte man die Deutsche Zeitung, die seit Gervinus' mißmutigem Ausscheiden im August an Charakter und Bedeutung stark verloren hatte, unter eine Schriftleitung gebracht, die sich dem Einfluß der Partei völlig offen hielt. Gervinus selbst arbeitete nun von außen her[2] auch wieder mit, als der leidenschaftlichste Kämpfer für die Trennung von Oesterreich. Es war ein entschieden kräftiger Zug in der Sache.

Am 7. Dezember waren Mitglieder aus allen politischen Vereinigungen mit Ausnahme der eigentlichen Linken bei Beckerath versammelt. Der Gegenstand der Besprechung war, ob mit Oesterreich wegen der gegenseitigen Verbindung unterhandelt werden und ob Heinrich von Gagern ins Ministerium eintreten solle, um die Verhandlung zu führen. Das hieß noch keineswegs: ob Schmerling ausscheiden solle. Vielmehr hatte Schmerling selber frühzeitig den Gedanken aufgegriffen, daß Gagern als Reichsminister diese Verhandlungen führen könnte; er wußte, daß er selber dafür unmöglich war, und er hoffte, Gagern lenken zu können und so das gewaltige Ansehen dieses Führers unserer Nationalbewegung seiner Sache dienstbar zu machen. Mit Gagerns Person war die Frage, die zur Entscheidung stand, auf jeden Fall verbunden. Er sprach auch bei dieser Zusammenkunft für seinen Gedanken vom 26. Oktober und erklärte baldige Verständigung für wünschenswert. Da bekämpften nun Beseler, Droysen und Dahlmann den Plan, zu unterhandeln. Dahlmann sagte, man vergebe sich etwas an seiner Würde, wenn man der österreichischen Regierung nun wieder entgegenkomme. Den Hauptgrund sprach Droysen am deutlichsten aus: er warnte vor dem ungleichen Kampfe mit Oesterreichs schlauer Diplomatie. Ein Mann aus dem linken Zentrum aber tat diesen Männern den Dienst, mit

[1] Die Tübinger Universitäts-Bibliothek besitzt eine Sammlung der Original-Vervielfältigungen.

[2] In den Korrespondenzen „Vom Rhein".

etwas roher Offenheit zu erklären: jedenfalls dürfe Gagern nicht in ein Ministerium eintreten, das mit der Unbeliebtheit Schmerlings belastet sei. Schmerling war der Linken besonders verhaßt, und unseren Schleswig-Holsteinern kam im weiteren Verlauf dieser Haß gegen Schmerling zu statten, während umgekehrt die meisten in der Kasinogesellschaft und dem Augsburger Hof den Austritt Schmerlings für einen Schaden, das Festhalten an ihm für eine Pflicht der Treue hielten. Immerhin: auch ein Mitglied des Augsburger Hofes erklärte: wenn man Gagern in dieser Sache zum Führer haben will, muß er an die Spitze — das hieß: dann muß Schmerling weichen[1].

In Zeitungsartikeln dieser Tage konnte man nun lesen, Schmerling sei selber der Ansicht, daß bei der Haltung, die Oesterreich einnehme, es sich für ihn schicke zurückzutreten, und Gagern sei dazu ausersehen, das Ministerium zu leiten. Warum man nun noch zögere, den Wechsel durchzuführen? Gervinus ging weiter und verlangte den Austritt der österreichischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung. Wenn einmal doch die Neubildung beider Reiche getrennt vor sich gehe — und dies sei wahrhaftig das einzig richtige — dann können die österreichischen Abgeordneten in der Nationalversammlung nicht mehr mitbeschließen. Die Frage, ob es zu einem Massenaustritt kommen werde und ob man das wünschen solle, wurde jetzt öfter erörtert; als Auskunft wurde vorgetragen: wenn die Verfassung in erster Lesung beendet, der künftige Staat also in der Skizze fertig sei, dann sei der Zeitpunkt für den Austritt gekommen. Beständig aber ist nun vom Rücktritt Schmerlings die Rede: Rümelin, der im Schwäbischen Merkur sehr offen war, sprach schon am 9. Dezember wie von einer abgemachten Sache: der Rücktritt Schmerlings wenigstens von dem wichtigsten Ministerium, dem des Innern (also der Beziehungen des Reichs zu den Bundesstaaten!) sei eine Folge der Erklärung von Kremsier; wahrscheinlich werde Gagern dieses Ministerium und den Vorsitz im Ministerrat übernehmen.

[1] Vgl. besonders Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche 54 ff.; unter Benutzung von Biedermann schrieb Jürgens I 443 ff.

Wahrnehmungen von emsiger Werbearbeit Schmerlings, Beobachtungen und Gerüchte über österreichische Pläne steigerten den Kampfeseifer. Mit Entrüstung erzählte man sich, Oesterreicher von der rechten Seite suchen eine Verständigung mit der Linken, und es sei bereits davon die Rede, die Linke könnte, wenn man ihr in der Verfassung Zugeständnisse mache, oder selbst ohne das, ein österreichisches Reichsoberhaupt wählen[1]. Seit das wieder erstarkende Oesterreich durch den Thronwechsel ein jugendkräftiges Haupt bekommen hatte, richteten Oesterreicher und Großdeutsche, die an die Auferstehung des deutschen Kaiserthrones dachten, ihre Blicke dorthin. Der Allgemeinen Zeitung wurde am 10. Dezember die Vermutung mitgeteilt[2], daß das Haus Habsburg-Lothringen, das keine deutsche Kaiserwürde außer sich oder gar über sich dulden könne, den jungen Franz Joseph für die deutsche Krone in Aussicht nehme und sich dabei sehr wohl auf süddeutsche Stimmungen berufen könne, und am gleichen Tage schrieb der österreichische Abgeordnete Möring aus Frankfurt an den Minister Grafen Stadion: jetzt handle es sich um die Frage, ob Preußen oder Oesterreich, Friedrich Wilhelm oder Franz Joseph[3]. Am 12. verzeichnete die Deutsche Zeitung das Gerücht, der neue Kaiser von Oesterreich würde die Frankfurter Verfassung annehmen, wenn er deutscher Kaiser werden könnte. Sogar die Durchführung der Paragraphen von der Personalunion — meinte eine Zuschrift an die Allgemeine Zeitung[4] — könnte Oesterreich um den Preis des Kaiserthrons auf sich nehmen. Auch auf den Plan

[1] S. besonders: Heinrich v. Arnim an Abel 13. und 14. Dez., Deutsche Rundschau 56, S. 53; von Saucken-Tarputschen an seine Frau 13. Dez, Deutsche Rundschau 124, S. 103; Allg. Zeitung 15. Dez. 1848 (Zusammenfassung der Nachrichten aus Frankfurt) und 16. Dez.: aus Frankfurt 12. Dez.; Deutsche Zeitung 14. Dez. 1848, Extra-Beilage: „Die österreichische Frage und das Reichsportefeuille des Innern"; Oberpostamts-Zeitung 14. Dez., Frankfurt 12. Dez.

[2] Beilage zum 13. Dez., Vom Neckar, 10. Dez.

[3] Jürgens II, 2, 614.

[4] Nr. v. 16. Dez.: Frankfurt, Aus dem Privatschreiben eines österr. Abgeordneten.

einer Familienverbindung der Häuser Habsburg und Hohenzollern als Mittel zum Ausgleich des Widerstreits wurde wiederholt angespielt. Weiter mußte die Nachricht auffallen, daß die österreichische Regierung solche böhmischen und mährischen Bezirke, die seinerzeit nach Frankfurt keine Abgeordneten entsandt hatten, zu nachträglichen Wahlen aufmunterte und daß bald, wie behauptet wurde, „täglich" Vertreter von dort eintrafen[1]. Daß überhaupt hinter der Erklärung von Kremsier nicht ein großartiger Verzicht stehe, vielmehr die österreichische Regierung in die deutschen Dinge eingreifen wolle, darüber waren sich unsere Führer, die im Parteikampf die Erklärung von Kremsier als Bekenntnis zum engeren und weiteren Bund auslegten, offenbar sehr klar. Auch hierüber sprach wieder Rümelin im Bericht an den Merkur (19. Dez.) recht deutlich: Die österreichische Regierung will aus Oesterreich einen stark einheitlich geleiteten Bundesstaat machen; sie möchte diesen fertig haben, ehe wir mit unserer Verfassung fertig sind; dann will sie mit dem ganzen Gewicht der neuerstandenen Großmacht auf Deutschland drücken.

Wenn nun die Befreiung des Frankfurter Werkes vom österreichischen Einfluß mehr und mehr mit Heftigkeit gefordert wurde, so trieb dazu vor allem die Beobachtung, daß Schmerlings Einfluß tief in die nächste Umgebung unserer Schleswig-Holsteiner reichte, daß er namentlich das Reichsministerium, diese Vertretung der Zentren, beherrschte, und daß er Heinrich von Gagern an sich zog. Unter Schmerlings Führung wurde der Ministerrat darüber einig, daß *jetzt schon, ehe die Verfassung fertig sei, mit Oesterreich über die künftige Verbindung unterhandelt werden* solle. Schon damit stand das Ministerium in Gegensatz zu den Schleswig-Holsteinern! Nun konnten sich auch die Schleswig-Holsteiner schließlich zu Verhandlungen mit Oesterreich verstehen, wenn diese grundsätzlich nur als Verhandlungen über den „weiteren Bund"

[1] Vgl. übrigens hiezu Wilhelm Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, Freiburger Diss. 1913 (= Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 51), S. 18.

eines geschlossenen deutschen Staates mit Oesterreich geführt wurden, wenn das Verfassungswerk, d. h. der Abschluß des deutschen Staates, mitsamt der Einsetzung des Königs von Preußen als Reichsoberhaupt, dadurch nicht gestört wurde. Aber gerade hier war der Punkt, wo der Ministerrat unsicher und österreichischem Einfluß zugänglich schien. Als Schmerling eine Formel für die Vollmacht zu Unterhandlungen ausarbeitete[1], ging er aus von den Kremsierer Sätzen, wornach der deutsche Bundesstaat und Oesterreich zwei getrennte Staatsbildungen seien, über deren künftiges Verhältnis gesprochen werden müsse, kam aber dann zu dem Satz, daß es schädlich wäre, wenn die beiden Staatswesen ihre Verfassungen „gänzlich getrennt" voneinander feststellen würden. Der Ministerrat fand hierin nichts Arges: er übernahm die Formel. Er hatte also nicht das Verlangen, den Unterhändler fester zu binden. Nun muß man ihm zubilligen, daß in der Person des Unterhändlers schon ein Programm lag: der Ministerrat hatte sich — wieder nach Schmerlings Vorschlag — darüber verständigt, daß Heinrich von Gagern die Unterhandlungen führen solle. Ihm war natürlich sein Programm vom engeren und weiteren Bund die Grundlage; in diesem Sinne hatte man ihn dazu ausersehen. Allein — auch mit dieser Grundlage stand es nicht so einfach. Wir erinnern uns, wie sein Plan vom 26. Oktober aus Oesterreich und Deutschland beinahe gar einen Staat gemacht hätte. Und nun versichert Jürgens (I 397), er und Schmerling seien einander bei Besprechungen so nahe gekommen, daß man kaum noch gewußt habe, wo eigentlich ihre Gedanken auseinandergingen! Und ein Aufsatz in der Oberpostamtszeitung[2], der den „Aufruhr" und die „Verdächtigungen" gegen Schmerling tadelt, deutet an, Schmerling gehe auf gar nichts anderes aus als Gagern! Nun war Schmerling

[1] Enthalten in der Note des Reichsministeriums an den österr. Bevollmächtigten vom 22. Jan. 1849, bei Roth und Merck, Quellensammlung . . , II 84 f.; außerdem bei Haym II 127. Daß Schmerling der Verfasser dieses ministeriellen Entwurfes war, bezeugt Arneth S. 261.

[2] Nr. vom 15. Dez : Frankfurt, 14. Dez.

natürlich so klug, sich Gagern und den Ministerkollegen so viel als nur irgend möglich anzupassen: Jürgens meint, er sei darin weiter gegangen, „als er im österreichischen und deutschen Interesse verantworten konnte"; er habe sich selber zu sehr von der Partei des engeren Bundes beeinflussen lassen! Solche Anpassung war eben für Schmerling das einzige Mittel, um den Ministerrat, die Zentren und Heinrich von Gagern bei sich zu halten und sie zu Unterhandlungen zu vermögen, in deren Verlauf ihre weitgehende Empfänglichkeit für großdeutsche Gedanken sie für österreichische Gedanken gewinnen sollte. Diese Minister und Unterstaatssekretäre, die hernach Vorkämpfer der Kaiserpartei waren, hatten mit der Achtung auch Vertrauen zu Schmerling und durchaus nicht das Gefühl, daß die deutsche Frage sie von ihm trenne. Ganz besonders zeigte sich Heinrich von Gagern freundschaftlich und vertrauensvoll: zu der Reise nach Berlin, wo er um die preußische Führung warb, hat er angeblich von Schmerling einen Sekretär erbeten[1]. Selbst hat er später seine Haltung als ein Gebot der Klugheit erklärt: er kannte die Wichtigkeit des Mannes, an dem er in der österreichischen Sache nicht vorbei konnte[2]. Eine Gelegenheit, um Schmerlings „Intrigue" aufzudecken und das Mißtrauen zu wecken, gab erst sein Landsmann und Unterstaatssekretär Würth, der bei der Mitteilung der ministeriellen Pläne vor einem Kreis von Vertretern der Zentren durchblicken ließ, daß die Gestalt des deutschen Staates je nach dem Ausfall der Verständigung mit Oesterreich noch geändert werden könnte. Es war die — von Schmerling offenbar verhüllte — Hoffnung der Oesterreicher, ihr Oesterreich könne doch noch sozusagen in das Innere des deutschen Staats eindringen, und die Verhandlungen könnten dafür das Mittel sein.

Die Erzählungen, die Haym[3] und Biedermann[4] von diesen

[1] Die Gegenwart, Eine enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte (Brockhaus), Band 9, 1854, S. 180.

[2] S. seine Bemerkung bei Eigenbrodt S. 251.

[3] Die deutsche Nationalversammlung II 115 ff.

[4] Erinnerungen aus der Paulskirche 57 ff.

Vorgängen hinterlassen haben, sind für die Männer aus dem Ministerrat und den Zentren nicht sonderlich schmeichelhaft. Haym sagt: Schmerling „wußte die Mitglieder seines Ministeriums zu Verteidigern eines Planes zu machen, den sie weder teilten noch kannten". Es habe ein scharfer Zahn dazu gehört, um die Fäden des Netzes von Rätseln und Zweifeln, in das er die Besprechung sich verwickeln ließ, zu zernagen; selbstbewußt erzählt er dann, wie man sich mit einemmal auf eigene Füße gestellt und die noch rechtzeitig entdeckten Pläne des Oesterreichers zerstört, seinen Einfluß aus dem Mittelpunkt des arg bedrohten Werkes verdrängt habe. Bei Biedermann wirkt es fast erheiternd: die durch Würths ungeschickte Andeutungen Gewitzigten halten den Ministern und Gagern ein klares Programm vom Standpunkt des engeren und weiteren Bundes vor; die nehmen es an; dann wandert es in die Behandlung von Schmerling und wird in Schmerlings Formel umgewandelt; jene aber merken gar nicht, daß das etwas anderes ist. Erst als „genaue Prüfung" den Finger auf die „Zweideutigkeit" legt, da verbreitet sich Unwille über den Zauberer: nun soll er aber auch seine Hand von der ganzen Sache lassen! „Auf keinen Fall wollte man zugeben, daß Gagern mit seinem nur allzu vertrauenden, offenen Gemüte in einem Ministerium mit einem so verschlagenen Diplomaten wie Schmerling sitze"[1].

Der Grund, warum das politische Urteil gerade in dieser Sache nicht klarer und sicherer war, ist natürlich die Gewalt des großdeutschen Gedankens und der großdeutschen Stimmung. Diese Männer alle wollten einen einheitlichen deutschen Staat, aber sie wollten zugleich den großdeutschen Gedanken im brüderlichen Einverständnis mit Oesterreich verwirklichen, und sie hatten mehr oder weniger noch eine Scheu davor, die Trennung Oesterreichs vom deutschen Staat auszusprechen, sie suchten nach einem guten Ge-

[1] Unsere Politiker nahmen Schmerling ganz als einen Diplomaten, was Arneth (Schmerling, S. 277) zu der Bemerkung Anlaß gibt: sie zeigten damit nur, daß sie vom Wesen eines Diplomaten gar keine Ahnung hatten. Bei Biedermann (S. 218) wird er als ein zeitgemäßer Fortsetzer seines „Meisters" Metternich dargestellt.

wissen dafür. Halten wir uns dabei gegenwärtig: diese Minister und Unterstaatssekretäre waren, neben drei Oesterreichern, fast ausschließlich Südwestdeutsche und Rheinländer; die aber, welche den Angriff gegen ihre Verbindung mit den Oesterreichern führten, waren, wie Laube sagt, „die Beseler mit norddeutschen Scharen", die Schleswig-Holsteiner. Man hat in diesen Kämpfen gegen die Beseler und Droysen, Dahlmann und Waitz den Vorwurf erhoben, ihr innerstes Anliegen sei doch eben, Schleswig-Holstein zu erobern; dazu brauchen sie die preußische Macht und ein preußisch geführtes, von Oesterreich unabhängiges Deutschland; sie wollen Schleswig gegen Oesterreich eintauschen[1]. Das ist natürlich eine kleinliche Auslegung, bei der den Gegnern noch nicht einmal bewußt war, wie wichtig die Herzogtümer für deutsche Weltgeltung wirklich waren! Sicher aber ist, daß die Schleswig-Holsteiner Professoren in einem anderen Gesichtskreis standen als die südwestdeutschen Freunde Oesterreichs und den Rheinländern und Süddeutschen eine nordisch kräftige Bestimmtheit der Gedanken entgegenzusetzen hatten. Uebrigens war der leidenschaftlichste Gegner des österreichischen Einflusses der Südwestdeutsche Gervinus, der in der Hitze des Kampfes schrieb, wenn unsere Halbbrüder aus Oesterreich mit wälschem Hochmut uns gutmütigen Deutschen jetzt die Hand reichen wollen und dabei verlangen, daß ihre Interessen zuerst befriedigt werden müssen, so gebiete uns Ehrgefühl und Stolz, die verfremdete Hand abzuweisen und uns — ohne das Zwitterding eines „weiteren Bundes" — allein einzurichten und abzuwarten, wer den anderen dringender nötig hat; dann werden sie so kommen, wie wir sie brauchen[2].

[1] S. besonders Jürgens I 290 u. 320; Detmolds Brief an Stüve vom 15. Dez. 1848; Mörings Schreiben an den „Lloyd" vom 30. Jan. 1849 (Frankfurt 25. Jan.). Allg. Ztg. 26. März 1849: aus Frankfurt vom 23. Georg Beseler schrieb man zu, daß er die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen wünsche. (Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, 1888, S. 304.)

[2] Deutsche Zeitung 14. und 15. Dez., Vom Rhein.

Aus der Mitte des Reichsministeriums waren besonders Bassermann und Mathy die Befürworter von Schmerlings Plan. Bassermann sah die Lösung im Sinne Heinrichs von Gagern voraus, legte aber den größten Wert darauf, daß man vorsichtig zu Werk gehe; die Erklärung von Kremsier sei keineswegs ein endgültiger Bescheid; eine Trennung Deutschösterreichs könne nur nach gründlicher Unterhandlung ausgeführt werden; man müsse völlig miteinander ins reine kommen; entweder von Oesterreich oder von Frankfurt aus müsse ein förmlicher und feierlicher Schritt dazu geschehen [1]. Mathy aber schrieb in einer Reihe von Aufsätzen in der Oberpostamts-Zeitung, die von Mitgliedern des Ministeriums, besonders von Bassermann und ihm viel benützt wurde [2], vollkommen im großdeutschen Sinne. Ihm ist die Hauptsache, daß man Oesterreich, mit dem man sich unter allen Umständen einigen muß, alle Wege, auch den Weg zum Eintritt in den eigentlichen deutschen Staat offen halte. Bleibt Oesterreich zunächst abseits von der Ordnung der Dinge in Deutschland, so mag der König von Preußen als vorläufiger „Bundesdirektor" die Führung übernehmen, bis „das ganze Deutschland" vereinigt ist; aber man darf an kein preußisches Erbkaisertum denken; das will ja auch der König von Preußen nicht, und was wäre gewonnen, wenn man Oesterreich als ausgeschieden behandelte, Friedrich Wilhelm zum Kaiser wählte, er die Würde nicht annähme, die österreichische Regierung aber erklärte, man habe kein Recht, Oesterreich aus Deutschland hinauszuweisen? Man darf nicht sagen, durch Verhandlungen mit Oesterreich würde der Abschluß des Verfassungswerkes gestört; das Verfassungswerk ist nicht abgeschlossen, ehe es nicht die Verbindung mit Oesterreich enthält.

[1] Haym II 121 f.; Aufsatz in der Oberpostamts-Zeitung vom 6. Dez: „Zur deutschen Verfassung", nach Jürgens I 410 von Bassermann (das Zeichen, das dem Aufsatz vorangesetzt ist, weist an sich nicht auf Bassermann); Häusser im Artikel „Bassermann" des Staats-Lexikons von Rotteck u. Walcker, 3. Aufl. 1858, II 367.

[2] Vgl. Jürgens I 401.

Entschiedener großdeutsch konnte man nicht sprechen, als hier dieser Mann sprach, der bald darnach mit Beseler und Droysen zur Kaiserpartei gehörte. Seinen allmählichen Uebergang werden wir miterleben. Jetzt war er ihr Gegner. Er spricht von dem „gierigen, hastigen Bemühen", Oesterreich hinauszuweisen, der „widerlichen Eile", mit der man „ein preußisches Erbkaisertum über ein verstümmeltes Reich eskamotieren" wolle, und in einem Brief an Hansemann vom 30. Dez.[1] von der „verletzenden Art, wie Schmerling durch den hitzigen Anlauf der Preußen aus dem Ministerium gedrängt wurde." Auf seine Seite rechnete er aber Heinrich von Gagern, und rechnete zugleich die „Sympathie Süddeutschlands" und das „katholische Element"! Gagern schien da ganz in großdeutscher Umgebung eingefangen.

Die Vorkämpfer des preußischen Kaisertums konnten nun aber bei den meisten Mitgliedern der Zentren, auch bei denen im Ministerrat, sich darauf berufen, daß doch auch sie den einheitlichen deutschen Staat wollten, und daß sie den nur bekämen, wenn sie Schmerlings Einwirkung gänzlich ausschieden. Sie stellten sich dabei hinter Gagern, dessen Plan den einheitlichen Nationalstaat enthielt und doch zugleich die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens versprach. Unter dieser Fahne wagten sie es, die durch die Zentren gebildete Mehrheit, die bisher — wesentlich gegen die Linke — zusammengehalten hatte, zu sprengen, um vom linken Zentrum bis hinein zu der eigentlichen Rechten, wo Vincke mit anderen Preußen saß, eine neue Mehrheit, eben für Gagerns Plan, zu bilden. Eine Mehrheit in der wichtigsten, der preußisch-österreichischen Frage — es war kein ungefährlicher Versuch. Schon wurde der Gegensatz von Nord und Süd, hinter dem der Gegensatz der Konfessionen stand, lebhaft empfunden; die Bayern stellten sich überwiegend auf die österreichische Seite. Da konnte nun gerade vor der Entscheidung jemand schreiben[2]: Heinrich von Gagern bilde „allein noch den Vermittelungspunkt zwischen

[1] Aus dem Nachlaß von Karl Mathy S. 488.

[2] Deutsche Zeitung 14. Dez. Beilage: aus Frankfurt 14. Dez.

Nord- und Süddeutschland". Diese „Vermittlung" wollten die Norddeutschen für ihre Sache wirken lassen. Indem sie Gagern an die Spitze bringen wollten, verlangten sie aber auch, daß Schmerling ganz aus dem Ministerrat entfernt werde, den Gagern nun leiten solle. Sie wollten Gagern für sich haben und scharf von dem Oesterreicher trennen. Er selber ließ sich das gefallen. Er stand sonderbar mitten inne; er war eigentlich umkämpft; denn es handelte sich darum, wer ihn, der die Nationalbewegung in sich verkörperte, besitze, aber auch, wer ihn leite! Denn man hatte beobachten können, daß er sich leiten lasse[1]. Fast war er eine symbolische Person!

Das Kasino hielt unter den drei Gruppen der Zentren am längsten bei Schmerling aus; endlich, als nach fünf Abenden voll bewegten Kampfes die Nacht zum 15. Dezember sich dem Morgen zuneigte und die Schar der müden Gefährten schon dünn geworden war, erreichte Georg Beseler einen Beschluß, der Schmerling die Gefolgschaft verweigerte. Nur mit einer ganz kleinen Mehrheit ging das durch, wobei noch zu bedenken ist, daß, wie Jürgens erzählt, die Oesterreicher alle oder fast alle weg waren. Aber auch die Ministerkollegen, auf die er bis zuletzt gerechnet hatte, ließen Schmerling nun fallen; einer von ihnen sprach dem peinlich Enttäuschten den Wunsch aus, er möge gehen. Darauf ging er. Auch die anderen Oesterreicher schieden aus dem Ministerium aus. Heinrich von Gagern trat ein; der Reichsverweser aber blieb über diesem Wechsel.

War es klug, den Kampf damit zu eröffnen, daß man den österreichischen Leiter des Ministeriums stürzte, diesen geschickten und einflußreichen Mann zu Gegenunternehmungen geradezu stachelte, in seiner Person die Oesterreicher verletzte? Nach dem Erfolg Anerkennung und Dank mit Worten ihm zu spenden, wie nun geschah, half kaum etwas. Das allerdings ist nicht glaubhaft, daß Schmerling durch seine Zugehörigkeit zum Ministerium „gelähmt" worden wäre, oder daß man ihn am Ende auf Gagerns Seite hätte herüberziehen

[1] Vgl. Jürgens I 221 Anm.!

können[1]; auch hätte es für das Endergebnis nichts ausgemacht, wenn wirklich seine Einwirkung auf die österreichische Regierung gegen die Frankfurter Pläne weniger nachdrücklich gewesen wäre, als sie es in den folgenden Wochen war; und schließlich — der sachliche Kampf um den Zusammenschluß des nichtösterreichischen Deutschlands mit preußischer Spitze hätte doch öffentlich ausgefochten werden müssen und hätte immer Feindschaft geweckt. Andererseits ist anzuerkennen, daß unter dem Zeichen Heinrichs von Gagern das großdeutsche Interesse und die Freundschaft für Oesterreich verhältnismäßig sehr gut gewahrt blieb, und es ist tatsächlich unter diesem Zeichen gelungen, nicht nur den Ministerrat, sondern eine Mehrheit in der Versammlung günstig zu stimmen.

Andererseits konnte man fragen, ob dieser Personenwechsel — Gagern statt Schmerling — auch wirklich eine Gewähr dafür biete, daß keine Zugeständnisse auf Kosten der inneren Geschlossenheit Klein-Deutschlands gemacht würden. Die aus dem norddeutschen Führerkreis herausgegebene Zeitungskorrespondenz der Zentren sagte offen, hierüber könnte „noch sehr gestritten werden": viele meinen, es wäre nicht nur für Oesterreich weniger verletzend, sondern es wäre auch sicherer gewesen, wenn man sich darauf beschränkt hätte, die Vollmacht zur Unterhandlung scharf zu umgrenzen, oder wenn man mit der Unterhandlung — die gerade Gagerns Absicht war — überhaupt gewartet hätte. Beseler und den Seinen lag aber vor allem daran, das Ministerium und Gagern von der Einwirkung Schmerlings loszumachen und unter ihre eigene zu bringen; dazu diente ihnen die schroffe Klarheit des Spruches gegen Schmerling, den sie durchsetzten, und damit hatten sie auch Erfolg: Detmold konnte am 15. Dezember bereits schreiben: „Gagern ist . . . ganz und gar in Beselers Händen."

[1] So im Sinne Mathys Laube III 184 ff. und Gustav Freitag, Mathy 297. Daß Schmerling nur durch seine Verdrängung auf die Bahn der „Ränke" getrieben worden sei, war übrigens auch die Ansicht des Reichsjustizministers Robert Mohl. (Lebenserinnerungen II 82.) Weiter s. Eigenbrodt S. 252.

Nun erst „konnte" — sagt Beseler[1] — auf Gagerns Programm eingegangen werden; nun war weniger zu fürchten, daß der kleindeutsche Zusammenschluß, selbst wenn Unterhandlungen mit Oesterreich bald zustande kamen, durch solche gestört werde. Und wenn Jürgens die Schleswig-Holsteiner anklagt, sie hätten durch ihr Vorgehen das Verhältnis zu Oesterreich so verdorben, daß selbst eine völkerrechtliche Verbindung sehr erschwert war, — den Schleswig-Holsteinern mochte eine Störung des Verhältnisses zu Oesterreich wohl einige Sorge machen; aber sie kam ihnen für jetzt auch wieder gelegen. Jedes Anzeichen dafür, nicht nur daß Oesterreich Deutschland gewähren lassen wolle, sondern auch, daß es sich von Deutschland abwende, nutzten sie aus bei ihrer Werbearbeit. Im übrigen gebrauchten sie Gagerns Plan, der den großdeutschen Gedanken zugleich mit sich führte und band.

Am 16. Dezember, ehe Gagern sein Amt übernahm, überreichte er dem Reichsverweser ein Regierungsprogramm[2], in dem ausgesprochen war, daß Deutschland ohne Oesterreich einen Bundesstaat bilden und daß das Verhältnis der beiden „Zwillings-Reiche" zueinander festgestellt werden solle, nachdem sie beide ihre endgültige Verfassung erhalten hätten. Dieses Verhältnis solle ein möglichst enges werden; dazu solle auch der Reichsverweser mitwirken. Um die künftigen Beziehungen vorzubereiten und die Frankfurter Pläne zu erklären und „zu befürworten", solle „sofort" eine Gesandtschaft nach Oesterreich abgehen. Ein Zugeständnis, das den Schleswig-Holsteinern jetzt nicht mehr schwer fiel. Nun aber noch ein Punkt: Oesterreich soll dem Zusammenschluß Deutschlands kein Hindernis in den Weg legen, „namentlich für den Fall, daß der Inhaber der preußischen Krone als erbliches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands gestellt" würde! So weit wagte sich dieses Programm schon vor; so weit war der von Schmerling befreite Ministerrat schon gebracht, daß er auch diesem

[1] Erlebtes und Erstrebtes S. 81.

[2] Veröffentlicht z. B. in der Allg. Zeitung 1849, S. 1342.

Satz seine Zustimmung gab! Und der Reichsverweser war klug genug, zu erklären, daß er das Programmm nicht beanstande.

Dann am 18. trat Heinrich von Gagern im Namen des Gesamtministeriums vor die Nationalversammlung und verlas die berühmte Erklärung, auf Grund deren er um Vollmacht für eine Gesandtschaft nachsuchte. Die Fassung lautete so bestimmt, daß eine unerwünschte österreichische Einmischung ohne weiteres abgewiesen werden mußte. Es war Gagerns Programm vom 26. Oktober, hindurchgegangen durch eine Redaktion, die mit fester Klarheit den näheren kleindeutschen neben dem ferneren großdeutschen Zweck zu sichern bestrebt war.

Die Erklärung geht davon aus, daß die Sätze von Kremsier offenkundig den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Deutschösterreicher entsprächen, wie sie auch den Beifall des Reichstages von Kremsier hätten. In ihnen sei die Antwort Oesterreichs auf die Frage, welche die Paulskirche mit den §§ 1—3 gestellt habe, enthalten. Man müsse es so ansehen, daß Oesterreich in den deutschen Bundesstaat, wie er nach den Beschlüssen dieser Versammlung gestaltet werde, nicht eintreten könne. Vorläufig gelte für die Beziehungen zu Oesterreich das alte Bundesverhältnis; die künftige Verbindung sei durch eine besondere „Unionsakte" zu ordnen. In ihr sollen „alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse", die Deutschland und Oesterreich „von jeher verbunden haben und in gesteigertem Maße verbinden können", nach Möglichkeit befriedigt werden. Die Verständigung über dieses Unionsverhältnis wie über die gegenwärtigen Bundespflichten und Bundesrechte, an denen Oesterreich teil hat, könne nur „auf gesandtschaftlichem Wege" vor sich gehen. Die Verfassung des deutschen Bundesstaats könne nicht Gegenstand der Unterhandlungen mit Oesterreich sein.

Deutschland und Oesterreich waren in diesem Programm bereits zwei Mächte nebeneinander, die durch Gesandte miteinander verkehren. Diese Auffassung wurde an dem Tage, an dem Gagern sie der Versammlung vortrug, dem Reichsministerium von Oesterreich

aus bestätigt: die österreichische Regierung erklärte mit Frankfurt nur durch die Minister für auswärtige Angelegenheiten zu verkehren. In Frankfurt hatte bisher gegolten, daß die Beziehungen zu den Bundesgliedern in den Geschäftskreis des Ministeriums des Innern gehören. Gagerns Erklärung war aber überhaupt von einer Sachlichkeit und Offenheit, die etwas Schroffes an sich hat. Nach dem Willen Stockmars und Bunsens, die Gagern beraten hatten, hätte er zu allererst beteuern sollen, daß man Oesterreich durchaus als Bundesglied behalten müsse; nur könne es allerdings in den engeren Bund im Bunde, den man errichten wolle, nicht ebenfalls eintreten usf. Gagern hat ihnen nachher bekannt, daß eine Fassung in dieser Art besser gewesen wäre[1].

Daran freilich wäre nichts zu ändern gewesen, daß die Linke und die Oesterreicher und weitaus die meisten entschiedenen Katholiken Gagerns Auffassung von den Absichten Oesterreichs nicht gelten ließen und in seinem Programm nur die „Teilung Deutschlands", den „Ausschluß" Oesterreichs sahen und heftig bekämpften. Auch solche Oesterreicher, die ähnliche Gedanken wie Gagern hatten — Mühlfeld vor allem, der ja im Oktober lediglich völkerrechtliche Verbindung zwischen Gesamtösterreich und Deutschland vorgeschlagen hatte! —, konnten nicht zu Gagerns Partei übergehen, weil hinter dem Programm Gagerns der Plan vom preußischen Kaisertum stand und von den Führern der Gagernpartei leidenschaftlich verfolgt wurde.

Es zeigte sich auch sehr bald, daß in der Nationalversammlung keineswegs auf eine sichere Mehrheit zu rechnen war. Am 17. Dezember war der Allgemeinen Zeitung (vom 20.) noch in voller Siegeshoffnung geschrieben worden: „Gagerns Eintritt bedeutet die unmittelbar bevorstehende Tat"; binnen vier bis sechs Wochen soll der deutsche Staat fertig sein; man will geharnischt sein, um, wenn es not tut — mit einem Seitenblick auf Louis Napoleon —, sofort Blitz und Donner zu entwickeln. Dann aber drangen Beseler und die Seinen selber in Gagern, er möge doch die Verhandlung über sein

[1] Jürgens II, 2, S. 610. Detmold an Stüve, 10. Jan. 1849.

Programm noch ein paar Wochen aussetzen. Man wollte, daß die Geister sich erst etwas beruhigen und man währenddem die neue Partei stärken könne[1]. Freilich arbeitete währenddem auch der gestürzte Minister.

5.

Unter der Fahne von Gagerns Programm.

(Januar — März 1849.)

Wir sind auf der Höhe angelangt, wo die große Frage, die für die Paulskirche die zentrale und alles entscheidende war, die preußisch-österreichische, die Geister in zwei Lager versammelte. Jetzt schloß sich die Partei zusammen, die als Partei des preußischen Kaisertums in der Geschichte fortlebt. Wir halten einen Augenblick inne und sehen zurück.

Zu Beginn der ganzen Bewegung, im Gefühl der Eile, zu der die Not treibt, hatten die südwestdeutschen Führer ein — wie man später sagte — kleindeutsches Reich unter preußischem Kaisertum errichten wollen. Oesterreich stand damals abseits. Dann versagte Preußen, und Oesterreich trat lebhaft in die Bewegung ein. In der Paulskirche war Oesterreich vertreten, und man fand keinen besseren Rat, als sich eine österreichische Spitze zu geben. In die Bewegung drangen breit und tief die großdeutschen nach Südosten schauenden Gedanken ein. Die Süddeutschen besonders wurden davon erfaßt.

Auf der andern Seite aber kam unter Führung der Schleswig-Holsteiner Professoren das norddeutsche Element aufs nachdrücklichste

[1] Nach einem Brief Max Dunckers aus den Weihnachtstagen, gedruckt von Rudolf Haym, Das Leben Max Dunckers, S. 96.

zur Geltung. Sobald die Lage genügend geklärt schien, nahmen die norddeutschen Führer den Kampf auf für das kleindeutsche Reich unter preußischem Oberhaupt. Aber sie konnten es nur, indem sie die Befriedigung der großdeutschen Gedanken in der Form eines engen Anschlusses an Oesterreich in ihr Programm aufnahmen. Sie stellten sich unter die Fahne Heinrichs von Gagern, in dem die kleindeutsche und die großdeutsche Sache gemeinsam vertreten schien. Aber sie suchten ihren südwestdeutschen Führer selbst zu führen, geradeaus auf ihr kleindeutsches Ziel zu. Die Partei, die sie zusammenbrachten, war vornehmlich aus zwei recht verschiedenen Gruppen zusammengesetzt. Die eine Gruppe bildeten sie selbst wesentlich mit norddeutscher, besonders preußischer Gefolgschaft. Hier war das „kleindeutsche" Interesse das bestimmende, der Zusammenschluß zu einem einheitlichen und starken Staat, aus Nord und Süd zusammenwachsend, der Masse und dem Grundcharakter nach aber norddeutsch und protestantisch. Ein Unterschied, den wir früher zwischen den schleswig-holsteinischen Führern selbst bemerkt hatten[1] — wornach Dahlmann und Waitz Deutschösterreich zum deutschen Staat hatten rechnen wollen, indem sie Oesterreichs Auflösung vorhersagten und wünschten, Georg Beseler und Droysen aber in der Annahme und dem Wunsch, daß die Großmacht Oesterreich erhalten bleibe, Deutschland und Gesamtösterreich getrennt sich dachten — dieser Unterschied war durch die Entwicklung der Lage, wenigstens für Dahlmann, verschwunden. Und wenn nun jemals Dahlmann und Waitz, da sie Deutschösterreich einbeziehen wollten, äußerlich „großdeutsch" schienen, dem Wesen nach war mindestens Dahlmann es nie; denn dazu hätte ein starkes Interesse für die Aufgaben im Südosten gehört, und ihm war ja das einzig Wesentliche unverrückbar der starke deutsche Staat mit dem Schwerpunkt im Norden. Waitz nimmt insofern eine Ausnahmestellung ein, als er noch jetzt im Dezember damit rechnete, daß Deutschösterreich ganz zu uns komme[2]; aber großdeutsch war auch sein Ge-

[1] Oben S. 30 ff. und S. 43 f.

[2] Jürgens II 325.

sichtskreis nicht. Dagegen stand neben dieser ganz wesentlich kleindeutschen Gruppe die andere, die vom großdeutschen Interesse stark erfüllt war. Zu ihr gehörten besonders Süddeutsche, die sich aber nunmehr für den starken deutschen Staat, so wie er allein möglich schien, entschieden, den überwiegend norddeutschen Staat. Es waren nicht viele Süddeutsche, die sich anschlossen; die meisten blieben abgewandt. Bassermann und Mathy, Robert Mohl und Rümelin, die Brüder von Gagern selbst und den Rheinländer Mevissen wird man besonders hierher rechnen; Beckerath und Soiron standen der ersten Gruppe schon näher. Wie stark der Zuzug bisher noch Großdeutscher oder Unentschiedener zur Fahne Heinrichs von Gagern werden würde, das hing großenteils von der Haltung Oesterreichs ab. Wie sah es mit dieser aus?

Man bezog sich auf allerlei Aeußerungen der österreichischen Regierung. Am 15. Dezember hatte die Zeitungskorrespondenz von Duncker, Haym usf. mitgeteilt, Schwarzenberg habe nach Frankfurt — und ähnlich nach Potsdam — geschrieben, es sei „der Wunsch des österreichischen Kabinetts, daß sich Deutschland völlig selbständig konstituiere", und hatte dies gegen Schmerling ausgespielt[1]. Verhältnismäßig günstig für Gagerns Pläne lautete nun auch ein Schreiben, das Schwarzenberg am 26. Dezember nach Frankfurt abgehen ließ. Eingehend auf eine Anregung des Reichs-Handelsministers, von Duckwitz aus Bremen, erörtert die österreichische Regierung, wie Oesterreich und der „deutsche Reichskörper" oder „die Reichsgewalt" einander mit ihren Konsulaten vertreten könnten, und spricht dabei von den „beiden Staatskörpern", ja von den „beiden Mächten"! Hinter diesem Schreiben stand natürlich der neue österreichische Minister Bruck, der Pläne österreichisch-deutscher Wirtschafts-

[1] In der geheimen Depesche vom 13. Dez. an die preuß. Regierung hieß es ganz im Stil der Erklärung von Kremsier: „Jedenfalls würde Deutschland — mag die Beteiligung Oesterreichs am neuen Verfassungswerke eine engere oder eine weitere sein — an dem neugeborenen Kaiserreiche für ewige Zeiten den natürlichsten wie den treuesten Bundesgenossen besitzen." Friedjung, Oesterreich 1848—1860, I 169 und 493.

gemeinschaft in Frankfurt mit Duckwitz besprochen hatte[1]. Nun war freilich leicht zu sagen, daß solche Anpassung an den Gedanken eines besonderen Deutschlands durchaus nicht den Verzicht auf die Beherrschung Deutschlands bedeutete. Wie es damit stand, zeigte schon eine Mitteilung, die am 6. Dezember an den österreichischen Bevollmächtigten in Frankfurt abgegangen war und die dieser bei Gelegenheit einer Zusammenkunft der Regierungsbevollmächtigten am 23. mitteilte. Hier war zunächst gesagt: Oesterreich könne sich mit der Festsetzung seines Verhältnisses zu Deutschland erst beschäftigen, wenn es selbst neugestaltet und erstarkt sei, und dann war beigefügt: die österreichische Regierung sei durchdrungen von dem hohen Beruf, den „die Vorsehung dem Kaiserhause und den österreichischen Völkern in (!) Deutschland zugewiesen" habe[2]. Also: Oesterreich läßt Deutschland vorläufig gewähren; sobald es stark genug ist, wird es seine Stellung „in Deutschland" in Anspruch nehmen und die deutsche Frage entscheiden. Der Bevollmächtigte in Frankfurt, der Freiherr von Menßhengen, war persönlich bei der Ansicht geblieben, die er Anfang Oktober vertreten hatte, d. h. er war für Gagerns Programm[3]. Er mußte aber ein neues Schreiben des Fürsten Schwarzenberg entgegennehmen, das nun unzweideutig dem Programm Gagerns seine ganze Voraussetzung, was Oesterreich betraf, bestritt und das Programm zurückwies. Die deutsche Frage sei nur durch Verständigung mit den Regierungen zu lösen, und unter diesen nehme die österreichische den ersten Platz ein. Ihre Absicht sei aber keineswegs, in einen deutschen Bundesstaat *nicht* einzutreten; vielmehr werde Oesterreich seine Stellung als Bundesmacht auch in dem künftigen deutschen Staatskörper zu behaupten wissen. Wenn Gagern nur durch Gesandte mit Oesterreich unterhandeln wolle, so sei auch das eine Folgerung der „von uns als unstatthaft zurückgewiesenen" Voraussetzung; er solle davon abstehen und mit dem Bevollmächtigten in

[1] von Duckwitz, Denkwürdigkeiten S. 95 f.
[2] Jürgens II 105.
[3] Allg. Zeitung 31. Dez., aus Frankfurt 28. Dez.

Frankfurt verhandeln. Als Bevollmächtigter wurde aber eben jetzt an Stelle des Herrn von Menßhengen eingesetzt: Schmerling.

Als das Aktenstück vom 28. Dezember ausgefertigt wurde, war Schmerling gerade bei der österreichischen Regierung und bearbeitete sie kräftig: sie möge den Standpunkt der Erklärung von Kremsier, wonach sie Deutschland vorläufig sich selbst überlasse, aufgeben und auf das Frankfurter Unternehmen entschieden eingehen und einwirken, die Großdeutschen stützen. Oder, wie er es Anfang Januar in einer Sitzung des Reichsministeriums, zu der er gebeten wurde, ausdrückte: er habe seine Regierung darüber aufgeklärt, daß die Stimmung in Frankfurt Oesterreich durchaus nicht abgeneigt sei, und ihr geraten, ihr Programm so zu ändern, daß das Reichsministerium und die Mehrheit der Nationalversammlung in ihrer Oesterreich freundlichen Absicht gefördert würden. Umgekehrt habe seine Regierung ihn beauftragt, bei seinen Landsleuten auf rasche Vollendung des Verfassungswerkes zu dringen; sie wolle auch dafür sorgen, daß in den Bezirken, die noch keine Vertreter nach Frankfurt entsandt hätten (böhmischen besonders!), die Wahlen vorgenommen werden![1] Er gab den Rat, das Verfassungswerk fertigzumachen bis auf den Abschnitt über das Oberhaupt! Die österreichische Regierung müsse sich allerdings ihre Zustimmung vorbehalten; in einem halben Jahr werde sie sich entscheiden können! Wenn dann Oesterreich selbst die Gestalt eines Bundesstaates erhalte, werde dadurch die Zugehörigkeit Deutschösterreichs zum deutschen Bundesstaat erleichtert sein![2]

Die österreichischen Absichten waren nun durchsichtig. Die Wirkung für die Gagernsche Partei ging in zwei Richtungen. Einerseits

[1] Er war berechtigt, dies als ein Anliegen der Nationalversammlung hinzustellen. Diese hatte am 1. Juli 1848 eine Aufforderung an die österr. Regierung beschlossen: sie solle dafür sorgen, daß die in den deutsch-slawischen Teilen noch ausstehenden Wahlen vorgenommen werden. Der weitaus größte Teil von Böhmen hatte damals noch keine Abgeordneten entsandt, und man hatte Grund, darin eine Kundgebung gegen die Zugehörigkeit zu Deutschland zu sehen; Böhmen sollte genötigt werden, diese Zugehörigkeit anzuerkennen.

[2] Arneth, Schmerling 290 ff. Jürgens II 128 ff.

war es jetzt nicht mehr möglich, daß sie die österreichische Regierung für sich in Anspruch nahm: jetzt konnte vielmehr die Gegenpartei sagen, daß die Nationalversammlung in ihrer Pflicht, die Verfassung gleichmäßig auf „das ganze Deutschland" einzustellen, durch Oesterreich bestärkt werde, und daß dem Unternehmen der Kleindeutschen der Vorwand, als ob es vom österreichischen Standpunkt zulässig wäre, entzogen sei. Andererseits machte auf alle, die ein geschlossenes und selbständiges Deutschland haben wollten, die Ankündigung Schwarzenbergs und nicht weniger die Schmerlings einen peinlichen Eindruck. Nicht gleichgültig war auch, daß die Nationalversammlung in ihrem Anspruch, im Namen der Nation eine Verfassung zu geben, verletzt war. An diesem Anspruch hielten die Zentren, und besonders das Reichsministerium, in dem Sinn fest, daß man zwar suchen müsse sich mit den Regierungen zu verständigen, daß aber, was die „verfassunggebende Reichsversammlung" beschließe, Gesetzeskraft haben müsse. In diesem Rechtsanspruch sahen unsere Patrioten eine Waffe des nationalen Einheits- und Machtstrebens gegen die zwieträchtigen Sondergewalten, die Träger der deutschen Zersplitterung, unter denen, um Schwarzenbergs Wort zu übernehmen, die österreichische Regierung den ersten Platz einnahm. Sie wollten die Gesamtsouveränität der Nation gegen die Sondersouveränitäten der Einzelstaaten anrufen, und wo war jene zu finden, wenn nicht in der Nationalversammlung?[1] Nach solchen österreichischen Kundgebungen war das Hauptanliegen der kleindeutschen Führer immer, daß endlich Berlin sich Frankfurt nähern möchte. Aber auch ohne das kam ihnen die Ankündigung, daß Oesterreich den Staat Heinrichs von Gagern nicht zulasse, keineswegs ungelegen.

Das Reichsministerium gab auch wirklich seine Zustimmung zu einer Erklärung Gagerns, die am Programm festhielt. Sie trägt das Datum vom 5. Januar 1849. Zwar lautete der Antrag an die

[1] Vgl. z. B. Oberpostamts-Zeitung vom 13. Jan. 1849 („Zur ernsten Erwägung") und die Rede Heinrichs von Gagern in Bremen am 17. Okt. 1849 (Allg. Zeitung 1849, S. 4603).

Nationalversammlung jetzt nur noch: sie solle die Ermächtigung geben, daß „zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise" mit der österreichischen Regierung über das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland verhandelt werde. Dagegen blieb die Erklärung dabei, daß Oesterreich, seine Regierung mochte sagen was sie wollte, zwar ganz gewiß im alten Bundesverhältnis mit Deutschland stehe, aber in den neuen Bundesstaat, wie die Nationalversammlung, und zwar aus eigener Vollmacht, ihn beschließe, nicht eintreten könne. Die Erklärung berief sich hiefür auf die Natur der Verhältnisse Oesterreichs, das doch als Gesamtstaat erhalten werden solle — womit alles gesagt sei —, auf die öffentliche Meinung in Oesterreich und auf das Verhalten der Regierung gegenüber Frankfurt[1]. Die Hoffnung, „den starken Bundesstaat mit dauerhafter einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden".

Der letzte Satz zeigt an, wo die Stärke des Regierungsprogramms lag: jedem, der den starken deutschen Staat überhaupt wollte, konnte gesagt werden: entweder wir gründen ihn außerhalb Oesterreichs, oder wir müssen zum alten Bund, von dem wir loskommen wollten, zurück. Die Oesterreicher und die mit ihnen verbündeten Großdeutschen, die sich jetzt mit dem Plan einer Reichsverfassung abmühten, was brachten sie heraus? Zwei Bundesstaaten, denen beiden Deutschösterreich angehörte, und an der Spitze des deutschen Teiles entweder den österreichischen Kaiser, dem Preußen sich nicht gefügt hätte, oder ein Direktorium, das Beieinander zweier Großstaaten, die alte Zwietracht. Die Frage war nur, ob es überhaupt möglich sei, den kleindeutschen Bundesstaat gegen Oesterreich, gegen Bayern, gegen eine Vereinigung aller der Kräfte, die ihm wider-

[1] Man vergleiche dazu das Sündenregister, das in der Oberpostamts-Zeitung vom 4. Jan. 1849 („Herr v. Schmerling als Bevollmächtigter") Oesterreich vorgehalten wird, aber auch die Rechtfertigung Oesterreichs durch Mathy im Leitartikel vom 9. Januar.

strebten, und dann auch gegen den König von Preußen selbst durchzusetzen. Daß die Widerstrebenden sich zusammenfanden, darüber hatte man bereits Nachrichten. Gagern und die Seinen hielten dem gegenüber den Glauben aufrecht, der ihre ganze Arbeit tragen mußte, den Glauben an die unwiderstehliche Stärke solcher Beschlüsse der Nationalversammlung, die das nationale Streben offenkundig befriedigten. Doch waren die reiferen Politiker sehr mit dem Gedanken vertraut, daß, was man jetzt beschließe, vielleicht nur ein Vermächtnis an die Zukunft sei[1]. Aber gerade was Oesterreich betrifft, so versicherte ein Chorus deutscher Stimmen immer aufs neue, wenn in Deutschland ein Bundesstaat gegründet werde und Stärke zeige, so werde Oesterreich ihn gewähren lassen. Auch z. B. von Gervinus war das zu hören[2]. Oesterreich rechnete man im besonderen noch vor, daß es selbst die beste Stütze in einem starken Deutschland fände; daß mit einem solchen Rückhalt namentlich Deutschösterreich und die Ausbreitung im Südosten am entschiedensten gefördert würde; daß Oesterreich sich ganz anders frei bewege, wenn es nicht in den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland verwickelt sei; daß man, wenn nicht ineinander verflochten, weit besser miteinander auskommen werde; daß das alte Verhältnis als Grundlage ja bleibe und nur fester, nicht lockerer werden solle („inniger", sagte man mit Vorliebe): ja endlich, daß für die Zukunft, je nach dem Gang der Geschichte, die Tore für den Eintritt Deutschösterreichs in den deutschen Staat immer offen stünden.

Mit solchen Gedanken wandte sich auch Mathy der Sache zu, die von den Schleswig-Holsteinern geführt wurde[3]. Für ihn steht voran der Wille, Deutschland nicht wieder in die Lähmung durch den zwieträchtigen Staatenbund zurückführen zu lassen; aber immer

[1] Jürgens II 326 f.

[2] Deutsche Zeitung 27. Dez. 1848, Beilage. Vom Rhein, 22. Dez.

[3] Aufsätze in der Oberpostamtszeitung, Beilage zum 5. Jan., Nr. vom 9. und vom 16. Jan. 1849, dann wohl auch Hauptblatt und Beil. vom 20. Jan. (Vgl. Jürgens II 165. 167. 281.) Brief an Hansemann vom 30. Dez. 1848. (Aus dem Nachlaß von Karl Mathy S. 488.)

noch hält er die Hoffnung fest, daß Deutschösterreich in unsern Bundesstaat noch eintreten könne, und führt gegen die Erblichkeit des Oberhaupts an, daß damit Oesterreich für immer ausgeschlossen wäre; d. h. er möchte dem preußischen Königsgeschlecht nur vorübergehend die höchste Würde übertragen. Der deutsche Staat ohne Oesterreich ist ihm nur ein vorübergehender Zustand. Er verwahrt sich dagegen, daß, wenn dem engeren Verein nicht sofort alle beitreten, Deutschland damit „klein" werde. Deutschland ist eben der weitere Verein; es ist doch auch damals nicht kleiner geworden, als in seiner Mitte der Zollverein gegründet wurde! Der Bundesstaat eine Art von politischen Zollvereins in der gesamtdeutschen Gemeinschaft, zu der Oesterreich gehört — dieser konservative Gedanke ist oft herangeholt worden, um die Gründung des deutschen Staates zu erleichtern; wo er darüber hinaus das bleibende Wesen der „kleindeutschen" Staatsbildung bezeichnen soll — und so war es hier —, da war mit diesem Staat etwas wesentlich anderes gemeint, als was die Schleswig-Holsteiner mit ihrem Kaiserreich meinten. Uebrigens wollte unter ihnen Waitz, der starr bei der Auflösung der Welt in Nationalstaaten blieb, ebenfalls in der Oberhauptsfrage Rücksicht auf die Oesterreicher nehmen[1]; er liebte aber überhaupt die Wahlmonarchie mehr als die Erbmonarchie, und ebenso den Königstitel mehr als den Namen Kaiser.

Von besonderem Interesse sind die gescheiten Betrachtungen, mit denen Rümelin damals seine Stellung nahm[2]. Wir erinnern uns, daß er im Herbst auf den Plan vom engeren und weiteren Bund lebhaft eingegangen war, besonders in der Gestalt, wo der „kleindeutsche" Staat eingefügt ist in ein österreichisch-deutsches Reich. Was sich ihm jetzt im Dezember und Januar bot, war auf der einen Seite der österreichisch-großdeutsche Plan eines von Oesterreich geführten mitteleuropäischen Staatenbundes, von dem man behauptete, er werde von der Nordsee bis ans Schwarze Meer und gar nach

[1] Jürgens II 325.
[2] Aus der Paulskirche S. 137 ff.

Kleinasien hinein reichen — „ein Traum, ein trügerisches Irrlicht" —, auf der andern Seite der Plan Gagerns und der Schleswig-Holsteiner, der die Trennung von Oesterreich brachte ohne Bürgschaft dafür, daß der „weitere Bund" zustande komme, ohne Sicherheit auch nur gegen ein feindseliges Verhalten Oesterreichs, das vielleicht alle innerdeutschen Widerstände zu vereinigter Gegenwehr leiten würde. Für einen Süddeutschen, mit seiner Abneigung gegen den Eintritt in ein „norddeutsches Reich", mit seinen Bedenken wegen seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse und militärischer Sicherheit, wahrhaftig kein leichter Entschluß! Die Bedenken hat Rümelin zu entkräften gestrebt; im übrigen hielt er sich von Anfang an an zwei feste Wahrheiten: die eine ist, daß wir den starken und geschlossenen deutschen Staat brauchen und nicht zugeben können, daß Oesterreich, ohne in ihn eintreten zu können, doch ihm vorstehe und Freiheit und Einheit hindere; die andere Wahrheit ist, daß man Preußen „nicht wieder zerschlagen, hinunterdrücken und in Banden legen" kann, daß die Weltgeschichte, die diesen Staat groß werden ließ, das begonnene Werk gewiß nicht wieder fallen läßt, daß man über den politischen Willen des deutschen Nordens mit seinen 25 Millionen Menschen, der „dem Süden an Reichtum, Kraft und Bildung überlegen" ist, nicht hinwegschreiten kann — ein großer Teil des nichtpreußischen Norddeutschlands ist entschieden für die preußische Führung —, und daß „die Idee des freien und verjüngten Deutschlands" nun einmal im preußischen Staat verkörpert ist und mit ihm stehen und fallen wird. Indem nun Rümelin entschieden auf die Seite der Norddeutschen tritt, nimmt auch er lebhaft den beruhigenden Gedanken auf, daß mit Oesterreich ja der alte Bund fortbestehe und nur noch enger werden solle, und daß der neue Bund rechtlich die Stellung des Zollvereins habe, der doch auch hätte beschließen können, gemeinsame Gesandte und eine Flotte u. dgl. zu halten; den weiteren Bund, den mit Oesterreich, taste das nicht an; „ja selbst das Recht Oesterreichs, an der Spitze dieses weiteren Bundes zu

stehen, läßt sich erhalten und liegt im Interesse Deutschlands."

Die lange vermiedene Oberhauptsfrage wurde im Dezember vom Verfassungsausschuß in Angriff genommen und in den politischen Vereinigungen erörtert; am 15. Januar kam sie vor die Nationalversammlung. Sollte ein Direktorium oder ein demokratischer Präsident oder einer der regierenden Fürsten die Regierung im Bundesstaat führen, und wenn ein Fürst, sollte dann die Oberhauptswürde in seinem Hause erblich sein, oder sollte er auf Lebenszeit oder nur auf eine bestimmte Frist an die Spitze gestellt werden, das Reich unter einer Wahlmonarchie stehen? Die großen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Staatsgestaltung wurden noch einmal vor der Oeffentlichkeit erörtert, als vom 15. Januar ab in der Vollversammlung der vieltägige Redekampf über das Oberhaupt geführt wurde; tatsächlich aber handelte es sich einfach darum, ob an der Spitze des Bundesstaats der König von Preußen stehe, der Bundesstaat der „kleindeutsche" sein solle oder nicht. Die österreichisch-großdeutsche Partei hatte sich auf ein mehrköpfiges Direktorium geeinigt; es war nicht mehr so wie im Frühjahr unter den 17 Vertrauensmännern, wo Norddeutsche und Oesterreicher für das Kaisertum stimmten und die einen den preußischen, die andern den österreichischen Kaiser meinten. Vielmehr wer jetzt für das Kaisertum stimmte, der dachte an den König von Preußen; wer gegen die preußische Spitze war, der stimmte, auch wenn er den österreichischen Kaiser gern an der Spitze gesehen hätte, nicht für das Kaisertum. Der Kampf, der mit dem 15. Januar begann, war nur die Fortsetzung des Kampfes um Gagerns Programm, der am 13. Januar geendigt hatte, ohne ein tatsächliches Ergebnis zu haben. Gagerns Antrag war zwar angenommen, die nachgesuchte Vollmacht erteilt worden; aber dies bedeutete nicht, daß hinter Gagerns Programm die Mehrheit der Versammlung stehe. Man wußte, daß nicht wenige Stimmen aus der alten, Mitte Dezember gesprengten, Mehrheit, die durchaus gegen den kleindeutschen Bundesstaat waren, nur deshalb

für Gagern gestimmt hatten, weil sie das Fortbestehen des Ministeriums sichern wollten. Die Kabinettsfrage war gestellt, zum Unbehagen der mehr rechtsstehenden Gegner, die nicht imstande gewesen wären, ohne die Partei Gagerns eine Regierung zu bilden; sie hätten die Linke heranziehen müssen. So setzte sich das Ringen nun noch fort: viele Abgeordnete, solche vor allem, die keiner der politischen Vereinigungen angehörten — und das war eine Menge —, waren noch für die eine oder andere Seite zu gewinnen. Auch innerhalb der Partei Gagerns war keine volle Einigkeit: durchaus nicht alle wollten die deutsche Krone erblich an Preußen geben: auch über den Titel des Oberhauptes, ob Kaiser oder König oder was sonst, war man eine Zeitlang nicht einig; doch das war unerheblich. Das Ergebnis des Kampfes in der Paulskirche war ein beschämendes: es wurde zwar mit Mehrheit — und keiner großen! — beschlossen, daß die Oberhauptswürde einem regierenden Fürsten zu übertragen sei; aber über die Frage, ob die Krone erblich übertragen werde, und wenn nicht, für welche Frist, war überhaupt keine Mehrheit zu erzielen. Zum Schluß wurde noch mit wenig Stimmen beschlossen, der Titel sei „Kaiser der Deutschen".

Für uns handelt es sich bei der Haltung der Partei darum, wie weit auf Oesterreich Rücksicht genommen wurde. Solche Rücksicht konnte dazu führen, daß man das preußische Herrscherhaus nicht gleich erblich einsetzte, als Titel nicht gerade den Kaiser wählte und im „weiteren Bund" Ehrenvorrechte für Oesterreich in Aussicht nahm. Was das erste anbelangt, so waren allerdings Einzelne für die Wahl auf Lebenszeit oder bestimmte Frist. Waitz vor allem wollte den König von Preußen zunächst auf 12 Jahre einsetzen[1]. Unter den Gründen, mit denen er dies empfahl, war in der Tat auch die Rücksicht auf Oesterreich: dieses sei damit „nicht für immer zurückgeschoben, wie es die erbliche Uebertragung . . . vielleicht tun würde". Ihm lag der Gedanke nahe, da er ja immer

[1] Stenogr. Bericht 6, 4684.

darauf rechnete, daß Deutschösterreich noch zu uns komme. Doch fühlt man, daß diese Rücksicht keineswegs die maßgebende war. Als Titel, sagt er, hätte er nicht den Kaiser, sondern den „König der Deutschen" gewünscht; aber eine Rücksicht auf Oesterreich macht er hier nicht auch nur nebenher geltend; ihm ist es allein darum zu tun, daß der Titel gewählt werde, der deutsch und nicht „fremd" sei und an den sich die erfreulicheren nationalen Erinnerungen knüpfen.

Und wirklich müßten wir die Rücksicht auf Oesterreich nicht bei einem Manne suchen, der so sehr im „kleindeutschen", norddeutschen Gesichtskreis stand. Dagegen wäre es sehr natürlich, wenn wir sie bei Heinrich von Gagern, bei Mathy und Bassermann, bei den mehr großdeutsch Gerichteten fänden. Aber wir sehen nur Ansätze, die keine Folge hatten. Die Gründe dafür liegen aber auch auf der Hand. Das wichtigste Zugeständnis an Oesterreich wäre gewesen, wenn man dem König von Preußen die Oberhauptswürde nur vorläufig, und jedenfalls nicht erblich, übertragen hätte, und etwa mit dem Titel Bundesdirektor, wie Mathy vor Mitte Dezember sich gedacht hatte. In der Tat führt Mathy in einem Brief an Hansemann am 30. Dezember als Einwand gegen die Erblichkeit an, daß Oesterreich durch sie für immer vom Bundesstaat ausgeschlossen würde und in eine feindselige Stellung gebracht werden könnte[1]. Aber — das Zugeständnis wäre zu groß gewesen, wenn man doch einmal einen starken und geschlossenen deutschen Staat zu schaffen strebte. Man hätte ihm von Anfang an die Sicherheit, die man für notwendig hielt, das Ansehen zum mindesten, die Geltung vor Deutschland und dem Ausland nicht gegeben, man hätte Oesterreich eingeladen seine Künste zu versuchen. Außerdem wurde für die Erblichkeit angeführt, daß *sie* erst Preußen das „Aufgehen in Deutschland", das man von ihm verlangte, möglich mache. Im Lauf der Kämpfe, im wachsenden Eifer für die Sache, setzte sich in Gagerns Partei die Erblichkeit mehr und mehr durch. Waitz stand im Januar unter den bedeutenderen Mitgliedern allein; im März war auch er für die

[1] Aus dem Nachlaß von Karl Mathy 488.

Erblichkeit gewonnen[1]. Was sodann den Titel anlangt, so ist allerdings, und neben anderem auch mit Rücksicht auf Oesterreich, der Königstitel empfohlen worden[2] und für den „weiteren Bund" österreichischer Vorsitz. Man wußte ja auch, daß Friedrich Wilhelm selber nur der Cäsar unter dem Augustus sein wollte[3]. Vor allem Heinrich von Gagern war gegen den „Kaiser" und für den „König"; er scheint aber seine Ansicht nicht mit besonderem Nachdruck vertreten zu haben; jedenfalls trat er nicht öffentlich dafür ein und gab nach, als in seiner Partei der großartigere, an Glanz und Ruhm erinnernde Kaisername, die über allen Einzelkönigen stehende Würde — genau wie es 1870 gegangen ist — den „König" in den Hintergrund schob[4]. Laube erzählt (III 283 ff.), „einige Mitglieder des Zentrums", und zwar eine „engere Gruppe um Gagern", hätten, als die Oberhauptsfrage zur Abstimmung kam, noch ein „Amendement" vorbereitet, das den „König" an Stelle des „Kaisers" setzen sollte. Rücksicht auf Oesterreich nennt er (285) als den Hauptgrund dafür. Das Amendement habe Aussicht gehabt bei den Zentren durchzudringen; aber als der Vorschlag zur Unterschrift herumging, kam in der Paulskirche die Ablehnung der Erblichkeit dazwischen. „Jetzt war es nicht mehr an der Zeit, das

[1] Sten. Bericht 8. 5338.

[2] So in der Oberpostamts-Zeitung, Beil. zum 3. Jan. 1849, und wieder in der Nr. vom 18. Jan. (aus Berlin, 16. Jan.). Der Kasino-Ausschuß, der am 20. Dez. mit einem Gutachten zur Oberhauptsfrage auftrat (verfaßt von Max Duncker), ließ die Titelfrage offen; im weiteren Bund wollte er gleiche Rechte für beide Reiche, aber österreichischen Vorsitz. Auch Rümelin sprach in der Oberhaupts-Rede vom 22. Januar wiederholt vom „König der Deutschen", vom „Erbkönig".

[3] Die Gönnerin der Partei am preuß. Hof, die Prinzessin Augusta, wollte ebenfalls ausdrücklich nicht den Kaisertitel. (Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta I 530 (Aufzeichnung vom 15. Jan. 1849) und I 329 u. 533 (Brief und Aufzeichnung vom 15. März 1849).

[4] S. den Bericht über Gagerns Rede in Bremen am 17. Okt. 1849 (Allg. Zeitung 1849, S. 4604); weiter Wurm, Die Diplomatie, das Parlament usf. S. 59; Bunsen an Friedrich Wilhelm IV., 11. Febr. 1849 (Leopold v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I 293).

Oberhaupt noch weiter abzuschwächen. Man legte das Amendement zurück für die zweite Lesung. Es war nicht vorauszusehen, daß diese zweite Lesung so sturm- und drangvoll vor sich gehen, und daß sie keinen Raum gestatten werde für eine solche feine Abstufung." Bei der Abstimmung über den Titel des Oberhaupts am 25. Januar stimmte die Partei für den „Kaiser"; Gagern selber war abwesend; in der Rede vom 23. Januar hatte er, als er das Oberhaupt bezeichnete, von „Deutschlands König", dem „erblichen deutschen König" gesprochen. In Wahrheit kam natürlich für österreichisches Empfinden wenig darauf an, ob der zur Oberhauptswürde in dem deutschen Staat, den man Oesterreich gegenüberzustellen sich vermaß, erhobene preußische Nebenbuhler Kaiser oder König hieß.

Das Ansinnen, die Verfassung für das engere Deutschland auf den späteren Anschluß Oesterreichs einzurichten, wurde der Partei recht unbequem. Sie hatte zur Abwehr zweierlei Waffen. Einmal konnte sie sich auf das Verlangen nach einem kräftigen selbständigen deutschen Staat immer berufen. Das Warten auf Oesterreich, sagte Beckerath am 12. Januar, ist das Sterben der deutschen Einheit. Dann aber lockte sie mit glänzenden Bildern von einem künftigen Oesterreich, das gerade dann zur Wirklichkeit werde, wenn es, frei auf sich selber stehend, ein starkes Deutschland als freien Genossen habe. Entschiedene Kleindeutsche gaben keinem Oesterreicher, keinem Großdeutschen wie Reichensperger oder Gfrörer etwas nach, wenn sie die deutsch-österreichische Vorherrschaft bis ans Schwarze Meer vorhersagten. Das Zwillingspaar der beiden Reiche, so hieß es in den Grenzboten[1], soll als ein rechter Doppeladler nach Nordwesten und Südosten schauen, Träger der Kultur und der Freiheit; in friedlicher Eroberung gliedert Oesterreich eine slawische Provinz nach der andern seinem politischen System an; der wunderliche Kampf zwischen Slawen und Deutschen hört auf, sobald das tüchtige und strebsame Volk der Tschechen die deutschen Farben nicht mehr als Sinnbild der Unterdrückung ansieht; deutsche Kultur wird die dacischen Ebenen durch-

[1] 4. Heft von 1849, ausgegeben 29. Januar.

dringen; Oesterreichs Flotten sollen auf dem Schwarzen Meer und auf der Adria gebieten. Der Dichter Wilhelm Jordan setzte dem freien Oesterreich die Aufgabe, alle seine Völker allmählich in Deutsche zu verwandeln; schon heute müsse man auf das Ziel zusteuern, daß die Küste des Schwarzen Meeres eine deutsche Küste werde[1]. In der Deutschen Zeitung[2] erschien ein Artikel, der es für ganz verkehrt erklärte, sich auf die Wiedervereinigung mit Deutsch-Oesterreich einzurichten, denn die setze finis Austriae voraus, und das wäre finis Germaniae; wir aber wollen Trennung, damit die Macht des Deutschtums erweitert wird; es soll sein wie bei einer Kolonie, die man aussendet und von der man auch nicht will, daß sie zurückkehre, und ein starkes Deutschland soll die Bürgschaft dafür sein, daß Oesterreich diese Rückkehr nicht suchen muß. (Mit welchen Gefühlen lesen wir das heute!!) „Nicht zur Paulskirche mit gesenkten Fahnen, ihr Brüder von Oesterreich, erwarten wir euch, sondern wir ersehnen die Stunde, da das Banner von Habsburg von der Kuppel der Sophienkirche wehen wird."

Man kann es den Oesterreichern nicht verdenken, wenn sie es wunderlich und unwahr fanden, den Weg zu solchen Zielen mit der Ausscheidung Oesterreichs aus dem engeren Deutschland und der Begründung des preußischen Kaisertums beginnen zu wollen und zu sagen[3], je entschiedener die Trennung sei, desto schöner werde die Aufgabe im Südosten gelingen! Genau dieselben glänzenden Aussichten, die hier von der Trennung versprochen wurden, versprachen Oesterreicher und Großdeutsche ganz ausschließlich für den Fall vollkommener staatlicher Vereinigung. Sie bestritten durchaus, daß im Fall der Trennung an die sog. deutsche Mission Oesterreichs und auch nur an ein freundschaftliches Verhältnis und die vielbegehrte wirtschaftliche Verbindung zu denken sei. Arneth drohte denen, die

[1] Stcn. Ber. 6, 4575.

[2] 31. Jan., 2. Beil., Berlin 24. Jan.

[3] Wie in dem sehr bemerkenswerten Aufsatz „Die modernen Ghibellinen" im 5. Heft der Grenzboten von 1849, ausgegeben 26. Januar.

Oesterreich „ausschließen" wollten, sogar mit dem „sieggewohnten" österreichischen Heer. Und gewiß war es naiv, darauf zu vertrauen, daß Oesterreich einem selbständig gewordenen, von einem Hohenzollern regierten Deutschland freiwillig die Bruderhand reichen und die Wege nach dem Schwarzen Meer ebnen werde. Die norddeutschen Führer bildeten sich das auch keineswegs ein, und nicht jedem aus ihrem Kreis, der solche Beruhigungs- und Lockmittel vorführte, war es so gar ernst damit. Es war gegenüber solchen luftigen Gedanken das Solidere, wenn man, wie Gervinus, sagte, es gelte einfach, den deutschen Staat zu gründen; währenddem möge Oesterreich zeigen, zu was es als Gesamtstaat und Großmacht fähig sei und ob es in der Richtung seines sog. deutschen Berufs gehen wolle. Zu unserer Selbständigkeit gehöre völlige Trennung, kein „Bund im Bunde", auch kein unbedingtes Schutz- und Trutzbündnis. Aehnlich war Dahlmanns Ansicht: erst den deutschen Staat hinstellen; wenn er feststehe, unterhandeln, und lieber nur einen völkerrechtlichen Bund, und keinen „ewigen", sondern ein Bündnis auf begrenzte Frist betreiben. Dies war nüchtern und gesund gedacht, aber zugleich vertrauensvoll und kühn. Und die Ansicht, daß man nur einmal selber sich fest gründen solle, setzte sich nun auch bei solchen durch, die bisher schwer an die Trennung herangegangen waren. Bassermann z. B. hielt die Staatsgründung, die man jetzt versuchte, noch immer nur für ein Provisorium; denn Deutschösterreich werde nachkommen; aber er folgerte daraus nicht, daß man die Verfassung auf Deutschösterreich zuschneiden, sondern daß man unter dem preußischen Erbkaiser eine dauerhafte Ordnung herstellen solle[1]. Der alte Arndt hatte den gleichen Gedanken mit überschwenglichen Hoffnungen: Bauen wir nur einmal unser Haus, so werden alle ausgeschiedenen Brüder kommen, die Schweizer, die Elsässer, die Belgier, die Holländer, und das liebe Oesterreich wird uns mit Inbrunst ans Herz fallen[2]! Die großdeutsche Sehnsucht war doch immer recht lebendig. Auch Mevissen

[1] Stenogr. Bericht 6, 4734.

[2] Deutsche Zeitung 19. Jan. 1849, 2. Beilage.

schrieb am 11. Januar: um einen Traum sei man ärmer, das gesamtdeutsche Reich könne man leider nicht gründen, aber doch eine solide, achtunggebietende Großmacht.

Alles kam darauf an, ob man nun endlich mit der preußischen Politik ins Reine kam, die ja doch das ganze Unternehmen vor Europa durchsetzen mußte! Während über das Oberhaupt verhandelt wurde, warteten die Erbkaiserlichen immer auf eine günstige Entschließung Preußens. Am 21. Januar berief sich ihre Korrespondenz auf Nachrichten von Camphausen, um zu verkünden: „Das deutsche Volk hat auf einen zustimmenden Entschluß des preußischen Königs zu rechnen, wenn sein Parlament . . . demselben die Kaiserkrone antragen wird“ [1]. Aber man mußte abstimmen, ehe aus Berlin etwas Entscheidendes da war. Nach der unglücklichen Abstimmung kam dann die berühmte Note vom 23. Januar. Sie bekannte sich zu dem Bundesstaat innerhalb des Bundes mit Oesterreich, rechtlich in der Art des Zollvereins; aber sie machte alles von der freien Zustimmung der Fürsten abhängig und riet selbst einstweilen von der Errichtung eines neuen Kaisertums ab. Sie forderte die Regierungen auf, vor der zweiten Lesung der Verfassung ihre Stellung zu den bisherigen Beschlüssen der Paulskirche kundzutun, damit man sich verständige. Die Regierungen hatten also das Wort, voran Oesterreich und die Mittelstaaten. Für Schmerling ein neuer Anlaß, um Schwarzenberg zu bearbeiten, daß er aus seiner geringschätzigen Lässigkeit gegenüber der Paulskirche heraustrete, sich dort freundlich eindränge und Preußen aus dem Felde schlage. Er solle sagen, Oesterreich arbeite gern mit der Nationalversammlung zusammen, um einen leistungsfähigen Bundesstaat zu schaffen, und wolle so eng wie alle andern zu ihm gehören [2]. Der österreichisch-großdeutschen Partei, die sich von der österreichischen Regierung beständig im Stich gelassen fühlte, hätte dies schon eine gewisse Stärkung gebracht. Schmerling schilderte

[1] S. auch Jürgens II 380. 410.

[2] Friedjung, Oesterreich von 1848 bis 1860, I, Anhang Nr. VIII, und Arneth, Schmerling 304 f.

die Frankfurter Lage für Oesterreich zu hoffnungsvoll, darin aber hatte er Recht, daß er der österreichischen Regierung ankündigte, sie stärke die Kaiserpartei, wenn sie so wie bisher fortfahre. Er befürchtete, in Berlin werde ein Ministerium gebildet, das mit der Kaiserpartei in engster Fühlung sei; der König werde vielleicht zum Abdanken gebracht; die Kaiserpartei gewänne dann sicher die Mehrheit. Auf die preußische Note folgte wirklich wenige Wochen später eine österreichische. Es ist die Erklärung vom 4. Februar, die Gagerns Programm entschieden zurückwies; sein engerer Bund sei ein Einheitsstaat, für Deutschland unerträglich; die erste deutsche Macht solle aus Deutschland ausgeschlossen werden; die Regierung des Kaisers von Oesterreich wolle aber alle deutschen Staaten mitsamt ihren außerdeutschen Ländern — also Gesamtösterreich — unter eine gemeinsame Bundesverfassung bringen, mit der das Bedürfnis nach Einheit befriedigt werde. „Ein nach außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland" — so nannte diese Erklärung mit einer unverfrorenen Phrase das von Wien aus geleitete Mitteleuropa, das sie versprach. Diese Note war auch Schmerling, den Oesterreichern und Großdeutschen in Frankfurt eine Verlegenheit; der Kaiserpartei kam sie nicht ungelegen; aber sie war doch eine ernste Mahnung, sie war eine Kampfansage!

Man muß sich wundern, was für gute Hoffnungen die Führer der Partei noch hatten! Georg Beseler schrieb am 13. Februar nach Haus[1]: bleibt Preußen fest — wie er nach Mitteilungen Camphausens und Bunsens hofft —, so machen wir unsere Sache ohne Oesterreich, vielleicht für kurze Zeit ohne Bayern. Und Heinrich von Gagern drückte tags darauf im Brief an Stockmar[2] die Hoffnung aus, auch gegen den Widerspruch Oesterreichs und der Könige den Bundesstaat zum Abschluß zu bringen; wer draußen bleiben wolle, möge es tun, auf eigene Gefahr. Uebrigens fand Beseler (am 18. Februar),

[1] Deutsche Revue 1912, III, 231.

[2] Denkw. aus dessen Papieren S. 582.

Gagern entwickele zu wenig Energie; der Verfassungsausschuß — in dem die Schleswig-Holsteiner das Uebergewicht hatten! — werde wohl an Stelle des Reichsministeriums die Führung übernehmen müssen.

Gagern strebte auch noch immer darnach, zu Verhandlungen mit Oesterreich zu kommen[1], und vom 12. Februar datiert eine Denkschrift des Reichs-Handelsministers über eine Verbindung Deutschlands und Oesterreichs, die mit Vereinbarungen über Zollschutz, Handel, Schifffahrt u. a. beginnen sollte, um zu einem umfassenden Handels- und Verkehrsbund zu gelangen. Indem dann beide Teile sich daran gewöhnen, „wie zwei Associés einer Handelsfirma" zusammenzuarbeiten, müssen sie auch politisch zu einem Zwillingsbundesstaate, oder, wenn man lieber will, zu vereinigten Staaten von Mitteleuropa" werden[2]. Den Plan einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, die zur Lebensgemeinschaft würde, hatte Duckwitz mit Bruck, der Frankfurter mit dem österreichischen Handelsminister gemein. Merkwürdig ist aber, daß dieser Frankfurter Minister nach der Note vom 4. Februar ihn noch auf der Grundlage des Gagernschen Bundesstaats anbot. Recht geflissentlich rief er die österreichische Note für sich an, die ja beweise, daß Oesterreich an dem deutschen Bundesstaat nicht teilhaben könne, also dem Programm des Reichsministeriums recht geben müsse! Er stellte sich taub dagegen, daß die österreichische Regierung aus der Unmöglichkeit ihrer Teilnahme am Frankfurter deutschen Staat ganz andere Folgerungen angekündigt hatte. Er glaubte offenbar, da Deutschland Oesterreich etwas zu bieten habe, für die deutsche Bedingung eines solchen Angebots die österreichische Regierung noch zum Verzicht auf ihren Machtanspruch bewegen zu können, während Schwarzenberg sich stark genug fühlte, um Deutschland das, was es für Oesterreich brauchte, durch den Druck der Macht, oder der Drohung mit der Macht, abzugewinnen. Mußte Macht gegen Macht aus-

[1] S. den Brief an Stockmar (ebenda) und Allg. Zeitung v. 8. Febr. 1849 Beil., aus Frankfurt 4. Febr.

[2] Roth und Merck II 95.

gespielt werden, so hofften die Frankfurter noch immer, die preußische Macht mit dem preußischen Willen hinter sich zu haben; außerdem hofften sie, in der deutsch-österreichischen wie in der preußischen Frage, auf das, was sie die Natur der Dinge und die geschichtliche Notwendigkeit nannten, und hofften, daß die Dinge in Oesterreich sich nach dieser Notwendigkeit entwickeln würden, der auch ein Schwarzenberg sich beugen müsse.

Andererseits aber machte man sich doch auch mit dem Gedanken vertraut, daß vorläufig vielleicht höchstens ein Teil des Programms durchgeführt werde, vielleicht nur die Einigung Norddeutschlands, und daß man nicht von Frankfurt, sondern von Berlin aus im Rechtswege des Zollvereins vorankommen werde[1]. Und was den Süden betraf, so wurden bereits Pläne besprochen, die Süddeutschland ebenso mit Oesterreich verbinden wollten, wie Norddeutschland mit Preußen verbunden würde[2]. Das Ernsteste aber, vor dem man stand, war die Aussicht, daß Oesterreich im Bunde mit Rußland Gewalt brauchen werde.

Nach außen gaben vielfältige Stimmen der Kaiserpartei und ihrer Bundesgenossen in Berlin das Vertrauen kund, daß Deutschland auch davor nicht zurückzuweichen brauche. Man schlug an das Schwert Friedrichs des Großen, das noch nicht eingerostet sei. Wenn Frankfurt versage, Preußen habe seit Friedrich das Gehorchen im Reiche verlernt und werde die deutsche Sache führen[3]. Dahlmann

[1] Norddeutscher Bundesstaat: Rümelin 25. Jan. und 10. Febr. (S. 162 und 167); Korr. der Centren 19. Febr.; „Parlamentsbriefe [des Abg. Landgerichtsdirektors Fuchs aus Breslau] aus Frankfurt a. M. 1848/49" 24. Febr. (der Verfasser hatte schon am 18. Dez. so geschrieben, als der erste große Widerstand gegen den Erfolg der Schleswig-Holsteiner sich geltend machte); Georg Beseler 1. März (Deutsche Revue 1912, III 233); Haym II 309; Wurm 103. Vorgehen Preußens: z. B. Friedrich v. Raumer, Briefe aus Frankfurt und Paris, 21. Febr. und 12. März; Korr. der Centren 19. Febr.; weiter s. Meinecke, Radowitz 213.

[2] S. bes. Rümelin, Aus der Paulskirche S. 162.

[3] Besonders: Deutsche Zeitung vom 8. Februar 1849, 12. und 13. Febr. (Dahlmann!), 15. Febr., 22. Febr. zweite Beilage, 24. Febr. über die preuß. Erklärung vom 16.; Deutsche Reform (Berlin) vom 15. Febr., zweites Mor-

schrieb in der Deutschen Zeitung hochgemut, zugleich erleichtert dadurch, daß dem ihm so bedenklichen Versuch, von seiner Partei aus Raum für einen deutsch-österreichischen Oberstaat über dem deutsch-preußischen Staatswesen zu schaffen, nun wohl ein Ende gemacht sei. „Muß die deutsche Selbständigkeit durch die Bluttaufe errungen werden, so wird es an Winkelrieden nicht fehlen." „Der Kampf ist geboten, und wir nehmen ihn an. Wir danken der österreichischen Regierung für ihre Entschiedenheit und zollen unsere Anerkennung ihrer Kraft. Sie hat das Phantom des Bundes im Bunde zernichtet und reinen Boden geschaffen zum Kampfe[1]. Tun wir auf unserer Seite desgleichen; vertrauen wir auf unsere Kraft und unsere Sache; zerstören wir unsererseits das Phantom des alten Bundes und der österreichischen Zukunft[1]! Sammeln wir unsere Waffen und unsere Streitkräfte! Wir haben viele Feinde, aber auch viele Freunde; sie warten nur auf eine Betätigung unseres Willens und unserer Kraft. Unser Kampf mit Oesterreich ist ein Kampf der Freiheit und Humanität gegen die alte Barbarei im Norden und Osten, ein Kampf der kleinen und mittleren Mächte gegen die großen, ein Kampf nationaler Selbständigkeit gegen trübe Völkermischung. An Bundesgenossen kann es uns da nicht fehlen. Ganz Europa muß Anteil nehmen; unser Bundesstaat wird das erste große und sicherstehende Denkmal der neuen Ordnung in Europa sein."

Es war die Ueberzeugung, daß dem Mutigen die Welt gehört; es war das Vertrauen darauf, daß ein starkes Volk in seinem Unabhängigkeitskampf unüberwindlich sei, genährt durch die geschichtlichen Beispiele, die diesem Geschlecht nahe lagen: die Nordamerikaner, die Franzosen der Revolution, die Erhebung der Völker gegen Napoleon und die Aufstände gegen die Ordnung von 1815; von solchem Kraftgefühl geschwellt zu sein, gehört zur Natur der nationalen

genblatt, 18. Febr. Morg. S. auch die in der Allg. Ztg. v. 28. Febr. 1849 gesammelten Berliner Aeußerungen.

[1] Von mir im Druck hervorgehoben.

Bewegungen seit der französischen Revolution; im besonderen war es noch das Selbstbewußtsein einer Nation, die geistig sich eine Welt erobert hatte, im Geistigen sich auf der Sonnenhöhe des von Menschen bisher Errungenen fühlte und nun auch politische Größe zur geistigen gewinnen wollte. Unter den Eindrücken unseres letzten unvergleichlichen Kampfes gegen eine Welt ist dieses deutsche Hochgefühl auf den Gipfel gestiegen; leider war ihm noch immer die politische Unreife, Unkenntnis, Vertrauensseligkeit und der Mangel an Zucht beigemischt, die frühere Geschlechter zeigen, und leider dazu noch aus der Zeit unseres Reichtums und unserer sinkenden Religiosität die neu genährte Lust am Genuß und an der Gewalt. Leichtfertigkeit und Prahlerei begegnen schon in den stolzen Aeußerungen von 1849. Ein Aufsatz aus der Deutschen Zeitung vom 8. Februar über „die Hindernisse der Einheit" sei in seinen Hauptsätzen angeführt; es sind die folgenden:

„Am geringsten schlagen wir die Schwierigkeiten an, welche der deutschen Einheit von den auswärtigen Mächten entgegengestellt werden. Die Noten von Frankreich, Rußland, ja, wie man wissen will, auch von England können uns höchst gleichgültig sein. Wir halten es nicht einmal der Mühe wert, nachzuforschen, ob diese drohenden Noten wirklich vorhanden sind. . . . Von Frankreich und Rußland haben wir nichts zu fürchten, wenn wir unsern Führer gefunden haben, und können von ihren Heeren sagen wie die Spartaner, als man ihnen meldete, die Feinde wären nah: So sind auch wir den Feinden nah! England aber ist unser natürlicher Verbündeter, nicht bloß durch Abstammung, Sprache, Sinn und Sitte, nicht bloß weil wir den Engländern ihre Waren abnehmen und beiläufig die Engländer uns die unsrigen, sondern weil Deutschland die Oberherrschaft von Frankreich und Rußland verhindert und Europa davor schützt, kosakisch zu werden oder republikanisch. Die Engländer mißgönnen uns unsere Einheit eben nicht, sondern sie zweifeln nur noch ein wenig daran." „Ja, wenn auch alle auswärtigen Völker sich in den Kopf gesetzt hätten, uns hindern zu wollen . . . , so wäre dies ein törichter Ge-

danke und ihr Beginnen, wenn wir selbst nur wollen, so vergeblich als das der bekannten Reichsbürger, welche das Morgenrot mit Feuerspritzen löschen wollten. Wir nehmen jene Noten als ein erfreuliches Zeichen, daß Deutschland nicht mehr verachtet, sondern bereits gefürchtet wird."

Am 7. März gab die Korrespondenz der Kaiserpartei die Worte eines „auswärtigen Staatsmannes" wieder: der deutsche Kaiser werde nicht in der Paulskirche, sondern auf dem Schlachtfelde gemacht: Preußen werde seine Macht für Deutschlands Bestand einsetzen und, wenn es noch länger zögere, für sein eigenes Dasein zu kämpfen haben; nur wenn es herzhaft vorgehe, werde es den Sieg vor dem Kampfe gewinnen. Man versuchte also, gegen die Regierung Schwarzenbergs das Mittel anzuwenden, in dessen Gebrauch sie Meister war: durch herzhafte Drohung das Gefühl überlegener Stärke mitzuteilen. Gervinus gab[1] den Rat, die „gewaltsame Scheidung" der Ehe mit Oesterreich nicht zu scheuen, Preußen und die Nation zur Erhebung bis zum Bürgerkrieg aufzurufen; dann werde Oesterreich sich fügen. Rümelin schrieb am 26. Februar an den Schwäbischen Merkur, es sei doch der „Mut der Verzweiflung", wenn Oesterreich, am Rande des Staatsbankerotts, gegen seine eigenen Untertanen auf die Hilfe seines größten Feindes angewiesen, Deutschland und Preußen drohen wolle, und drohte seinerseits damit, daß Deutschland sich mit Frankreich verbünde, wobei Italien befreit, Polen hergestellt würde — ein Gedanke, der auch der französischen Politik von 1849 nahe lag[2].

Es war in der Kaiserpartei eine kecke Art, mit der europäischen Politik und dem Schicksal der eigenen Nation umzugehen. Dahlmanns Kampfruf erinnert an seinen Versuch vom September 1848, als er Preußen zumuten wollte, gegen Rußland und England den Streit mit Dänemark fortzuführen. Es war immer das Mißverhältnis, daß diese Männer sich berufen dünkten, im Namen der

[1] „Vom Rhein" in der Deutschen Zeitung vom 14., 15., 17. Febr., jedesmal in der zweiten Beilage.

[2] Meinecke, Radowitz 255.

deutschen Nation zu fordern, zu richten und zu entscheiden, und daß ihnen doch nicht nur das Wissen und das Können fehlte, um europäische Politik zu treiben, sondern sie in Wahrheit auch die Verantwortung für große Entschlüsse gar nicht hatten, da ja die in Anspruch genommene Kraft der Entscheidung gar nicht bei ihnen, sondern bei der preußischen Regierung lag, und — daß sie selbst dies ganz wohl empfanden und sich dadurch erleichtert fühlen mußten! Und was wollte das Schwertgeklirr von Frankfurt und Berlin, wenn die Regierung des Königs, der Lage nicht gewachsen, bei aller Lust zu deutschen Unternehmungen es merken ließ, daß sie nichts tun werde, was die Zustimmung Oesterreichs und der Mittelstaaten nicht habe, und daß Preußen auch für sich weiter bestehen könne? Dies war in einer neuen Erklärung vom 16. Februar an die Nationalversammlung zu lesen, und kurz darauf erfolgte ein Personenwechsel im preußischen Ministerium, der es unterstrich. Die Welt bekam den Eindruck einer Politik, die begehrlich die Hand ausstreckte, um sie zurückzuziehen, wenn ihr ein Verbot zugerufen wurde.

Es waren doch bedenkliche Nachrichten, die nun vollends zu Ende Februar und Anfang März eintrafen: Dänemark habe den Waffenstillstand gekündigt und Rußland habe wissen lassen, daß es bei einem ernsthaft geführten Kampfe gegen die Dänen diesen zu Hilfe käme. Aber noch mehr: Rußland, dessen Truppen bereits zum Schutz gegen die Magyaren in Siebenbürgen eingerückt waren, sollte die Absicht haben, im Bunde mit der österreichischen Regierung auch Deutschland niederzuhalten, und sollte ausdrücklich gegen eine Aenderung der deutschen Bundesverfassung von 1815 Gewalt angedroht haben. Ein Aufsatz von Mathy in der Oberpostamts-Zeitung vom 8. März kündigte an, daß auch Frankreich im Einverständnis mit unseren Gegnern sei und wir von Feinden umgeben wären, wenn wir uns rühren wollten. Man verglich die Lage mit jener vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges, gab aber die Losung aus: der Krieg um Schleswig-Holstein müsse durchgeführt werden „ohne alle Rücksichten auf Drohungen der großen Mächte"; wenn wir nur

mutig unser Ziel verfolgen, erwerben wir uns Achtung und Freundschaft[1]. Gervinus hoffte, daß durch ein Bündnis mit England auch Frankreich zu günstiger Haltung zu gewinnen sei; er wünschte die „weihende Feuertaufe" herbei, durch die wir ja doch hindurchmüßten, wenn wir den deutschen Staat erringen wollten, und rühmte seinem Volke in hochgemuten Worten den Krieg[2].

Die Lage, in der das Unternehmen der Kaiserpartei war, verschlechterte sich noch weiter dadurch, daß die Reichsverfassung in manchen Punkten, und dann das Wahlgesetz für die künftige Volksvertretung, in deren Hände so große Macht gelegt wurde, so ausfiel, wie man es dem König von Preußen nicht anbieten konnte. Für die einsichtigen Führer war dies eine ernste Verlegenheit; viele ihrer Parteigenossen aber hatten Teil an den bedenklichen Beschlüssen. Diese fragwürdige Lage der Kaiserpartei machte den rechtsstehenden Großdeutschen Mut zu einem eigentümlichen Einigungsversuch. Es hatte sich, nach der Auflösung der alten Mehrheit, um Mitte Februar zunächst eine großdeutsch-österreichische Partei, dann die Kaiserpartei in aller Form zusammengeschlossen. Beide konnten ohne die Linke keine Mehrheit bilden, und die früheren Gefährten aus dem rechten Zentrum, die sich jetzt als Gegner voneinander getrennt hatten, warfen einander gegenseitig vor, daß sie durch Zugeständnisse an die Linke um Verstärkung warben. Nach der Abstimmung über das Wahlgesetz, Anfang März, traten nun Reichensperger und Jürgens an Heinrich von Gagern und andere seiner Partei heran und legten ihnen nahe, von der Erblichkeit des Oberhaupts und vom Kaisertitel abzustehen, da sie den Erbkaiser ja doch nicht durchsetzen könnten, und sich mit einer nur vorläufigen preußischen Spitze, oder einem Direktorium unter preußischem Vorsitz und mit starken Befugnissen Preußens, zu bescheiden; dann könne man sich einigen, wieder eine „konser-

[1] So z. B. Oberpostamts-Zeitung vom 16. März, 2. Extrabeilage; weiter Korr. der Centren vom 12. und 16. März; Deutsche Reform (Berlin) vom 9. März: aus Frankfurt, 7. März, und 20. März Abendausgabe: aus Frankfurt 18. März.

[2] Deutsche Zeitung 14. März, Vom Rhein, „Oesterreich und Rußland".

vative" Mehrheit herstellen und eine solide Staatsordnung begründen. In die Verfassung würde man die Aenderungen aufnehmen, auf die sich Preußen mit der Menge der kleinen Staaten inzwischen verständigt hatte. Die großdeutsche Partei hätte darnach anerkannt, daß vorläufig ein Bundesstaat außerhalb Oesterreichs, nach Preußens Wünschen, die ja bescheiden waren, gebildet werde; für Oesterreich müßte eine Türe zum vollen Eintritt offen bleiben, so gut wie im Zollverein die Türe offen war. Heinrich von Gagern, so erzählt Jürgens, habe zugegeben, daß der Erbkaiser für jetzt nicht zu bekommen sei, habe aber den Rückzug doch nicht gefunden und nur versprochen, auf den Vorschlag einzugehen, wenn die Erblichkeit des Oberhaupts auch in zweiter Lesung abgelehnt werde. „Er wollte sich also erst schlagen lassen." Am 23. April, als der Erbkaiser in der Paulskirche durchgesetzt war, aber die Einigung mit Preußen nicht zustande kam, hat er einem ähnlichen Vorschlag von Radowitz nachgegeben[1]. Jürgens trat auch an Mathy heran, der ja in der Dezemberkrisis, auf dem Uebergang von Schmerling zu dem mit den Schleswig-Holsteinern vereinigten Gagern, ganz denselben Gedanken gehabt hatte; er scheint zugänglich gewesen zu sein. Andere waren abweisend; der Versuch hatte kein Ergebnis[2].

In der Tat hätte die Kaiserpartei mit einem solchen Rückzug nach solchem Kampf ihre schon so zweifelhafte Sache aufgegeben. Nicht sie hätte hoffen können, auf diesem Weg ihren deutsch-preußischen Staat in die widerstrebende Welt einzuschmeicheln; sondern ihre großdeutschen Gegner hätten den Erfolg gehabt, daß der kleindeutsche Plan von seinen eigenen Anhängern nur noch den Wert eines vorläufigen Auskunftsmittels beigelegt erhalten, daß er an Werbekraft gewaltig verloren hätte.

Kurz nach diesem Versuch kamen aus Oesterreich Nachrichten,

[1] Meinecke, Radowitz 235 f.

[2] Jürgens II, 2, 126 f. und 650 f. Daß von der Kaiserpartei aus erwidert wurde, Erblichkeit und Kaisertitel seien beide notwendig, wenn man den König von Preußen gewinnen wolle, kann nicht richtig sein.

die für die großdeutsche Partei ein Schlag waren, für die Kaiserpartei — noch mehr als jene Note vom 4. Februar — eine Genugtung und eine Bedrohung zugleich. Die österreichische Regierung hatte den Reichstag in Kremsier aufgelöst und eine Gesamtstaatsverfassung einseitig verkündigt, und zwar nicht eine föderalistische, sondern eine zentralistische; und nun erhob sie die ungeheuerliche Forderung, daß ihr österreichischer Gesamtstaat in den Deutschen Bund eintrete, ohne daß ein ähnlich geschlossener deutscher Staat ihm gegenüberstünde; an Stelle des deutschen Parlaments aus Volkswahlen hätte man einen Ausschuß aus Reichskreisen mit 38 österreichischen und 32 deutschen Abgeordneten, der in Gemeinschaft mit einem Direktorium die Interessen des Ganzen „beraten und pflegen" solle. Die Pläne der Großdeutschen, die eine föderative Gestaltung Oesterreichs voraussetzten, waren, wenn dieser österreichische Staat wirklich zustande kam, gegenstandslos. Noch immer aber blieb die großdeutsche Partei bei ihrem Programm; auch daß ihr Vorkämpfer Welcker jetzt zur Kaiserpartei überging, brachte ihre Reihen nicht zum Wanken. Sie berief sich darauf, daß auch dieser Akt der österreichischen Regierung noch nicht Oesterreichs letztes Wort sein könne; sie führte sogar die Phrase an, mit der die österreichische Regierung versicherte, auf der Grundlage, die für sie die einzig mögliche sei, werde ihr „jeder Vorschlag angenehm" sein; i h r Vorschlag hatte freilich eine andere Grundlage! Auf der linken Seite wurde vor allem gesagt: die österreichische Regierung werde die Macht gar nicht haben, ihren Einheitsstaat zur Wirklichkeit werden zu lassen. Haym sagt bei einer späteren Gelegenheit (III 48): die österreichischen Noten seien seiner Partei ja immer um so gelegener gekommen, je feindseliger sie gegen die Gründung eines deutschen Staates auftraten. Wohl — aber noch immer waren es Kundgebungen einer Regierung, von der es zweifelhaft war, wie lange sie am Ruder bleibe. Kurzum: die Kaiserpartei hatte noch immer nicht die Mehrheit. Sie erhielt sie kaum, als sie einer Gruppe der Linken für den Uebergang zu ihr Zugeständnisse machte; denn als in zweiter Lesung über die Erblichkeit abgestimmt wurde, kam

eine Mehrheit von vier Stimmen nur dadurch zustande, daß vier Oesterreicher es für richtig hielten, die Kaiserpartei zu unterstützen! Auch die Mehrheit bei der Wahl Friedrich Wilhelms war keine große.

Man begreift den Unmut der Kaiserlichen gegen die Oesterreicher, die noch jetzt ihre Sitze einnahmen, um die Bildung eines kleindeutschen Staates und die Erhöhung Preußens zu hindern, vor allem gegen die rechtsstehenden Oesterreicher, die mit den Demokraten zusammen Verfassungsbestimmungen durchsetzten, die dem König von Preußen die Frankfurter Sache vollends verleiden mußten. Schon am 5. Januar hatte Georg Beseler gemeint sagen zu können, die Annahme von Gagerns Programm werde zugleich den Austritt der Oesterreicher bedeuten, und am 24. Januar hatte er im Brief nach Haus den Ruf ausgestoßen: Wären wir nur erst die unglücklichen Oesterreicher los[1]! Gervinus hätte ihnen am liebsten durch einen Beschluß die Türe gewiesen; allein sie hätten sich nicht verdrängen lassen, und vor allem, der Beschluß wäre nie, ganz besonders nicht vor der Verkündigung der österreichischen Gesamtstaatsverfassung, zustande gekommen. Auch Vincke z. B. hatte am 13. Januar in der Paulskirche, indem er die Frage streifte, gesagt: man habe gemeinsam mit den Oesterreichern über die Gesamtverfassung Deutschlands zu beraten; ob dabei alle zu Deutschland gehörigen Länder unter ein und dieselbe Staatsverfassung kommen oder nicht, sei für die Frage der Mitwirkung österreichischer Vertreter einerlei; die ganze Sache sei auf jeden Fall eine gemeinsame. Am 15. Januar, nach der Abstimmung über Gagerns Programm, hatten sich dann viele Oesterreicher nicht nur zu feierlicher Einsprache gegen die „Teilung" Deutschlands, zu der die Versammlung nicht berechtigt sei, sondern auch zu der Erklärung vereinigt, daß kein Beschluß sie dazu vermöchte, aus Deutschland auszuscheiden, und daß sie auch ihren Sitz in der Versammlung behalten. Erst nach der Verkündigung der Gesamtstaatsverfassung wurde das Verlangen nach ihrem Austritt ernst-

[1] Deutsche Revue 1912, 118 und 120.

lich laut. Doch nur zwei von ihnen, Würth und Arneth, erklärten den Austritt, Würth mit der Bemerkung, daß es mit seiner politischen und moralischen Ueberzeugung unvereinbar sei, eine Verfassung weiter mitzuberaten, die auf Oesterreich nicht angewendet werden könne. „Lebhaftes Beifallklatschen" aus der Kaiserpartei unterstrich diese Worte. Der österreichische Abgeordnete Berger aber sprach von einer „Anwandlung sonderbaren und verräterischen Ehrgefühls" bei den zwei Kollegen und versicherte „im Namen der Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten", daß sie auf ihrem Platze beharren; wer auf einem verlorenen Posten stehe, habe zu kämpfen oder zu fallen [1]. Die Erbitterung gegen die Oesterreicher wurde schließlich sehr groß; es kam zu feindseligen Auftritten [2].

Im ganzen hat das Vorgehen der österreichischen Regierung im März auffallend wenig Wirkung auf die Haltung der Parteien geübt. Man kann allerdings sagen, daß es durch die Note vom 4. Februar schon genügend angekündigt und daß die Hoffnung auf ein föderatives Oesterreich unter dieser Regierung schwach begründet war. Mußte es uns überraschen, daß unmittelbar auf die Note vom 4. Februar Duckwitz seinen Entwurf für die Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage von Gagerns Programm vorlegte, so fällt jetzt auf, wie wenig beirrt Gagern selber in der Rede vom 20. März am Programm der Gemeinschaft auf gleicher Grundlage festhielt. Auch wenn ihn dabei ein taktischer Augenblickszweck leitete (es mußte ihm daran liegen, vor der Entscheidung in der Paulskirche noch einmal zu versichern, daß das großdeutsche und österreichische Interesse bei seinem Vorschlag wohlverwahrt sei), so ändert das daran nichts, daß der Führer der Regierung an diesem Tag so sprach, als hätte die österreichische Regierung *ihre* Grundlage und Forderung gar nicht mit solcher Entschiedenheit bezeichnet, ja beinahe als hätte sie

[1] Stenogr. Bericht 8, 5857 und 5888.

[2] S. bes. den Brief Heinrichs von Arnim an Abel vom 26. März 1849 (Deutsche Rundschau 56, S. 66) und Laube III 328; dazu vollends die Artikel von Gervinus in der Deutschen Zeitung („Vom Rhein").

gar nicht gesprochen. Recht absichtlich vermied er es, sich mit ihr auseinanderzusetzen; er tat, als könne es keine andere Grundlage geben als die seine. Doch war das immer noch nicht so merkwürdig wie der Vorschlag, den einige Wochen später die preußische Regierung amtlich der österreichischen machte: der Vorschlag der Gemeinschaft auf der gleichen, der Gagernschen Grundlage.

Bei der Rede Gagerns vom 20. März trat noch einmal der Gegensatz der großdeutschen Haltung dieses Führers aus Südwestdeutschland zu dem Gesichtskreis der Schleswig-Holsteiner hervor. Es war die Rede, in der Gagern — um zu zeigen, daß er von Haus aus nicht „preußisch" beeinflußt sei — sich als Süddeutschen bekannte, der wenig im Norden gelebt und auf der Reise, die er zur Werbung um Friedrich Wilhelm gemacht hatte, zum erstenmal Berlin gesehen habe. Waitz hatte tags zuvor, und zwar ausdrücklich gegen Gagern, gesagt, nach seiner Ansicht *können sich Deutschland und Gesamtösterreich niemals zu einer Solidarität in der auswärtigen Politik vereinigen.* Deutschland habe in Sachen der Lombardei, Ungarns, dieses willkommenen Keils im slawischen Stamm, und Galiziens, das Oesterreich immer in die Bahnen russischer Politik getrieben habe, keineswegs das gleiche Interesse wie Oesterreich. Wohl habe Deutschland in den Donauländern wichtige Interessen und bedeutende Aufgaben; aber Oesterreich habe dort nie in unserem Sinne gewirkt; russischer Einfluß habe dort vorgeherrscht. Und *wichtiger als die Donauländer sei für Deutschland der Westen und die Nordsee*; dort werden sich die Geschicke vielleicht der Welt entscheiden. *Gagern* setzte sich damit auseinander. Wohl werde das Band, das zwischen dem Bundesstaat und Gesamtösterreich bestehen solle, anfangs noch kein sehr enges sein, aber wenn es ein Schutz- und Trutzbündnis wäre, dies wäre schon viel. Deutschland könnte dann die Rolle zufallen, die jetzt Rußland gegen Ungarn spiele. Aber auch das dürfe man nicht scheuen. Besser Deutschland als Rußland! und unser Interesse an Gesamtösterreich als Großmacht sei stark genug

dafür. Doch es könne zu mehr kommen als zu dem Waffenbündnis: zu einer Annäherung der Rechts-, Handels- und Zollverhältnisse, schließlich zu einem Handels- und Zollverein. Aber auch die vielgenannten Aufgaben im Südosten bestehen als gemeinsame. Wenn die österreichische Regierung diese jetzt hintansetze, so könne dies „die Natur der Verhältnisse nicht ändern"; wenn das deutsche Element durch eine kräftige Verbindung unseres Bundesstaats mit Oesterreich gestärkt sei, werde man „in die natürlichen Bahnen wieder einlenken". Es bleibe dabei, daß „die natürliche Politik" des Bundesstaats und Gesamtösterreichs nicht wesentlich verschieden sei; gemeinsam haben wir ein Uebergewicht Frankreichs und Rußlands abzuwehren. Und im Gegensatz zu Waitz erklärte er: „Unsere nationale Entwicklung haben wir im Südosten zu suchen."

Praktisch war der Unterschied zwischen den beiden Seiten der Kaiserpartei längst ohne Bedeutung. Man hatte sich auf das Programm vom engeren und weiteren Bund geeinigt; über den weiteren Bund gelangte man mit Oesterreich zu keiner Verständigung; umgekehrt wollte Oesterreich und die eine Hälfte der Nationalversammlung dem engeren Bund, den deutschen Staat, nicht zulassen. Da ging die Kaiserpartei immer leidenschaftlicher auf das eine Ziel los, diesen deutschen Staat, Deutschland in den Grenzen des engeren Bundes, zu gründen. Und so kam die ganze Partei durch die Lage selbst zu dem, was die Gruppe der Schleswig-Holsteiner anstrebte, und mit ihrer Kaiserwahl kam sie in ihrer Gesamtheit zurück auf das, was genau vor einem Jahre, bei Beginn der Bewegung, die südwestdeutschen Führer gewollt, und was den Sommer und Herbst hindurch, ohne es offen betreiben zu können, die norddeutschen unbeirrt als Ziel festgehalten hatten.

Sie hatten wenigstens erreicht, daß ihre Sache zum Vermächtnis der Paulskirche an Deutschland wurde. Zunächst übernahm die von Radowitz beratene preußische Regierung Gagerns Programm in der österreichischen Frage und trat vor Schwarzenberg hin mit dem Vor-

schlag des „unauflöslichen völkerrechtlichen Bundes" zwischen dem deutschen Bundesstaat und Oesterreich, enger Handels- und Verkehrsverbindung, gegenseitiger Bürgschaft für den Länderbestand, ja mit dem wunderlichen Gedanken, wie er in dem Satze ausgedrückt ist: „Die Politik der Union wird als eine gemeinsame betrachtet und behandelt!" Es war, was Gagern, nicht, was die Schleswig-Holsteiner wollten. Aber Radowitz scheiterte wie Gagern. Der Gedanke des engeren und weiteren Bundes war im ganzen gut, aber er mußte Oesterreich aufgezwungen werden, und mit Gewalt erzwingen ließ sich von Oesterreich doch nur der eine Teil: die deutsche Selbständigkeit und Macht, aber nicht der andere: die Gemeinschaft mit Oesterreich. 17 Jahre später hat das Bismarckische Preußen mit Eisen und Blut die Gründung des deutschen Staates erzwungen; aber Oesterreich blieb zunächst abgekehrt, und alle schädlichen Folgen der Trennung, wie sie 1848 vorhergesagt worden sind, machten sich geltend. Dann führte allerdings die Natur der Dinge, die geschichtliche Notwendigkeit — wie unsere Achtundvierziger sagten — die Staatsmänner hüben und drüben zur Annäherung beider Reiche, und Bismarck sogar zum Gedanken, das Bündnis gegen die russische Gefahr in der Verfassung zu verankern. Und endlich, zwei Menschenalter, nachdem die Kaiserpartei in Frankfurt gescheitert war, schien in dem großen Gang der Weltgeschichte die Erfüllung alles dessen zu kommen, was die Patrioten damals ersehnten: das Deutsche Reich kämpfte für die Erhaltung Oesterreichs und für große Aufgaben im Südosten, und kämpfte zugleich gegen Westen für seine Freiheit und seine Geltung in der von England beherrschten Welt; es hielt Stand nicht nur gegen die Feinde, die 1848 als Feinde galten, sondern auch gegen die, auf deren Freundschaft man damals baute; siegreich rettete es seine südöstlichen Bundesgenossen, führte Krieg in der Türkei, machte Entwürfe für die Wirtschaftsorganisation Mitteleuropas, und zeigte sich, gestützt auf ein deutsches Schleswig-Holstein, der seebeherrschenden englischen Flotte überlegen. Zuletzt aber brach alles in lauter Trümmer zusammen; der „deutsche Geist", von dem die Patrioten von 1848

alles erwarteten, hat nicht Stand gehalten; das „deutsche Volk" hat schließlich noch selber zerstört, was es sich vor der Welt an Geltung errungen hatte. Heute beneiden wir unsere Achtundvierziger nicht allein um ihre Hoffnungen, sondern selbst um die Lage, in der nach ihrem Scheitern ihr Volk und Vaterland war; sie fanden sie niederdrückend; aber sie war glänzend, verglichen mit der unsrigen.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Die Schuld
am
deutschen Zusammenbruch.

Tagebuchblätter eines höheren preußischen Verwaltungsbeamten.

Herausgegeben von

Professor D. **Otto Baumgarten**=Kiel.

Viertes Tausend. 8. **1919.** ca. M. 1.20.

Gustav Rümelin

Kanzlerreden

8. 1907. M. 7.—, geb. M. 8.50.

Inhalt: Ueber den Begriff eines sozialen Gesetzes. Akademische Antrittsrede 1867. — Ueber Hegel. 1870. — Ueber das Rechtsgefühl 1871. — Ueber den Begriff des Volkes. 1872. — Ueber die Lehre von den Seelenvermögen. 1872. — Ueber das Verhältnis der Politik zur Moral. 1874. — Ueber den Zusammenhang der sittlichen und intellektuellen Bildung. 1875. — Ueber einige psychologische Voraussetzungen des Strafrechts. 1876. — Ueber die Arbeitsteilung in der Wissenschaft. 1877. — Ueber Gesetze der Geschichte. 1878. — Ueber das Wesen der Gewohnheit. 1876. — Ueber die Idee der Gerechtigkeit. 1880. — Ueber die Temperamente. 1881. — König Friedrich von Württemberg und seine Beziehungen zur Landes-Universität. 1882. — Die Entstehungsgeschichte der Tübinger Universitätsverfassung. 1883. — Ueber die Lehre vom Gewissen. 1884. — Ueber die Arten und Stufen der Intelligenz. 1885. — Ueber die Berechtigung der Fremdwörter. 1886. — Ueber die neuere deutsche Prosa. 1887. — Ueber den Begriff der Gesellschaft und einer Gesellschaftslehre. 1888. — Ueber den Zufall. Ausgearbeitet für den 6. November 1889. (Der Verfasser starb den 28. Oktober 1889.)

E. von Philippovich

Nikolaus von Philippovich

Das Leben und Wirken eines österreichischen Offiziers

Mit 15 farbigen Bildern und 17 Schwarz=Weiß=Zeichnungen.

Lex. 8. 1913. M. 7.50, gebunden M. 9.50.

40% Verleger= und 10% Sortimenter=Teuerungszuschlag.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Beiträge zur Parteigeschichte.

Herausgegeben von Dr. **Adalbert Wahl,** Professor in Tübingen

Heft 1: Dr. L. Bergsträßer, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. 8. 1910. M. 5.—.

Heft 2: Dr. W. Reinöhl, Uhland als Politiker. 8. 1911. M. 5.—.

Heft 3: Privatdozent Dr. A. Rapp, Friedrich Theodor Vischer und die Politik. 8. 1911. M. 3.40.

Heft 4: Dr. Richard Pregizer, Die politischen Ideen des Karl Follen. 8. 1912. M. 3.—.

Heft 5: Dr. Albrecht List, Der Kampf um's gute alte Recht (1815—1819) nach seiner ideen- und parteigeschichtlichen Seite. 8. 1913. M. 6.—.

Heft 6: Dr. Walter Wieber, Die politischen Ideen von Sylvester Jordan. 8. 1913. M. 3.—.

Heft 7: Dr. Richard Lempp, Die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frankfurter Parlament. 8. 1913. M. 6.—.

Heft 8: Dr. Friedrich Oppensteiner, Rousseaus Einfluß auf die vorrevolutionären Flugschriften und den Ausbruch der Revolution. 8. 1914. M. 2.50.

Heft 9: O. Schnizer, Gustav Rümelin's politische Ideen. 8. 1919. M. 5.—.

H. Teschemacher

Die Einkommensteuer und die Revolution in Preussen.

Eine finanzwissenschaftliche und allgemeingeschichtliche Studie über das preussische Einkommensteuerprojekt von 1847.

Gross 8. 1912. M. 2.80.

40% Verleger- und 10% Sortimenter-Teuerungszuschlag.

189107.
HG.
R22lnz
Author Rapp, Adolf
Title Das österreichische Problem in den Plänen der

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

W. Busch

Bismarck und die politischen Anschauungen in Deutschland von 1847—1862

8. 1896. M. —.60.

Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum 1870—1871

8. 1905. M. 3.—, gebunden M. 3.80.

Fritz Kern

Die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik bis zum Jahr 1308

Mit einer Karte.

Groß 8. 1910. M. 11.—, gebunden M. 13.—.

Acta imperii Angliae et Franciae ab a. 1267 ad a. 1313

Dokumente vornehmlich zur Geschichte der auswärtigen Beziehungen Deutschlands. In ausländischen Archiven gesammelt und mit Unterstützung des Johann-Friedrich-Böhmer-Fonds herausgegeben.

Gross 8. 1911. M. 20.—.

40% Verleger- und 10% Sortimenter-Teuerungszuschlag.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.